



Reader zum Herbststratschlag

vom 2. bis 4. November 2012 in Köln

Inhalt:

Inhalt:	2
1 Willkommen zum Herbstratschlag 2012!	5
2. Herzlich Willkommen in Köln!	5
3. Allgemeine Hinweise:	6
3.1 Wichtige Hinweise für TeilnehmerInnen.....	6
3.2 Wegbeschreibung zur Waldorfschule Köln (Chorweiler)	6
3.3 Übernachtung.....	7
3.4 Kontakt zur Vorbereitungsgruppe	7
4. Tagesordnungsvorschlag der Vorbereitungsgruppe (Stand 01.11.12)	8
4.1 Attac-Ratschlag für Einsteiger/innen.....	10
5. Entscheidungsfindung bei Attac	10
5.1 Erläuterungen zu den Abstimmungskarten.....	11
5.2 Vorschlag für eine Änderung des Wahlverfahrens.....	11
6. Debatte zum Thema Umfairteilen-Bündnis	12
6.1 Pro: Attac bleibt im Bündnis Umfairteilen.....	12
6.2 Kritik an der strategischen Ausrichtung des Bündnisses „Umfairteilen“	14
6.3 Umfairteilen und Blockupy – Chancen für Attac in einer breiten Bündnisfähigkeit	16
7. Berichte	19
7.1 Bericht des Rates	19
7.2 Bericht des Koordinierungskreises	19
8. Vorschläge/Anträge	23
8.1 Ergänzung der Regelsammlung/Barbara Volhard:	23
8.2 Einrichtung einer Schiedskommission/Barbara Volhard	24
8.3 Neuregelung Positionspapiere und Konsensverfahren /Dieter Schmalohr, Regionalgruppe Singen ...	26
8.4 Konzept für Aktionstage und Infos/Regionalgruppe Freiburg	28
8.5 Kampagnenrat für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro/Edgar Schu	29
8.6 Neuregelung von Vorträgen, Internet und Bündnisarbeit/Peter Klemm.....	29

8.7 Antragsentwurf zum Thema „Schiedskommission“ (Konsensentwurf)/Mediationsgruppe der Regionalgruppe Berlin	30
9. Finanzanträge an den Haushalt 2013.....	31
9.1 Beipackzettel Haushaltsentwurf.....	31
10. Finanzanträge.....	33
10.1 PG Eurokrise	33
10.2 Aquattac	33
10.3 AG Privatisierung	35
10.4 coorditrad	35
10.5 Sand im Getriebe	36
10.6 AG Energie-Klima-Umwelt.....	37
10.7 AG ArbeitFairTeilen	39
10.8 Bankwechselkampagne	40
10.9 PG Umverteilen	41
10.10 Congress Umverteilen	43
10.11 AG Gender	44
10.12 AG Internationales.....	45
10.13 AG Welthandel und WTO	46
10.14 AG Gruppenunterstützung (AG Gruupies)	47
10.15 AG Solidarische Ökonomie	48
10.16 EU-AG (nach Frist eingegangen).....	49
11 Beschlussempfehlung der Finanz-AG des KoKreises	50
12 Weitere Berichte und Materialien.....	53
12.1 Erklärung des Attac Rates zur Abgrenzung gegen rechte Globalisierungskritik	53
13 Kurzvorstellungen der KandidatInnen für die Gremienwahlen Koordinierungskreis und Rat	55
13.1 KoKreis-Kandidatur: Europäische Märsche – Hugo Braun	55
13.2 KoKreis-Kandidatur: Hanni Gramann	55
13.3 KoKreis-Kandidatur: Helge Bauer	57
13.4 KoKreis-Kandidatur: Informationsstelle Lateinamerika – Werner Rätz	58

13.5 KoKreis-Kandidatur: Jutta Sundermann	58
13.6 KoKreis-Kandidatur: AG Finanzmärkte – Karsten Peters.....	59
13.7 KoKreis-Kandidatur: Mike Nagler	59
13.8 KoKreis-Kandidatur: Roland Süß.....	60
13.9 KoKreis-Kandidatur: Stephan Lindner	60
13.10 KoKreis-Kandidatur: Maria Luisa Werne	63
13.11 KoKreis-Kandidatur: AG Jenseits des Wachstums – Georg Frigger	64
13.12 KoKreis-Kandidatur: Aktion Selbstbesteuerung – Andreas Riekeberg.....	64
13.13 KoKreis-Kandidatur: AG Genug für Alle – Hardy Krampertz.....	65
13.14 KoKreis-Kandidatur: Ulrike Paschek	66
13.15 Rat-Kandidatur: AKE e.V. – Hermann Gendrisch.....	66
13.16 Rat-Kandidatur: Dieter Schmalohr	66
13.17 Rat-Kandidatur: Pax Christi – Martin F. Herndlhofer	67
13.18 Rat-Kandidatur: Pax Christi – Stefan Leibold.....	67
13.19 Rat-Kandidatur: Jaime Timoteo-Gonzalez	68
13.20 Rat-Kandidatur: Evangelische Akademikerschaft in Deutschland – Dr. Peter Trappe	68
13.21 Rat-Kandidatur: Andreas Beldowski.....	69

1 Willkommen zum Herbstratschlag 2012!

Wir begrüßen euch zum Ratschlag in der **Freien Waldorfschule Köln!**

Mit immer neuen Bausteinen für eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“ versuchen die Akteure der Krisenpolitik, die Weichen für ein neoliberales, autoritäres „Mehr Europa“ zu stellen. Parallel dazu gewinnen Rechtspopulisten Zuspruch für ihren Weg der Rückverlagerung von EU-Kompetenzen auf die nationale Ebene. Für welches Europa steht Attac als emanzipatorische Bewegung, welche Möglichkeiten der politischen Intervention haben wir?

Im Mittelpunkt des Herbstratschlags stehen unterschiedliche Aspekte der Krisenthematik – es geht um Analysen, Positionsfindungen, Strategien für 2013 und auch um einen Rückblick auf 2012. Der Attac-Haushalt 2013 wird verabschiedet und die Planungen von Kampagnen, AGs und Projektgruppen werden vorgestellt. Und natürlich stehen die Wahlen für den Attac-Rat und den Koordinierungskreis an. Daneben gibt es zahlreiche Gelegenheiten zu Gesprächen und Verabredungen sowie einen Markt der Möglichkeiten.

Den Auftakt für unsere Beratungen und Entscheidungen bildet am Freitagabend die Podiumsdiskussion mit Lucas Zeise (Finanz- und Wirtschaftsjournalist) und Werner Rätz (Mitbegründer Attac D) zum Thema „Europa – Wohin? Solidarität und Demokratie statt autoritäre Integration“. Die Workshops am Sonnabend vermitteln theoretisches Hintergrundwissen, beschäftigen sich mit Wegen aus der Krise oder debattieren Widerstandspotenziale. Ziel der Workshops ist es, aus den Inhalten konkrete Handlungsoptionen für Attac abzuleiten. Der Nachmittag dient dem Rückblick auf 2012, der Debatte von Vorschlägen, und von strategischen Entscheidungen für 2013; am Abend erfolgen die Gremienwahlen. Am Sonntag stehen dann weitere Vorschläge, die Vorstellung von Vorhaben und die Verabschiedung des Attac Haushaltes 2013 auf der Tagesordnung.

Einige Extras dieses Ratschlags:

- der WS „[Attac-Ratschlag für Einsteiger/innen](#)“, der sich an erstmalige RatschlagsteilnehmerInnen wendet
- anschließend an die Podiumsdiskussion ein Kulturprogramm
- parallel zu den Gremienwahlen für Nicht-Delegierte findet ein spezielles Programm u.a. mit dem Publizisten Werner Rügemer statt

Wir freuen uns auf Euch und den Ratschlag!

Eure Ratschlags-VG

Euer Kontakt für die Vorbereitungsgruppe: Charlotte Könenkamp, ratschlag(at)attac.de

2. Herzlich Willkommen in Köln!

Als lokale Attac-Gruppe begrüßen wir alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Herbstratschlags in Köln. Schön, dass Ihr kommt. Nach der Aktionsakademie 2009 – ebenfalls in der wunderschönen Waldorfschule im Stadtteil Chorweiler – ist es das zweite bundesweite Attac-Treffen bei uns. Wir wünschen Euch und uns einen inspirierenden und konstruktiven Ratschlag.

Was machen wir von Attac Köln, wenn wir gerade keine Ratschläge vorbereiten?

Neben Ko-Kreis und Plenum sind derzeit bei uns vier Arbeitskreise aktiv:

Der **AK Weltwirtschaft/WTO** befasst sich inzwischen nicht mehr nur mit der Nord-Süd-Problematik, sondern auch mit den aktuellen Attac-Themen Finanzmärkte, Eurokrise, Umfairteilen etc.

Der **AK Ökologie** versucht, mit der Kampagne „Tschö Rheinenergie“ die Stadt Köln zu einer verantwortungsvolleren Energiepolitik zu bewegen und unterstützt die Proteste gegen die Ausweitung des rheinischen RWE-Braunkohlenreviers 30 Kilometer von Köln – vor allem die aktuelle Waldbesetzung im Hambacher Forst.

Der **AK Bildung & Erziehung** setzt sich ein für die Demokratisierung des Bildungswesens und bundesweit für "eine Schule für alle". In Köln geht es zurzeit um mehr Gesamtschulen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Realisierung der Inklusion an allen Schulen.

Die **NOYA-Gruppe** trifft sich wöchentlich, entwickelt eigene Projekte und bringt sich aktiv in die gruppenübergreifende Attac-Arbeit ein.

Weitere Informationen sowie alle Termine der Arbeitskreise und des Plenums unter: www.attac-koeln.de

Gemeinsam arbeiten wir intensiv an der Vernetzung der politisch aktiven Gruppen und Bewegungen in Köln und sind hier dank unserer guten Kontakte z.B. zu Occupy, zu den regionalen Umweltbewegungen, zu Gewerkschaften (aufgefrischt mit der „Umfairteilen“-Kampagne) oder auch zu Gruppen, die sich als linksradikal verstehen (Zusammenarbeit bei Blockupy etc.) durchaus erfolgreich.

Und – schließlich sind wir hier in Köln – wir pflegen die Verbindung von Kultur, Spaß und politischer Arbeit: Zusammen mit den schon legendären „Pappnasen“ (www.pappnasen-rotschwarz.de) unterwandern wir seit 6 Jahren erfolgreich den Kölner Rosenmontagszug – oder wir tauchen mit „Udo und den Nanas“ als subversive Schlagtruppe bei Blockupy in Frankfurt auf.

Regionalgruppe Köln

3. Allgemeine Hinweise:

3.1 Wichtige Hinweise für TeilnehmerInnen

Die Waldorfschule Chorweiler hat uns für die Zeit des Herbststratschlags einen Großteil ihrer Räumlichkeiten vermietet. Die Vermietung ist an schultypische Regeln, die auch wir zu beachten haben, gebunden. Bei Nichtbeachtung der Regeln kann es zu empfindlichen Vertragsstrafen kommen. Diese Regeln bitten wir Euch zu beachten:

- In den Klassenräumen haben die SchülerInnen aufwendige Tafelbilder gestaltet. Diese Tafelbilder dürfen in keinem Fall weggewischt oder beschädigt werden. Im Orga-Büro gibt es extra Flipchart-Papier und Stifte für Euch.
- Rauchen bitte nur in den gekennzeichneten Außenbereichen. Wir haben extra Aschenbecher aufgestellt.
- In der Aula bitte nicht essen, trinken und Kaugummi kauen.
- Die Turnhalle darf nicht mit Straßenschuhe betreten werden.
- Bitte hängt keine Plakate auf.

3.2 Wegbeschreibung zur Waldorfschule Köln (Chorweiler)

Die Waldorfschule Köln liegt im Kölner Stadtteil Chorweiler. Die genaue Adresse lautet: Freie Waldorfschule Köln, Weichselring 6-8, 50765 Köln.

Anfahrt mit dem ÖPNV ab Köln Hauptbahnhof:

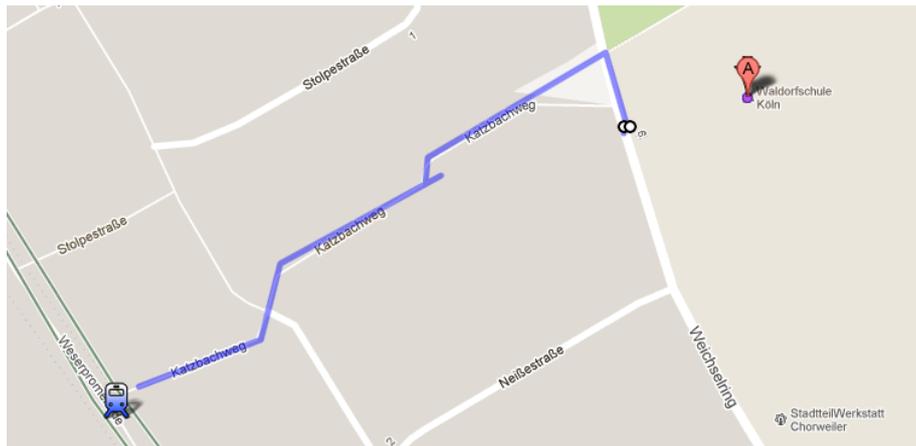
Am besten Ihr nehmt die S-Bahn-Linie 11 in Richtung „Düsseldorf Flughafen Terminal“ von Gleis 11 bis zur Haltestelle „Köln-Chorweiler Nord“. Die S 11 fährt alle 20 Minuten (XX:17/34/54 Uhr) und die Fahrt dauert

15 Minuten.

Es gibt einen sehr kurzen Weg von der U-Bahn-Station Chorweiler-Nord zur Waldorfschule am Weichselring. Er führt durch eine Wohnanlage. Man braucht ca. 3 Min.:

Haltestelle über Ausgang in Fahrtrichtung (wichtig!) verlassen. Oben dann direkt (wichtig!) nach rechts wenden, in ca. 50 m durch einen Durchgang im Gebäudekomplex gehen (kleinformatige West Zigarettenwerbung über dem Durchgang, daneben befindet sich das Lokal „Goldkrone“). Weg über die Hofanlage folgen (schlängelt sich ein wenig) bis zum gegenüberliegenden Durchgang, um den Gebäudekomplex hier wieder zu verlassen. Das Stückchen bis zur Straße rechts halten, schräg rechts auf der gegenüberliegenden Straßenseite liegt die Waldorfschule.

Wir werden den Weg auch noch einmal für Euch ausschildern.



3.3 Übernachtung

Alle TeilnehmerInnen des Ratschlags haben die Möglichkeit, in der Turnhalle zu übernachten. Bitte bringt Schlafsack und Isomatte mit.

3.4 Kontakt zur Vorbereitungsgruppe

Name	Zuständigkeit	Handy-Nummer
Frauke Distelrath	Presse	0151-614 102 68
Stephanie Handtmann Andreas van Baaijen	Geschäftsführung - politische Projekte und Vernetzung bzw. Finanzen, Verwaltung, Personal)	0176-241 917 06 0176-998 132 92
Charlotte Könenkamp	Organisatorisches	0176-742 988 21
Hanni Gramann	Vorbereitungsgruppe	0160-482 6798
Ulrike Paschek	Vorbereitungsgruppe	0170-617 6441
Jaime	Vorbereitungsgruppe	
Christiane	Vorbereitungsgruppe (Köln)	
Andrea Vainqueur	Vorbereitungsgruppe (Köln)	0175-115 4718
Emilio Weinberg	Vorbereitungsgruppe (Köln)	0172-416 3788

4. Tagesordnungsvorschlag der Vorbereitungsgruppe (Stand 01.11.12)

Uhrzeit	Programmpunkt		
Freitag			
16:00	Aufbau		
ab 16:15	Ankunft und Anmeldung		
16:30 -18:00	Haushaltsvorbesprechung (Besprechung der Beschlussempfehlung der Finanz-AG des KoKreises für die Haushaltssitzung am Sonntag)	Typo3-Workshop Nico Wehnmann (Attac- Webteam) Bitte Notebook mitbringen.	Attac-Ratschlag für Einsteiger/innen Holger Oppenhäuser (Attac-Gruppenunter- stützung)
ab 18:00	Abendessen		
19:30	Plenum Begrüßung Tagesordnung, Organisatorisches		
20:00 -21:30	Podiumsdiskussion Europa - Wohin? Solidarität und Demokratie statt autoritäre Integration mit Werner Rätz und N.N. (Lucas Zeise ist erkrankt) Moderation: Carolin Franta		
22:00	Kulturprogramm mit Udo und die Nanas u.a. Moderation: Attac Köln		
anschl.	DJ-Musik, Netzwerken ...		
Samstag			
08:00	Frühstück		
09:00	Plenum Begrüßung Kurzvorstellung der Workshops		
09.30	Workshop-Phase: 1.) Rechtspopulismus (Attac-Bundesbüro: Holger Oppenhäuser, Bodo Pallmer) 2.) Postwachstum (Bruno Kern) 3.) Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie - für welche Energiewende streiten wir? (Energie-Klima-Umwelt AG: Eberhard Heise, Tina Keller, Jens-Martin Rode) 4.) Internationale Arbeit (AG Internationales: Brit Immerthal, Hugo Braun) 5.) Blockupy (PG Eurokrise: Hanni Gramann, Werner Rätz) 6.) Ziviler Ungehorsam (Wissenschaftlicher Beirat: Peter Grottian/Attac Köln: Emilio Weinberg) 7.) Umverteilen (Bruno Marcon) 8.) Autoritäre Transformation der EU (PG Eurokrise: Georg Frigger, Alexis Passadakis)		

11.00	Pause	
11.30	Plenum Schwerpunkt- und Strategiedebatte Umverteilen - Teil 1	
13:00	Mittagessen	
14:30	Plenum Bericht des Rates Bericht des Koordinierungskreises	
15:15	Plenum Schwerpunkt- und Strategiedebatte Umverteilen - Teil 2	
16:15	Pause	
16:30	Vorschläge/Anträge	
18:00	Abendessen	
19:00	Wahlen der Gremien Attac-Rat und Koordinierungskreis	19:30 Parallelprogramm für Nicht-Delegierte 19:30 - 22:00: laufend Filmvorführungen zu aktuellen Aktionen 19:30 - 20:30: Vorstellung der Kampagne www.ausgeCO2hlt.de 20:30 - 22:00: Buchvorstellung von und mit Werner Rügemer, er stellt sein neuestes Buch vor: Rating-Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart. Lehrbeauftragter der Uni Köln, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
Sonntag		
08:00	Frühstück	
09:00	Plenum Begrüßung / Verabschiedung des Attac-Rates und des Koordinierungskreises	
09:30	Verabschiedung einer Ratschlagserklärung	
	Vorschläge 2	
10:30	Vorstellung laufender und geplanter Projekte in Attac „In 3 Minuten auf den Punkt“	
10:45	Kaffeepause	
11:00	Attac-Haushalt 2013 Finanzanträge Beschluss Darstellung Regionalgruppenmittel	
13:00	Abschlussaktion: Spontane Inszenierung auf der Bühne der Aula: Skulptur - aller Anwesenden. Unter dem Motto : "Das ist das Bewegungsknetzwerk Attac 2012"	
13:15 - 15:00	Fingerfood Gemeinsamer Abbau AG-Phase	

4.1 Attac-Ratschlag für Einsteiger/innen

Diese Einführung bietet allen, die zum ersten Mal an einem Ratschlag teilnehmen, Orientierung im Verfahrensdschungel. Der Ratschlag ist für alle Interessierten offen und zugleich das höchste Entscheidungsgremium innerhalb unseres Netzwerkes aus Regionalgruppen, bundesweiten Arbeitsgruppen und Mitgliedsorganisationen.

Hier werden politische Grundsatzfragen getroffen, Gremien gewählt und der Haushalt für das kommende Jahr beschlossen. Daher werden u. a. die folgenden Fragen angesprochen: Welche Funktion haben der Ratschlag und die Gremien im Attac-Netzwerk? Wie ist der Ablauf des Ratschlages? Was bedeutet das Konsensprinzip und wie wird es auf dem Ratschlag praktiziert? Wer kann an welcher Stelle mitbestimmen? Wer wählt welche Gremien?

5. Entscheidungsfindung bei Attac

Entscheidungen bei Attac werden grundsätzlich im Konsens herbeigeführt.

Das Konsensverfahren ist für uns so wichtig, weil Attac ein breites Bündnis ist, in dem sehr unterschiedliche Personen und Organisationen gleichberechtigt zusammenarbeiten. Unsere Diskussionskultur soll dies widerspiegeln. Wer Entscheidungen im Konsens zu finden versucht, will im Prozess alle Erfahrungen nutzen. Das verlängert oft den Prozess, die Gefahr wichtiges zu übersehen wird jedoch geringer und die Wahrscheinlichkeit, dass alle Beteiligten sich bei der Umsetzung des Beschlusses nach Kräften beteiligen, wird erhöht. Konsens ist dabei, wenn niemand widerspricht, nicht wenn alle zustimmen. Nur wenn dies trotz intensiven Bemühens nicht möglich ist, kommt es zu Abstimmungen.

Das bedeutet gleichermaßen große "Macht" für jede/n Einzelne/n und deshalb auch ein sehr hohes Maß an Verantwortung dem Ganzen gegenüber.

Wie kommen wir nun zu einer Entscheidung im Konsens? Nachdem eine Problematik allgemein diskutiert wurde wird ein Entscheidungsvorschlag formuliert, der möglichst alle Argumente einbezieht. Danach werden die Anwesenden entweder einzeln befragt, ob sie ihren Standpunkt in dem Vorschlag wieder finden oder gebeten, vorhandene Bedenken zu äußern. Wenn sich viele an dem Prozess beteiligen, bzw. wenn es schnell gehen soll wird ein "Stimmungsbild" erstellt, bei dem festgestellt wird, wer den Vorschlag unterstützt. Danach werden die anderen gefragt, ob sie mit dem Vorschlag "leben können". Das ist ein wichtiges Detail, denn es wird selten möglich sein, ein Ergebnis zu formulieren, dem alle zustimmen können. Konsens bedeutet also nicht, dass jeder mit dem Vorschlag völlig übereinstimmt, sondern dass er insgesamt vertretbar erscheint. Wenn es Menschen gibt, die mit dem Ergebnis nicht "leben können" (Veto), dann muss weiter an der der Konsensfindung gearbeitet werden, oder es gibt keine Entscheidung.

Einschränkung des Konsenserfordernisses / Verfahren beim Ratschlag: Aufgrund der großen Zahl von Teilnehmern bei bundesweiten Ratschlägen wird hier eine eingeschränkte Definition von Konsens angewendet: Sofern nicht mehr als 10% der Anwesenden den Vorschlag ablehnen gilt eine Entscheidung als im Konsens angenommen.

Melden mehr als 10 % der Anwesenden einen Dissens an, kann eine offene AG gebildet werden, in der die Konfliktpositionen vertreten sind. Diese soll einen neuen Beschlussvorschlag erarbeiten.

Wenn die Abstimmung darüber dann mehr als 10% Vetostimmen ergibt, kann (!) die Minorität ohne weitere Debatte abstimmen (mit einfacher Mehrheit), ob der Vorschlag dennoch akzeptiert wird - mit der Möglichkeit, ein kurzes Minderheitenvotum ebenfalls zu veröffentlichen. Danach wird nicht mehr über den Inhalt des Beschlusses oder des Minderheitenvotums abgestimmt, sondern mittels 90%iger Mehrheit lediglich darüber, ob beide als solche von Attac verabschiedet werden oder nicht.

Akzeptiert die Minorität den Konsensvorschlag nicht, ist die Konsensfindung auf diesem Ratschlag gescheitert. In diesem Fall können weitere Konsensrunden zwischen den Ratschlägen stattfinden. Auf dem nächsten Ratschlag kann es dann möglich sein, dass über das gleiche Thema ein Beschluss herbeigeführt wird, auch wenn mehr als 10%, aber weniger als 25% Vetos eingelegt werden.

Mehrheitsentscheidungen:

Gelten für vier Bereiche, über die der Ratschlag zu entscheiden hat:

- Die Tagesordnung
- Die Gremienwahlen
- Beschluss über den Haushalt
- Ort des Ratschlags

Über diese Belange kann mit absoluter Mehrheit (= 50% + eine Stimme) der abgegebenen gültigen Stimmen entschieden werden.

Und: Diese Entscheidungen - und nur diese - werden von den Delegierten der örtlichen Gruppen und Mitgliedsorganisationen getroffen.

5.1 Erläuterungen zu den Abstimmungskarten

Die fünf farbigen Karten brauchen wir bei den Entscheidungsverfahren. In bestimmten Situationen wird das Plenum dazu aufgefordert werden, mittels dieser Karten ein Stimmungsbild auszudrücken.

Die Farben haben folgende Bedeutungen:

Farbe	Mehrheitsentscheidung	Konsensentscheidung
Grün	Zustimmung	Volle Zustimmung
Blau		Zustimmung mit Bedenken
Weiß	Enthaltung	Enthaltung
Gelb		Schwere Bedenken, aber „kann damit leben“
Rot	Ablehnung	Veto

5.2 Vorschlag für eine Änderung des Wahlverfahrens

(von Hermann Gendrich)

Auf dem Herbstratschlag 2012 in Köln bin ich am Samstagabend zusammen mit Roman Haug für die Moderation der Wahlen zu KoKreis und Rat vorgesehen.

Aus den Erfahrungen der letzten beiden Jahre - in denen ich auch moderiert habe - und dem Wunsch, einen Beschluss von Ratschlag und Rat zu entsprechen, schlage ich folgende Änderung der Wahlmodalitäten vor:

"Bei den Wahlen zu Kokreis und Rat werden schon in der ersten Versammlung der Regional-Gruppen neben den Kokreis-Mitgliedern, auch die Rats-Mitglieder gewählt".

Begründung: Damit kann sichergestellt werden, dass am Ende des Wahlprozesses am Samstagabend die noch freien Rats-Plätze besetzt werden können.

Insgesamt gibt es dann nur noch eine Wahlversammlung in den Regional-Gruppen Nord/West/Süd/Ost (statt wie bisher zwei). Diese würde dann „in einem Rutsch“ sowohl die Kokreis-Mitglieder, als auch die Rats-Mitglieder in einer Versammlung wählen. Ob in der Summe die Wahlen weniger Zeit in Anspruch nehmen, ist zu hoffen, bleibt aber abzuwarten.

In dieser Wahlversammlung müssen zunächst die 2 Kokreis-VertreterInnen der Region gewählt werden (wie bisher auch). Direkt im Anschluss werden dann die Rats-VertreterInnen gewählt. Sie sollten dann erklären, ob sie in der folgenden Plenums-Phase für den Kokreis kandidieren (als eine der weiteren 4 GruppenvertreterInnen oder einer bundesweiten AG). Dann müssten in der Regionalversammlung entsprechend mehr als die 6 Rats-VertreterInnen gewählt werden, damit diejenigen ersetzt werden können, die vom Plenum in den Kokreis gewählt werden.

Den großen Vorteil sehe ich darin, dass im letzten Schritt der Wahlen noch freie Plätze im Rat durch das Plenum gewählt werden können. Das ist die Beschlusslage von Ratschlag und Rat, wurde aber bisher nicht eingehalten, weil nach den Rats-Wahlen in den Regionalgruppen kein gemeinsames Plenum mehr stattfinden konnte (weil es einfach zu spät war). Am Sonntagmorgen ist keine Zeit mehr, um diese Wahlen noch durchzuführen.

Die Moderation wird am Samstagabend vor Beginn der Wahlen den Vorschlag zur Abstimmung stellen.

Hermann Gendrisch (Mitglied der Rats-VG und Moderator der Wahlen)

6. Debatte zum Thema Umfairteilen-Bündnis

6.1 Pro: Attac bleibt im Bündnis Umfairteilen

Warum Attac im Bündnis Umfairteilen richtig ist und aktiv bleiben muss

Zur Lage und Stimmung in diesem Land

Einerseits erkennen viele, dass unser politisches und unser Wirtschaftssystem in einer massiven Schiefelage sind. Die Menschen haben ein Bild von den extremen Risiken und dem großen Erpressungspotential der Finanzmärkte. Auch die zunehmende Ungleichverteilung lässt sich nicht mehr schönreden.

Dennoch sind unsere Veränderungsvorschläge keinesfalls „common sense“. Im Gegenteil, das „Weiterwursteln“ der Kanzlerin passt sehr gut zu einer Grundstimmung in der Bevölkerung. Jede/r scheint zu hoffen, dass es irgendwie weiter geht, man ist nicht zuletzt selbst verstrickt in die Widersprüche (vom eigenen Job über eigene Konsumvorstellungen, den Rieserrentenvertrag bis zu der Hoffnung, doch etwas höhere Zinsen für das Ersparte kassieren zu können). Allein die Zustimmungswerte für die Bundeskanzlerin zeigen immer wieder, wie weit der Weg noch ist, in Deutschland Mehrheiten für Umverteilung (über eine sehr kleine Vermögenssteuer hinaus) zu mobilisieren. Ach ja: Mobilisieren... Das ist auch so ein Ding in diesem Land. Für soziale Themen, für Umverteilung gibt es noch keinen wirklich starken Mobilisierungsakteur.

Aber es gibt eine Chance!

Das Bündnis Umfairteilen ist das breiteste Bündnis, das Attac je mit initiieren konnte. Mehrere Gewerkschaften gehören dazu, die großen Sozialverbände (vom Paritätischen über den VdK, den Kinderschutzbund bis zur AWO), die Naturfreunde, Campact, die DGB-Jugend und kirchliche Akteure wie die katholische KAB oder die evangelischen Dienste in der Arbeitswelt (KDA).

Innerhalb weniger Wochen gelang es, in rund 50 Städten lokale Bündnisse auf zu bauen. Mit kleinen Unterschieden sind sie nach dem „Strickmuster“ des bundesweiten Bündnisses zusammen

gekommen. Und fast überall ist Attac sehr engagiert mit von der Partie. Wir haben viele Male die Rückmeldung bekommen, dass es genau Attac ist, das die ansteckende Motivation mitbringt, gemeinsam auf die Straße zu gehen – noch dazu kreativ und diskussionsfreudig. In vielen Städten konnten die Bündnisse schon viel mehr auf die Beine stellen als den Aktionstag. Es fanden zahlreiche Vor-Veranstaltungen statt, zum Beispiel zur Verteilungsfrage in der Eurokrise, zum Fiskalpakt und echten Wegen aus dem Schlamassel heraus. Das ist großartig!

Nein, perfekt ist das Bündnis nicht

Das Bündnis Umfairteilen ist u.a. auf unsere Initiative im Frühjahr aus der Taufe gehoben worden. Wir haben eine Phase sehr intensiven Austausches gehabt, von Attac-Seiten war die Projektgruppe Umverteilen (PG Umverteilen) gut eingebunden und konnte bei der Erarbeitung von Plattform und erstem Flyer des Bündnisses viele Aspekte einbringen. Es ist die Grundlage für die Arbeit von „Umfairteilen“ bis zur Bundestagswahl – so haben wir es von Anfang an gesagt.

Schon nach der ersten Pressekonferenz des Bündnisses Anfang August wurde deutlich, dass Wahlkämpfer sich leicht als Trittbrettfahrer betätigen können (wie Sigmar Gabriel es tat) oder auch ihre grundsätzliche Unterstützung des Bündnisses in die Schlagzeilen bringen können (wie Jürgen Trittin). Das ist allerdings immer ein Aspekt erfolgreicher politischer Initiativen! Es konsequent zu vermeiden, würde bedeuten, nichts mehr im realpolitischen Raum umsetzen zu können.

Im Trägerkreis des Bündnisses sind keine Parteien. Sie arbeiten auch nicht im Arbeitsausschuss des Bündnisses mit, können aber, ebenso wie alle anderen Organisationen (außer rechtsextremen), das Bündnis unterstützen. Inzwischen sind diese Unterstützer aus der Parteienlandschaft Linke und Grüne, Frauenpartei, Landesverbände der Piraten und seit kurzem auch die SPD. Attac hat vorgeschlagen, nach dem 29.9. die Unterstützerliste ohne die Parteien weiter zu führen. Das war im Bündnis nicht durchzusetzen. Auch klar wurde, dass die gemeinsam verabredete Plattform die Grundlage der Zusammenarbeit bleiben soll und es für die anderen Organisationen nicht in Frage kommt, weitere große Themen hinzuzunehmen oder die Forderungen wesentlich zu verschärfen.

Einige Maßnahmen sind aber möglich und bereits umgesetzt oder in Arbeit:

Der internationale Aspekt soll künftig stärker betont werden. Vom Gesamtbündnis werden das eher Andeutungen sein, zusammen mit medico international wollen wir aber zusätzliche Beiträge dazu leisten. Der Flyer „Millionäre und Milliarden“ von medico und attac findet jetzt schon innerhalb und außerhalb der Bündnisorganisationen eine gute Resonanz.

Das Klima der Zusammenarbeit im Bündnis ist gut. Nach dem Aktionstag, der in seiner Breite beeindruckte, in seinen Teilnehmerzahlen aber hinter den Erwartungen zurück blieb, ist klar, dass sich der Trägerkreis bemühen will, weitere Aktive und Mobilisierungszusagen aus den Gewerkschaften zu bekommen. Aber auch die Parteien werden weiterhin eingeladen, zu mobilisieren.

Im Bündnis bleiben

Wir diskutieren auf dem Ratschlag, ob wir weiterhin „richtig“ sind im Bündnis. Ich meine ganz eindeutig: „JA!“ Der Weg zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte ist noch immer weit. Dass Attac alleine für Umverteilung ist, ist im Prinzip bekannt, juckt aber keinen. Unser wirklich gutes Umverteilungspapier vom Sommer 2010 hat es noch nicht einmal bis in die taz geschafft.

Das Bündnis selbst ist eine Nachricht. Der Paritätische betont immer wieder, dass sie noch nie demonstriert haben, weil sie darin nicht ihre Aufgabe sahen. Jetzt stehe aber der Sozialstaat selbst zur Disposition. Das Bündnis ist für uns ein Ort der Begegnung. Auf jeden Fall im Paritätischen hat

sich vieles getan seit deren Einstieg in die Zusammenarbeit. Wir tragen zu einer Politisierung von Organisationen und Individuen bei. Gemeinsam erreichen wir einfach mehr.

Wir haben beim ersten Treffen des Trägerkreises nach dem Aktionstag ausgelotet, welche Veränderungen im Bündnis möglich sind. Das sind wenige. Aber wir haben noch lange nicht ausgereizt, was wir selbst auf die Beine stellen können, wenn wir weiter auch im Bündnis sind. Von Gelegenheiten wie den zahlreichen inhaltlichen Veranstaltungen im Vorfeld des 29.9. bis zur Zusammenarbeit mit Medico.

Attac ist vielfältig – und muss es bleiben

Attac hat in diesem Jahr Blockupy und Umfairteilen auf die Beine gestellt. Hätte es nur einen der Ansätze gegeben, hätte etwas gefehlt. Attac hat sich immer als breite BürgerInnenbewegung verstanden. Nur vor dem Hintergrund macht es auch Sinn, dass Geißler Mitglied wurde und viele andere. Uns geht es darum, die Bevölkerung wachzurütteln und über diesen Weg den politischen Meinungsbildungsprozess so zu beeinflussen, dass daraus reale Politik wird.

Wir haben eine klare Kritik an vielen Entscheidungen sämtlicher Parteien, wo sie in Regierungs-Verantwortung waren. Das gilt auch insbesondere für rot-grün.

Für die Entscheidung der SPD, ihre Unterstützung des Bündnisses zu erklären, haben einige Kollegen aus den Gewerkschaften und vor allem unsere Mitgliedsorganisation, die Jusos, monatelang geworben. So etwas ist nötig für die Veränderung realer Politik. Für den visionären Überschuss und für dringend notwendige weitergehende Forderungen arbeiten wir außerdem weiter.

Würden wir aus dem Bündnis aussteigen, gefährden wir sogar dessen Weiter-Existenz. Auf jeden Fall aber unsere Chance, als Attac offensiv und kreativ in dem Prozess mitzuwirken. Wir wir es in den letzten Monaten getan haben und weiterhin tun können.

6.2 Kritik an der strategischen Ausrichtung des Bündnisses „Umfairteilen“

Seit Wochen wird in Attac vielerorts um die Beteiligung am Bündnis „Umfairteilen“ diskutiert: in der PG Umverteilen, im Ko-Kreis, im Rat, auf der Gruppenliste und in vielen Regionalgruppen. Selten war in den letzten Jahren eine strategische Auseinandersetzung so kontrovers und intensiv wie in diesem Fall. Es ist daher wichtig, dass sich nun der Ratschlag als das zentrale Organ für die politischen Grundsatzfragen damit befasst.

Bezüglich der bisherigen Debatte ist wichtig festzuhalten, dass die geäußerte Kritik nie auf ein Verlassen des Bündnisses durch Attac abzielte. Das würde der Konsenslogik widersprechen. Schließlich gibt es Engagierte in Attac, denen die Arbeit im Bündnis wichtig ist. Unser Verständnis von politischer Zusammenarbeit und die Regeln in Attac erforderten es daher, intensiv nach einer Lösung zu suchen, der allen Bedürfnissen Rechnung trägt. Deshalb wurde bislang nach Wegen gesucht, die es einerseits ermöglichen, schwerwiegende Kritikpunkte zu berücksichtigen, andererseits aber einer Weiterarbeit im Bündnis nicht entgegen stehen.

Die wichtigsten Kritikpunkte sind:

- **Formelle Parteienkritik:** Das Bündnis ist offen für Parteien und bietet diesen die Möglichkeit, ihre Beteiligung für Wahlkampfzwecke auszunutzen. Das Bündnis zielt dabei explizit darauf ab, auch neoliberale Parteien einzubeziehen, ohne dass bislang Druck auf

diese ausgeübt wurde, ihre Position zu verändern. Dieses Problem ist in den Fällen von SPD und Grünen real gegeben. Daran knüpft der zweite Punkt an.

- **Fehlende inhaltliche Zuspitzung:** Das Bündnis ist nicht bereit, sich anti-neoliberal zu positionieren. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer bleibt unkonkret und die Idee der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach unten wird nicht mit einer Kritik an Maßnahmen wie dem Fiskalpakt und Schuldenbremsen verbunden, die eine Umverteilung nach oben bedeuten.
- **Ignoranz gegenüber dem gesellschaftlichen Kontext:** Europa befindet sich mitten in der Krise. In Südeuropa werden Sozialstaatlichkeit und Demokratie ausgehöhlt. Das Bündnis stellt die Verteilungsfrage aber hauptsächlich national. Problematisiert werden geschlossene Schwimmbäder und verspätete S-Bahnen in Deutschland, nicht aber Armut, gesellschaftliche Erosion, Perspektivlosigkeit, Obdachlosigkeit und Hunger in Griechenland, Portugal und Spanien.

Auf Basis dieser Kritik ist es gelungen, einen Konsens zu formulieren, den alle Beteiligten als Grundlage für weitere Bündnisgespräche mitgetragen haben. Dieser Konsens bekennt sich zu einer Beteiligung von Attac an der weiteren Arbeit des Bündnisses, setzt aber voraus, dass die Parteienfrage formell gelöst wird (Ausschluss von Parteien aus dem Bündnis), dass es eine inhaltliche Zuspitzung gibt und dass die Argumentation sich stärker auf die Verteilungsfrage im internationalen Kontext orientiert.

Die VertreterInnen der PG Umverteilen konnten in den Bündnisgesprächen die Forderungen des Konsenspapiers nur in unbefriedigendem Umfang durchsetzen. Ein Ausschluss der Parteien scheint nicht möglich zu sein. Es sollen lediglich ein paar Umstrukturierungen auf der Website vorgenommen werden, die das Gewicht der Parteien kleiner wirken lassen. Das ändert aber nichts daran, dass die Parteien das Bündnis für ihre Zwecke instrumentalisieren können. Daran ändert es auch nichts, dass die Parteien nicht im Trägerkreis, sondern nur im Unterstützerkreis sind. Das ist bestenfalls intern eine interessante Unterscheidung. In der öffentlichen Wahrnehmung spielt das aber keine Rolle. Möglicher Weise wäre es tragbar, auf der formellen Ebene nur in geringem Umfang voranzukommen, wenn eine inhaltliche, anti-neoliberale Zuspitzung gelingen würde. Allerdings scheint auch diese Zuspitzung nicht zu gelingen. Der zentrale Appell soll nicht überarbeitet werden und eine Ablehnung aktueller neoliberaler Angriffe wie Fiskalpakt und ESM ist nicht durchsetzbar.

Wie wichtig es für Attac wäre, entweder formal oder inhaltlich einen Ausschluss von SPD und Grünen durchzusetzen, zeigen nicht nur die oben skizzierten Argumente, sondern auch die bisherige Rolle dieser Akteure im Bündnis. Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin haben es sehr gut verstanden die Bündnisaktivitäten für sich auszuschlachten. Im Rahmen des Aktionstags am 29. September haben sich SPD und Grüne dem Bündnis gegenüber äußerst unsolidarisch verhalten, indem sie einen Redner des Bündnisses (Alexis Tsipras) öffentlich kritisierten, Lügen über seine Position verbreiteten und seinen Auftritt boykottierten.

Nach dem Aktionstag ist es nun wichtig, die strategische Bedeutung des Bündnisses zu reflektieren. Das gilt umso mehr, da bald der Bundestagswahlkampf beginnt und das Bündnis plant, sich daran strategisch zu orientieren. Bspw. ist eine große Mobilisierung unmittelbar vor der Wahl geplant. Wenn Attac in diesem politischen Kontext mit mobilisiert, schreiten wir im August 2013 Seit an Seit mit Jürgen Trittin und Peer Steinbrück im gemeinsamen Kampf für Verteilungsgerechtigkeit. Vielleicht vergessen wir dann zeitweise, dass SPD und Grüne seit Jahren eine Politik betreiben, die das genaue Gegenteil bedeutet: eine immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich. Wenn Attac im Wahlkampf gemeinsam mit

diesen Parteien demonstriert, stülpen wir ihnen ein soziales Deckmäntelchen über, mit dem sie auf Stimmenfang gehen und die Wahl gewinnen können. Im Bündnis „Umfairteilen“ gibt es Akteure die offen sagen, dass sie genau das wollen.

Natürlich ist es richtig, dass Parteien das Bündnis auch instrumentalisieren können, wenn sie nicht Mitglied sind. Aber es ist ein Unterschied, ob man sie dazu einlädt und damit eine grundlegende Akzeptanz für ihre Politik signalisiert, oder um sie sich einem Bündnis anbietern, das aber gar nichts mit ihnen zu tun haben will.

Wenn 2013 eine rot-grüne Regierung ins Amt kommt, wird es ähnlich laufen wie 1998. Es wird eine neoliberale Regierung werden, die massive Angriffe auf die Sozialstaatlichkeit in Deutschland und ganz Europa weiter durchsetzt. Attac sollte sich dann nicht vorwerfen lassen müssen, diese Regierung in Amt und Würden gehievt zu haben.

Die Konsequenz aus den genannten Punkten ist, dass eine Beteiligung am Bündnis „Umfairteilen“ für Attac keine tragbare Option ist, solange die strategische Ausrichtung des Bündnisses nicht veränderbar ist. Eine weitere Beteiligung am Bündnis würde sowohl dem anti-neoliberalen Grundverständnis als auch dem in der PG Umverteilen entwickelten Konsens widersprechen.

Attac sollte das Bündnis andererseits auch nicht durch einen radikalen Bruch verlassen. Lokale Bündnisse sollten ebenso wenig infrage gestellt werden wie die Kooperation mit verschiedenen Organisationen, die auch im Bündnis sind. Darüber hinaus sollte ein Verlassen des Bündnisses mit einer Stärkung unserer Attac-eigenen Arbeit zum Thema Verteilungsgerechtigkeit gekoppelt werden. Wir haben auf dem Ratschlag in Jena ein Konzept für eine europaweite Vermögensabgabe auf den Weg gebracht, das sehr stichhaltig ist. Das ist eine gute Grundlage für eine weitere Arbeit zum Thema, die auch durch zusätzlich frei werdende finanzielle und personelle Ressourcen weiter gestärkt werden könnte.

6.3 Umfairteilen und Blockupy – Chancen für Attac in einer breiten Bündnisfähigkeit

Ausgelöst durch eine sich verstärkende Krisendynamik in Europa und bei einem noch teilweise sehr diffusem Gefühl, dass die Krise auch in Deutschland ihre Spuren hinterlässt, entwickelt sich seit 2011 eine zunehmende Unzufriedenheit, auch in ersten Teilen der deutschen Bevölkerung. Hierauf setzten 2012 zwei äußerst unterschiedliche Bündnisse mit praktischen Aktivitäten auf, in denen Attac sich maßgeblich mit eingebracht hat.

Blockupy legte den Aktionsschwerpunkt auf 4 Tage im Mai und ging die EZB in Frankfurt, symbolisch für die Troika, an. Man setzte auf eine breite Mischung der Protestformen, vom Zivilen Ungehorsam bis zur Demonstration. Das Bündnis wird getragen von Gruppierungen eines linken Spektrums wie z.B. der IL, dem Berliner Krisenbündnis, dem No-Troika-Bündnis sowie Organisationen wie dem Erwerbslosenforum, Verdi Stuttgart, aber auch von Die Linke, Solid und Grüne Jugend. Die Beteiligung an den Aktionen im Mai blieb bei den Aktionen des ZU hinter den Erwartungen zurück, hierfür gibt es mehrere Erklärungsansätze. Die Demonstration mit 30.000 Teilnehmern, darunter viele europäische Gäste, war beeindruckend, als internationalistische Demonstration ist sie auch in europäischen Medien angekommen; trotzdem lässt sie die Frage offen, ob die große Beteiligung ein Ausdruck der für falsch empfundenen Krisenpolitik war oder nicht vielmehr eine Solidaritätserklärung der Bevölkerung gegen die an den Vortagen stattgefundenen repressiven Maßnahmen und Demonstrationsverbote.

Das Bündnis Umfairteilen mit den Forderungen nach einer einmaligen Vermögensabgabe, der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und der Bekämpfung von Steueroasen blieb ebenfalls

mit den Teilnehmerzahlen am Aktionstag im September hinter den Erwartungen zurück. Der Zusammenschluss aus u.a. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Campact, Naturfreunde und Migrantenvereinen, unterstützt von z.B. Die Linke, Grüne und SPD, erreichte bisher aber trotzdem drei wichtige Punkte: Erstens konnte man mit den Wohlfahrtsverbänden (vor allem dem Paritätischen Gesamtverband) ganz neue Akteure für den öffentlichen, politischen Protest gewinnen. Zweitens schaffte man es, in drei Monaten über 40 lokale Bündnisse zu gründen. Drittens sorgte eine hervorragende Medienarbeit dafür, dass Thema in eine breite Bevölkerung zu transportieren.

Attac brachte sich bisher in beide Bündnisse tatkräftig ein und erreichte damit Zuspruch, aber auch Kritik innerhalb und außerhalb von Attac. Die Mitarbeit in beiden Bündnissen ist auf Grund ihrer jeweiligen Besonderheiten umstritten. Am Blockupy-Bündnis dienen die Aktionsformen, vor allem der Zivile Ungehorsam, eine befürchtete Radikalisierung von Attac, die Bündniskonstellation unter offener Mitarbeit der Partei Die Linke und Gruppierungen eines extremeren linken Spektrums sowie der gewählte Aktionsort Frankfurt mit der EZB zur Kritik.

Beim Umfairteilen-Bündnis ist es ebenfalls die Zusammensetzung, vor allem die Ausrichtung auf Wahlkampfunterstützung von SPD und Grüne und deren Bewertung als neoliberale Parteien, sowie Kritik an den zu schwammigen Forderungen und den nicht genügend benannten Hintergründen, die zu der heutigen Situation einer ungerechten Verteilung von Reichtum führten. Außerdem vermissen viele einen europäischen Aspekt der Kampagne.

Doch über aller Attac-internen Kritik und Diskussion an den Bündnissen rücken einerseits die Erfolge dieser Mobilisierungen andererseits die Fragen nach den Chancen durch die Bündnisbeteiligung für Attac und für eine Verstärkung von Krisenprotest in den Hintergrund. Attac war als heterogenes Netzwerk gegründet worden, in denen viele politisch Interessierte mit teilweise unterschiedlichen Schwerpunkten und Meinungen ihre Heimat gefunden haben. Die Frage, wieviel Unterschiedlichkeit Attac in Aktionsformen und in der Frage nach Zuspitzung aushält, ist keine neue und beschäftigt uns in der täglichen Arbeit immer wieder. Fakt ist, dass einerseits Aktionen Zivilen Ungehorsams genauso ihren Zuspruch in Attac finden, wie die bunten Kreativaktionen - und diese Feststellung kann man erweitern auf entsprechende Bündniskonstellationen, die hinter solchen Aktionsformen stehen.

Bisher / in der Vergangenheit war trotz aller gegenseitigen Kritik aber immer ein Punkt unumstritten: Genau in dieser Heterogenität des Attac Netzwerkes liegt die große Chance, die kaum ein anderer politischer Zusammenschluss erreicht. Sie besteht in der Vernetzung verschiedener Bewegungsströmungen, in der so oft zitierten Scharnierfunktion, die Attac für sich beansprucht. Wir haben mit dem starken Einsatz in beiden Bündnissen, deren Problemanalyse und Ziele zumindest eine Schnittmenge besitzen, einiges erreicht, nicht zuletzt eine Zuspitzung des Protestes in Deutschland in verschiedenen Ausformungen. Es ist gleichermaßen beeindruckend, wenn Mitglieder des Paritätischen Gesamtverbandes erstmalig in ihrem Leben offen an einer Demonstration teilnehmen, und wenn Menschen, die schon lange zu Demonstrationen gehen, nun erstmalig bereit sind, einen Schritt weiterzugehen und Zivilen Ungehorsam zu leisten. So schaffen wir gerade das, was viele innerhalb von Attac schon immer als Ziel ihrer Arbeit definiert haben, wir erreichen durch unsere Vielfalt unterschiedliche Teile der Gesellschaft und ermächtigen sie, ohne sie dabei zu überfordern, individuell ihren Wünschen/ Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Strukturveränderung öffentlich Ausdruck zu verleihen.

Attac hat dabei in diesem Jahr eine hohe Anerkennung bei den verschiedenen Bündnispartnern erreicht, ob bei der IL oder dem Paritätischen GV, und ist darüber nun in der Lage, die Aktivitäten

beider Bündnisse aufeinander abzustimmen, um 2013 einen sinnvollen Aktionsreigen aufzustellen. Attac zeigt sich in den Bündnissen nicht als zahnloser Tiger. So haben wir z.B. im Bündnis Umfairteilen erste Erfolge in der Parteienfrage und in den Inhaltsfragen erzielt, diese Veränderungen wären ohne unseren Einsatz dort nicht erfolgt und wir engagieren uns weiter in dieser Richtung .

Wenn Attac sich weiter für die Politisierung breiter Bevölkerungsanteile einsetzen will, um Veränderung zu erreichen, muss eine parallele Beteiligung an unterschiedlich geprägten Bündnissen weiterhin möglich sein, nur so können wir unsere Stärken nutzen und Kräfte zusammenführen.

Natürlich bedeutet das nicht, dass wir für diese breite Bündnisfähigkeit unsere Identität verlieren dürfen, oder unsere eigenen Forderungen opfern sollten. Es ist weiterhin (und vielleicht stärker als je zuvor) nötig, ein eigenes Profil zu den gesellschaftlichen Herausforderungen zu entwickeln und klar zu präsentieren. Attac muss als eigenständiger Player in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und darf nicht hinter den Bündnisbeteiligungen verschwinden. Ebenso brauchen wir breit getragene Konsense, unter welchen Bedingungen Attac an solchen Bündnissen partizipieren soll und kann. Aber beide Bündnisse, Blockupy und Umfairteilen, bieten den beteiligten Organisationen einen großen Raum, ihre eigenständigen Konzepte und Forderungen zu präsentieren, hierauf wurde beim Erarbeiten der Bündniskonzepte besonderer Wert gelegt.

Aus dem Dargestellten leitet sich für die zukünftige Arbeit von Attac eine stärkere Eigenpositionierung zum Thema Umverteilen ab. Die Arbeit im Bündnis sollte nicht weiter als der Hauptaspekt der Attacarbeit in der PG Umverteilen gesehen werden, sondern darf in der Außendarstellung nur ein Aspekt unter mehreren sein. Das bedeutet für uns:

- ✦ verstärkte Weiterarbeit an einer eigenen öffentlichkeitswirksamen Kampagne zum Thema Umverteilen. Schärfung der eigenen Forderungen, die durchaus auch in ihrer Radikalität eine systemoppositionelle Haltung einnehmen können.
- ✦ Behandlung des Themas Umverteilen auch in einem internationalen Kontext
- ✦ Aufbau neuer und Ausbau bestehender Zusammenarbeit mit Organisationen auch außerhalb des Bündnis Umfairteilen, z.B. in der bestehende Kampagne mit Medico International und der Mitarbeit am Umverteilenkongress
- ✦ intensivere kritische Begleitung und Bewertung europapolitischer Prozesse auch außerhalb der Projekte Umverteilen und Blockupy.
- ✦ Eine weitere Teilhabe am Bündnis Umfairteilen sollte unter anderem unter der Zielsetzung erfolgen:
 - Einsatz für ein stärkeres inhaltliches Profil des Bündnisses und engere Zusammenarbeit mit den daran interessierten Bündnispartnern
 - Stärkung des Bündnisses und dessen inhaltlicher Positionierung , um sich im Wahlkampf als weitestgehend von Parteien unabhängiger Akteur zu etablieren
 - Einsatz für ein Fortbestehen der Kampagne über den Termin der Bundestagswahl hinaus, um sich für die Umsetzung unserer Forderungen auch nach der Bildung einer neuen Regierung weiter einzusetzen und diese, mit ihren evtl. vorab getätigten Wahlkampfversprechungen, in die Pflicht zu nehmen
 - Stärkung und Förderung der Arbeit der lokalen Bündnisse
 - Förderung der Vernetzung zwischen Blockupy- und Umfairteilen-Bündnis

7. Berichte

7.1 Bericht des Rates

Rats-VG

Oktober 2012

Tätigkeitsbericht 2011/2012 des Rats

Der Rat hat seit dem letzten Herbst-Ratschlag viermal getagt:

- 1) Ratsklausur 19.-20.11.2011 im Naturfreundehaus Hannover:
Schwerpunktthema: „Gleichheit ist Glück –warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind“.
- 2) Rats-Sitzung am 3.3.2012 in Frankfurt/Main:
Schwerpunktthema: „Rolle der Institutionen in der Krise (EZB, EU-Kommission etc.) bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik. Dabei: Rolle Deutschlands in der EU.
- 3) Rats-Sitzung am 16.6.2012 in Hannover: Schwerpunktthema: „Umverteilung“
- 4) Rats-Sitzung am 8.9.2012 in Frankfurt/Main: Schwerpunktthema: “ Rechtspopulismus“

Die Homepage des Rates wurde aktualisiert und übersichtlicher gestaltet. Deshalb kann die Arbeit des Rates am besten verfolgt werden auf der Seite:

<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/rat/sitzungen/>

Dort findet Ihr die Protokolle, die Materialien zur Vorbereitung einer Sitzung, die Inputs der ReferentInnen (z. Teil mit Audio-Dateien) und die verschiedenen Anträge zur jeweiligen Sitzung.

Hermann Gendrisch (Mitglied der Rats-VG)

7.2 Bericht des Koordinierungskreises

Bericht des Attac Koordinierungskreises für den Herbstratschlag 2012

Der KoKreis vertritt Attac im Rahmen der politischen Beschlüsse von Attac-Rat und Ratschlag nach außen und organisiert die Durchführung bundesweiter Aktionen und den internen Kommunikationsfluss. Für das Büro hat der KoKreis Arbeitgeberfunktion. Er ist ein Arbeitsgremium, das sich monatlich für einen Tag trifft, sich außerdem intensiv über Listen abstimmt. Für wichtige Aufgaben des KoKreises (z.B. Haushaltsplanung, Büroentwicklung, Pressearbeit, internationale Kontakte) arbeiten die KoKreis-Mitglieder in AGs, bestehend aus drei bis fünf Mitgliedern. Sie sind gleichzeitig Mitglieder im Rat, dort an strategischen und organisatorischen Entscheidungen beteiligt und an der Vorbereitung von Ratsschlägen, Sommerakademien und Ratssitzungen. Und sie vertreten im KoKreis auch die inhaltlichen Kontexte (bundesweite AGs, Mitgliedsorganisationen, Regionen), in denen sie arbeiten.

Solche KoKreis-Arbeit ermöglicht eine gute politische Zusammenarbeit mit sehr unterschiedlichen Menschen und eine intensive bundesweite Vernetzung. Sie geht aber nur mit einigen klaren, inhaltlichen Voraussetzungen und einem ziemlichen Arbeitsaufwand - das fassen wir hier am Schluss zusammen. Denn die drängende Frage, wie diese Aufgaben mit ihren inhaltlichen und zeitlichen Herausforderungen konkret zu bewältigen sind, hat uns im vergangenen Jahr im KoKreis sehr beschäftigt und zu erheblichem Frust der noch aktiven KoKreis-Mitglieder geführt. Daraus folgen weitere Fragen: Wer kann und will diese KoKreis-Arbeit machen? Wen sollten wir auf den Ratschlägen wählen und wen nicht? Und wie kann möglichst schnell die KoKreis-Arbeit so unterstützt und verändert werden, dass sie wieder besser zu bewältigen ist, mehr Freude macht und mehr kompetente Attacies einschließt? Mehr dazu gleich.

Rückblick zur Arbeit des KoKreises

Klarer Schwerpunkt der KoKreis-Arbeit seit dem Herbstratschlag 2011 in Saarbrücken war die europäische Krisenpolitik. Ein zweites Thema waren Fragen der Attac-Entwicklung. Diese beiden Bereiche werden hier ausführlicher beschrieben. Die Mitglieder des KoKreises arbeiteten außerdem innerhalb des KoKreises, in Rats-AGs und in ihren eigenen Arbeitskontexten intensiv an weiteren Attac-Themen, die zu gut wahrnehmbaren Attac-Impulsen führte. Exemplarisch nennen wir diese Bereiche:

- **Sommerakademie und Ratschlagsvorbereitung:** Die diesjährige Sommerakademie von Attac war bereits die zehnte. Unter dem Motto „Teilhabe – Teil sein“ kamen über 600 TeilnehmerInnen auf dem Campus der Mainzer Uni zusammen, um sich politisch zu bilden, zu vernetzen und auszutauschen. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Eurokrise. Viel kontinuierliche Arbeit leisten KoKreis-Mitglieder in den Ratschlags-VGs, die leider oft deutlich zu dünn besetzt sind.
- **Einsatz für eine global gerechte Energiewende und für Klimagerechtigkeit ein Jahr nach Fukushima.** Attac brachte spezifische Positionen ein in den McPlanet-Kongress „Too big to fail“ und in unterschiedliche Kontexte der Anti-Kohle-, Anti-Atom- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Nach dem Kongress "Jenseits des Wachstums?!" in 2011 wurde die Arbeit an Alternativen zum herrschenden Konkurrenz- und Wachstumsmodell fortgesetzt.
- **Arbeit an Fragen der globalen sozialen Rechte und der sozialen Sicherung (Arbeit, Grundeinkommen),** z.B. beim europäischen BG-Kongress in München.
- **Bündnis gegen Agrarrohstoff-Spekulation und Weiterarbeit in der Bankwechselkampagne,** inkl. Gründung eines breiten Bankwechsel-Bündnisses mit zahlreichen Jugendorganisationen und NGOs.
- **Thema Finanzmärkte und Steuern:** Das Bündnis „Kein Freibrief für Steuerbetrüger“, zu dem auch Attac gehört, sammelte Unterschriften gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz. Elf EU-Länder haben sich gerade jetzt dafür ausgesprochen, im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit eine Finanztransaktionsteuer einzuführen.

Arbeit zur europäischen Krise

Direkt nach dem Herbstratschlag begann die Vorbereitung für die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt. In den folgenden Monaten gab es mehrfach schwierige Auseinandersetzungen innerhalb von Attac über die Schwerpunkte unserer Arbeit zur Krise. Mehrere Kontexte entwickelten sich, in denen sich KoKreis-Mitglieder aktiv einbringen:

- **Arbeit im Blockupy-Bündnis, in Attac getragen von der PG Eurokrisen**

- **Zweigleisiger Schwerpunkt zur Vermögensumverteilung, bearbeitet von der PG Umverteilen** (zunehmende Ungleichheit/Akkumulation als Krisenauslöser, Attac mit der klaren Position europäischer Solidarität und globaler Gerechtigkeit). „Zweigleisig“ heißt: sowohl innerhalb des UmFairteilen-Bündnisses als auch mit klarem Attac-Profil deutlich über Bündnis-Positionen hinaus.
- **Intensiver Austausch im europäischen Attac-Netzwerk EAN (Barcelona, Oslo, jetzt Florenz)**
- **Anlauf zur Gründung einer bundesweiten AG zum Thema Schulden/Schuldenaudit.**

Die Aufgabe des KoKreises war es, die jeweils großen Chancen dieser sehr unterschiedlichen Ansätze gemeinsam herauszuarbeiten und Spannungen um Inhalte und Ressourcen zwischen ihnen möglichst rasch in konstruktive Bahnen zu bringen, damit Attac seine Position klärt und auch innerhalb von Bündnissen und Netzwerken (Blockupy, UmFairteilen, EAN) sprech- und handlungsfähig ist. Aufgabe war außerdem, gemeinsam mit dem Rat die strategische Diskussion voranzubringen und auf Einhaltung der Konsense zu achten. Gemeinsam mit der Pressesprecherin sorgte die Presse-AG des KoKreises für Öffentlichkeitsarbeit über Attac-Positionen und Aktionen zur "Eurokrise".

All dies gelang in mehreren wichtigen Punkten, z.B. in Vorbereitung und Durchführung von Blockupy, des UmFairteilen-Aktionstags und in der europäischen Koordination. Diese Arbeit wurde allerdings deutlich erschwert durch vorübergehenden oder dauerhaften Ausfall mehrerer KoKreis-Mitglieder und durch prekär arbeitende bundesweite AGs zum Finanzmarkt-, Banken- und Krisenthema. Die Bildung einer Binnengruppe innerhalb des KoKreises, in der Mitglieder aller zum Krise arbeitenden Attac-Kontexte vertreten sind und die (nach Mai 2011) einen zweiten Tagesworkshop für diese Kontexte vorbereiten wird, kam deshalb zu langsam in Gang. Auch die Zusammenführung und Erarbeitung von Attac-Positionen in Form gut verständlichen Materials läuft immer wieder langsamer, als geplant.

Fragen der Attac-Entwicklung

Der KoKreis hatte 2010 eine Entwicklungs-AG eingesetzt, die einzelne, besonders dringende Baustellen innerhalb von Attac benennen und Vorschläge im Austausch mit den Attac-Arbeitskontexten erarbeiten sollte. Anlass war die seit 2008 zunehmende Kritik an einer zu geringen Hörbarkeit von Attac in der Finanzmarkt- bzw. Eurokrise und die zunehmende Sorge angesichts der Überlastung von Gremienmitgliedern und dem Attac-Büro. Im Sommer 2011 fasste der damalige KoKreis in einem Impulspapier diese Themen zusammen und versuchte, durch konkrete Fragen die Arbeit an einzelnen Baustellen vorzubereiten, dabei aber gerade keine breite „Strukturdebatte“ anzustoßen. Zunächst förderte das zum Ratschlag in Saarbrücken ein Bewusstsein für nötige Entwicklung in einzelnen Punkten (die ganz überwiegend nicht die Attac-Regelsammlung betreffen).

Der jetzige KoKreis nahm diese Arbeit wieder auf, was in der zunehmend kleiner werdenden Gruppe aktiver Mitglieder nun allerdings nur noch episodisch möglich war neben der o.g. politischen Arbeit. Dadurch wurde der Rat zu wenig intensiv einbezogen in die ersten konkreten Vorschläge, die dringend erschienen (KoKreis-Wahlverfahren und Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung der Krisen-Arbeitskontexte). Nach der, aus unserer Sicht unproduktiven Online-"Strukturdebatte" vor dem Ratschlag in Jena und dem dann teilweise sehr misstrauischen und polemischen Verlauf der Debatte dort ist der jetzige KoKreis in seinen Diskussionen zu diesen Folgerungen gekommen:

- **Die benannten Baustellen sind weiter aktuell.** Beispiele sind aus unserer Sicht vor allem: die Stärkung und Entlastung des KoKreises (weniger strukturell bedingte Ausschlüsse, Kooptierung für

AGs usw.), die Entlastung des Büros mit einem entsprechenden Stellenplan, eine Unterstützung der bundesweiten AGs und Kooperation mit dem wiss. Beirat, die Entwicklung und Wiederbelebung der Ratschläge für differenzierte Diskussionen und Konsensfindung, der Ausbau der Bildungsarbeit, die Fortsetzung der bereits gut begonnenen inhaltlichen Strukturierung der Ratsarbeit und die Stärkung der internationalen Arbeit.

- **An diesen konkreten Baustellen soll auf jeweils spezifische, passende Weise weitergearbeitet werden.** Themen, die Gruppen betreffen, werden regelmäßig in Workshops auf Ratschlägen bzw. im Rahmen der Sommerakademien weiterentwickelt. Andere Baustellen, die KoKreis, Rat oder Büro betreffen, sollten auf Tagesworkshops oder einer jährlichen Entwicklungsklausur des Rats und im KoKreis bearbeitet werden. Die Büro-AG des KoKreises schreibt gemeinsam mit dem Büroteam und der Geschäftsführung fortlaufend den Büroentwicklungsplan fort.

- **Die Organisation der Entwicklungsarbeit gehört in den Rat. Für Vorbereitung und Diskussion konkreter Vorschläge in Workshops, im Rat und auf Ratschlägen sind die Kontexte zuständig, die dann Verantwortung für die Umsetzung haben** (z.B. die Büro-AG für Stellen). Eine KoKreis-AG ist kein geeignetes Instrument zur Attac-Entwicklung. Die Vorschläge, die die bisherige Entwicklungs-AG im Austausch mit Gruppen und AGs gesammelt hat, sind nicht verloren, sondern werden in die spezifische Weiterarbeit eingebracht.

- **Eine breite „Strukturdebatte“ ist nicht produktiv.** Sie ließ sich leider 2011/2012 erneut nicht vermeiden und führte wieder dazu, dass auch konstruktive Vorschläge zwischen die Mühlen begeisterter „StrukturbastlerInnen“ und besorgter „StrukturbewahrerInnen“ gerieten. Dabei spielte auch die Dynamik von Diskussionslisten und die oft sehr zufällige Ratschlags-Zusammensetzung eine Rolle.

Zusammensetzung des KoKreises

Die skizzierte KoKreis-Arbeit wurde im vergangenen Jahr mit einer zunehmend geringeren Anzahl aktiver KoKreis-Mitglieder geleistet. Während 2011 rund Zweidrittel der Mitglieder kontinuierlich aktiv waren, war es nun noch maximal die Hälfte. In den meisten Fällen war der vorübergehende oder dauerhafte Ausstieg sehr gut verständlich (Studium, Notwendigkeit eines Berufswechsels, Erkrankung usw.), in der Summe aber sehr belastend. Diese Entwicklung zeigt absolut dringend die Notwendigkeit einer Entlastung und Förderung der Gremienarbeit bei Attac.

Vorschlag einiger Kriterien für die nächste KoKreis-Wahl

Um im kommenden Jahr die KoKreis-Arbeit mit weniger Belastung und mehr Begeisterung machen zu können, um die brennenden politischen Themen – Euro- und Verteilungskrise, Nord-Süd-Gerechtigkeit, soziale Sicherung, Klimagerechtigkeit und sozialökologische Ausrichtung der Energiewende - gut zu bearbeiten und um die wichtigsten Attac-Baustellen (inkl. der KoKreis-Entlastung!) voranzubringen, brauchen wir jetzt einen sehr verlässlichen, politisch und sozial kompetenten KoKreis.

Wir ermutigen deshalb Attacies, sich zur Wahl zu stellen. Wir bitten Euch aber gleichzeitig darum, sehr darauf zu achten, solche Attacies zu wählen, für die die Voraussetzungen möglichst weitgehend zutreffen, die schon häufiger genannt wurden und die wir hier nochmal kurz zusammenfassen:

- **Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit und soziale Kompetenz:** Wertschätzender Umgang, Kommunikations-, Kritik- und Konfliktfähigkeit als Basis der KoKreis-Arbeit.

- **Bereitschaft und Lebenssituation, die es ermöglicht, regelmäßig bis zu 20 Wochenstunden für KoKreis-Arbeit einzusetzen, zuverlässig für einen Wochentag pro Monat zur KoKreissitzung zu fahren und viermal im Jahr zu Ratssitzungen.** Wir schlagen allerdings vor, auch solche Attac in den KoKreis zu wählen, die eine geringere Wochenstundenzahl erübrigen können, wenn sie kontinuierlich an Treffen und Mailkommunikation teilnehmen und ihre Erfahrung für Attac wichtig ist. Außerdem sind Kooptierungen für KoKreis-AGs zu ermöglichen, wenn diese sonst nicht ausreichend stabil arbeiten können.

- **Möglichst intensive Kenntnis der Attac-Arbeitszusammenhänge** oder zumindest vielseitige Erfahrungen aus Bewegungskontexten.

- **Politische und organisatorische Erfahrung und klare Orientierung am Attac-Konsens.** Der Grundkonsens: „Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware. Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf. Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein. Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.“

8. Vorschläge/Anträge

Hier findet Ihr die eingegangenen, nummerierten Vorschläge und Anträge.

8.1 Ergänzung der Regelsammlung/Barbara Volhard:

Der Ratschlag möge beschließen:

Die Regelsammlung wird um den folgenden Passus ergänzt:

Ein Attac-Mitglied, das bei einer öffentlichen Versammlung, Veranstaltung, Kundgebung oder Demonstration als Attac-Mitglied auftreten und eine Rede halten will, bedarf dazu der Zustimmung seiner Gruppe.

Begründung:

Mit dieser Regel soll verhindert werden, dass jemand nur aus Geltungsbedürfnis öffentlich auftritt und Attac oder auch die jeweilige Attac-Gruppe dabei möglicherweise nicht gut repräsentiert. Die Gruppe kennt das Mitglied und kann am ehesten beurteilen, ob es die Voraussetzungen für einen solchen Auftritt erfüllt, wie z.B. Redebegehung, Kompetenz hinsichtlich des jeweiligen Themas usw. Sie kann sich im Zweifel auch vorab erkundigen, was das Mitglied in seiner Rede sagen will.

In der EU-AG von Attac Freiburg haben wir das von selbst immer so gehalten, ohne dass es von irgendeiner Regel vorgeschrieben war. Wir haben sogar unsere jeweiligen Reden gegenseitig abgesprochen und oft auch korrigiert. Das hat sich als sehr hilfreich erwiesen, denn man hat nie genügend Distanz vom eigenen Text, andere haben oft noch Ideen, Vorschläge für Korrekturen,

sehen Dinge, die man selbst nicht sieht usw.

Barbara Volhard

8.2 Einrichtung einer Schiedskommission/Barbara Volhard

Der Attac-Ratschlag möge folgendes beschließen:

Attac gründet eine Attac-Schiedskommission, die zugleich Schlichtungskommission ist.

Der Attac-Rat, der Ko-Kreis oder Attac-Gruppen können die Schiedskommission bitten, in Konfliktfällen innerhalb Attacs tätig zu werden.

Die Schiedskommission besteht aus 4 ordentlichen Mitgliedern und 2 Ersatzmitgliedern (drei Frauen und drei Männer). Sie sollten Mitglieder von Attac sein. Sie müssen jedoch unabhängig sein und dürfen daher weder dem Kokreis noch dem Rat angehören und auch nicht finanziell von Attac abhängig sein. Wünschenswert wäre, wenn die einzelnen Mitglieder über Mediationserfahrung oder psychologische bzw. juristische Kenntnisse verfügen.

Die künftigen Mitglieder der Schiedskommission sollten sich auf der Attac-Webseite für diese Aufgabe bewerben. Sie werden auf dem Ratschlag in geheimer Wahl auf zwei Jahre gewählt.

Die Schiedskommission erarbeitet sich zunächst ein Regelwerk, welches sie in den Stand versetzt, nachvollziehbare und ohne Ansehen der Person möglichst neutrale und angemessene Entscheidungen treffen zu können. Hierzu gehört auch ein Katalog von Maßnahmen, die am Ende solcher Entscheidungen stehen können, wie z.B. Ermahnung, Verwarnung, Ausschluss aus einem Gremium (auf Zeit/auf Dauer), Ausschluss aus Attac. Auf Ausschluss aus Attac kann jedoch nur erkannt werden, wenn ein Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen das Selbstverständnis von Attac verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für Attac entstanden ist. In Konfliktfällen sollte die Kommission jedoch zunächst eine Schlichtung versuchen, ehe sie ein förmliches Verfahren einleitet, das dann unter Umständen zu Konsequenzen führt.

Ein förmliches Verfahren hat nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu erfolgen, ähnlich wie bei einer Gerichtsverhandlung, d.h. beide Konfliktparteien haben das Recht auf Daten- und Persönlichkeitsschutz, auf juristischen Beistand oder auf die Vertretung bzw. den Beistand durch eine Vertrauensperson. Es gilt das Prinzip der Beweisaufnahme: beide Parteien haben das Recht, ZeugInnen zu benennen, die gehört werden müssen und Gutachten beizubringen, die berücksichtigt werden müssen. Auch die Schiedskommission kann ZeugInnen benennen und befragen sowie externe Gutachten einholen. Es gilt das Prinzip der Unschuldsvermutung, d.h. eine Person (oder Gruppe) ist solange als unschuldig zu betrachten, als ihre Schuld nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte. Es gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung. Es gilt das Prinzip „im Zweifel für die Angeklagten“ wie auch der aus solchem Zweifel begründete Freispruch. Jede der Konfliktparteien kann ein Mitglied der Schiedskommission wegen Befangenheit ablehnen. In diesem Fall wird ein Ersatzmitglied eingeladen.

Die Schiedskommission ist befugt, externe Unterstützung anzufordern, wenn es die Komplexität eines Falles erfordert. Dafür sind der Schiedskommission finanzielle Mittel zu gewähren. Es ist zwingend erforderlich, dass die Schiedskommission auch bei der Zusammensetzung der jeweiligen Sitzung geschlechterparitätisch besetzt ist. Ein Ersatzmitglied wird zu einer Sitzung erst geladen, wenn ein ordentliches Mitglied ausfällt.

Am Schluss eines Verfahrens erstellt die Schiedskommission eine ausführlich begründete Empfehlung an den Rat. Dieser entscheidet, ob die darin vorgeschlagene Maßnahme durchgeführt wird.

Begründung:

Anlass für diesen Antrag ist der Ausschluss eines Ratsmitgliedes aus dem Rat und zugleich aus Attac auf der

Junisierung des Rats. Unabhängig von der Frage, ob dieser Ausschluss zu Recht oder zu Unrecht erfolgte (das soll hier nicht debattiert werden, aber diesen Fall sollte die Schiedskommission als ersten bearbeiten), war dieses Vorgehen in höchstem Maße problematisch, vor allem deswegen, weil rechtsstaatliche Prinzipien bei dieser Gelegenheit unter den Tisch fielen. Es gibt ja bis dato auch gar keine satzungsgemäße Grundlage für einen förmlichen Ausschluss. Auch hatte das langjährige aktive Mitglied keine Verteidigung an seiner Seite, es wurde ihm auch nicht gestattet, sich mit einer Vertrauensperson zur Beratung zurückzuziehen. Es gab keine ZeugInnenbefragung.

Rechtsstaatliche Prinzipien haben den Sinn, allen Menschen den Schutz der Menschenrechte zukommen zu lassen, auch denjenigen, die Fehler begangen haben, sogar denjenigen, die kriminell geworden sind. Eine Organisation, die diese Prinzipien missachtet, begibt sich – trotz allen guten Willens – in die Gefahr, Menschenrechte zu missachten.

Es ist darf aber nicht sein, dass bei Attac rechtsstaatliche Prinzipien und damit auch die Menschen- und Grundrechte nicht gelten!

Der Attac-Rat hatte die erwähnte Entscheidung an sich gezogen, ist aber nicht das geeignete Gremium für solche Verfahren, und zwar aus folgenden Gründen:

1. die Ratssitzungen sind öffentlich zugänglich (Datenschutz und Schutz der Person kann so nicht praktiziert werden)
2. die zahlenmäßige Größe des Ratsgremiums (im Schnitt sind mindestens 30 Personen anwesend) ist ungeeignet
3. Es sind auch Außenstehende anwesend, was sich selbstverständlich auf die jeweiligen Aussagen auswirkt (Rücksichtnahmen auf Öffentlichkeit usw.). ReferentInnen und Gäste sind dann entweder bei solchen Verfahren dabei, oder dieser Personenkreis müsste von diesem Teil der Sitzung ausgeschlossen werden (was im erwähnten Fall nicht geschah)
4. der Zeitdruck, der sich ergibt, wenn mehrere Tagesordnungspunkte abgearbeitet werden sollen/müssen, macht eine sorgfältige und genaue Untersuchung unmöglich
5. Die im Rat versammelten Mitglieder haben unterschiedliches Hintergrundwissen. Wegen der fehlenden Rechtsstaatlichkeit bei dem erwähnten Verfahren (ZeugInnen konnten nicht gehört werden) waren manche darauf angewiesen, sich ein Bild aus Behauptung und Gegenbehauptung zu machen. So kann keine faire Abwägung erfolgen.

Dieser Fall hat in besonderer Weise gezeigt, wie zerstörerisch Konflikte wirken können. Er hat Verletzungen auf beiden Seiten herbeigeführt und manchen Attac-Mitgliedern schlaflose Nächte bereitet. Es geht hier nicht um Siegende oder Besiegte. Wir alle müssen schon wegen unseres eigenen Anspruchs "fair und menschlich korrekt mit anderen Menschen umzugehen" einen solchen Konfliktfall mit der notwendigen Sorgfalt behandeln. Wenn wir mit Hilfe einer Schiedskommission einen zweiten Anlauf nehmen, um sowohl der Sache als auch den Personen gerecht zu werden und gleichzeitig für künftige Fälle ein faires Vorgehen gesichert haben, dann können wir uns bei Attac auch wieder auf unsere politische Arbeit konzentrieren.

Unterstützende Einzelpersonen:

Genoveva Brandenburger, Attac Kaiserslautern
Peter Grottian, Wissenschaftlicher Beirat von Attac
Sarah Hassel-Reusing, Attac Wuppertal
Franz Eschbach, Attac Karlsruhe
Gudrun Reiss, Attac Karlsruhe
Thieme, Attac Freiburg
Werner Langefeld, Attac Saar
Michael Sperlich, Attac Saar
Reiner Smolla, Attac Freiburg
Christoph Lienkamp, Attac Freiburg

Karin Ehrenfried, Attac Heilbronn
Volker Reusing, Attac Wuppertal
Giuliana Giorgi, Attac Berlin
Horst Werner, Attac Heilbronn
Sandra Steiner-Köble, Attac Heilbronn Ernst
Ortwin Zeitlinger, Attac Berlin
Christoph Köble, Attac Heilbronn
Mathias Bartelt, AG Glob. & Krieg Berlin
Wolfgang Bauer, Attac Heilbronn

Unterstützende Gruppen: Attac Kaiserslautern, Attac Saar, Attac Frankfurt am Main, Attac Heilbronn, Attac Freiburg, Attac Stuttgart, Attac Darmstadt

8.3 Neuregelung Positionspapiere und Konsensverfahren /Dieter Schmalohr, Regionalgruppe Singen

Anträge an den Herbstratschlag in Köln

von der Regionalgruppe Singen, vertreten von Dieter Schmalohr

(wir sind für Kritik oder Verbesserungsvorschläge - möglichst auch schon im Vorfeld des Ratschlages - immer offen; Rückmeldungen bitte an d.schm.attac@gmail.com)

Bemerkung: bei Funktionsbezeichnungen (Teilnehmer, Aktivist, etc.) sollen VertreterInnen beiderlei Geschlechts gleichberechtigt angesprochen werden.

Der Ratschlag möge beschließen:

1) Alle AGs und andere "Arbeitszusammenhänge" sind aufgerufen, weiterhin allgemeinverständliche, übersichtliche Positionspapiere zu erstellen, die für die Pressearbeit und als Grundlage für z.B. Flugblätter geeignet sind. Diese Positionspapiere sollen über einen Link der Internetseite der Arbeitsgruppe leicht auffindbar sein.

Begründung: So entsteht ein Pool von geeigneten Stellungnahmen, die für die Pressearbeit insbesondere auch von den Regionalgruppen genutzt werden kann.

Durch leichte Zugänglichkeit und Allgemeinverständlichkeit können sich diejenigen, die sich für das Thema der AG interessieren, rasch und kompetent informieren.

Mit diesen Papieren können die AGs, die ja auch teilweise von Attac finanziell gefördert werden, das Gesamtanliegen von Attac ihrerseits wirksam unterstützen.

2) Diese von AGs oder anderen "Arbeitszusammenhängen" erstellten Positionspapiere sollen auf dem der Erstellung nachfolgenden Ratschlag zur Verabschiedung vorgestellt werden.

Alle Attac-Unterstützer, insbesondere auch die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, sollen zur Optimierung des Papiers beitragen. Eine Information über das Ratschlag-Abstimmungsergebnis wird dem Positionspapier am Ende zugefügt.

Alle befürworteten Positionspapiere werden über einen Link auf der Attac-Homepage zur Verfügung gestellt mit (freiwilligen) Informationen über den Ersteller (z.B. AG xyz) und Datum der Verabschiedung durch den Ratschlag.

Begründung: Zwischen AGs und Gesamt-Attac wird die Diskussion belebt, die Ratschläge bekommen konstruktiven inhaltlichen Diskussionsstoff.

Durch die Vorlagen entsteht ein Anreiz auch für Experten außerhalb der Arbeitsgruppe, insbesondere auch Beiratsmitglieder, Formulierungsoptimierungen/Korrekturen vorzunehmen.

Die Arbeitsgruppen können sich vergewissern, wo ihre Position innerhalb von Gesamt-Attac steht; Gesamt-Attac kann erkennen, wo guter Konsens besteht und welche politischen Zielrichtungen breite Unterstützung innerhalb von Attac finden.

Bei Verabschiedung von inhaltlich aussagekräftigen Stellungnahmen zu aktuellen Themen kann sich Attac damit sehr gut in der Öffentlichkeit und bei den Presseagenturen präsentieren.

Es entsteht ein Pool von „Ratschlag-abgesicherten“ fundierten Positionspapieren, auf die von Regionalgruppen leicht und ohne inhaltliche Bedenken zurückgegriffen werden kann.

Auch bei Nichtverabschiedung auf dem Ratschlag bleibt ein Positionspapier als wertvolles Arbeitspapier der AG erhalten; die vertretenen Ansichten bleiben „Attac-Ansichten“, auch wenn sie in der vorliegenden Form nicht die „Akzeptanzstufe“ der Ratschlag-Verabschiedung haben erreichen können. Es ergeben sich durch die Ratschlag-Diskussion möglicherweise wichtige ergänzende Gesichtspunkte, die von der AG zukünftig berücksichtigt werden können.

3) Alle Anträge und Positionspapiere und Stellungnahmen, über die auf einem Ratschlag abgestimmt werden soll, werden möglichst frühzeitig (etwa 8 Wochen) vor dem Ratschlag auf der Attac-Homepage an leicht auffindbarer Stelle (Link "Ratschlag"; Link "Anträge") eingestellt mit der Information, an wen (oder über welchen Weg) Rückmeldungen zu diesem Antrag gegeben werden können. Alternativ kann ein Internet-Forum eingerichtet werden.

Begründung: Hierdurch wird systematisch die Möglichkeit geschaffen, Optimierungen der Papiere zur besseren Konsensfähigkeit in Ruhe und Sorgfalt vornehmen zu können ohne den Zeitdruck, dies innerhalb weniger Stunden während eines Ratschlags vornehmen zu müssen. Dies wird die Chance erhöhen, eine Zustimmung des Ratschlags zu erreichen. Auch können sich die Ratschlag-Teilnehmer frühzeitig über anstehende Themen informieren, es wird Interesse geweckt, an den Diskussionen teilzunehmen, die Teilnehmerzahl könnte zunehmen, die Diskussion wird breiter, die Bewegung wird gestärkt.

4) Bei inhaltlichen Abstimmungen in den Attac-Gremien wird das bestehende Konsensprinzip (mehr Befürworter als Gegner, weniger als 10% Veto) ergänzt durch die Möglichkeit, dass ein Antrag im nicht lösbaren Konfliktfall auch bei einer 2/3-Mehrheit von Befürwortern als angenommen gilt. Die Art der Verabschiedung (Konsens oder 2/3-Mehrheit) wird jeweils vermerkt.

Begründung: Das Konsensprinzip hat möglicherweise außerhalb von mehrjährig zusammenarbeitenden eher kleinen vertrauten Teilnehmergruppen Grenzen der Funktionalität.

Die vorgeschlagene Regelung hilft, Blockaden durch Minderheiten, wie sie von einigen Arbeitsgruppen/Kokreis/Rat (laut Diskussionsprotokollen) beklagt wurden, zu verhindern. Bei Treffen von z.B. 10 Teilnehmern reicht eine Person, die nicht „mitzieht“, dass Beschlüsse nicht zustande kommen. Es gab in den letzten 2 Jahren mehrfach Forderungen, „blockierende“ Teilnehmer aus den Gremien auszuschließen. Dies ist sehr problematisch zu legitimieren, zumal wenn es für diese Situation keine geregelte und allgemein akzeptierte Vorgehensweise gibt.

Der sinnvollere Weg könnte sein, dass der (weiterhin anzustrebende) Konsens im nicht lösbaren Konfliktfall durch eine 2/3-Mehrheit ersetzt werden kann. Die "Hauptströmung" von Attac kommt dann in den verschiedenen Gremien häufiger und bei mehr Fragestellungen zu Entscheidungen und Arbeitsergebnissen, kann sich dadurch vermehrt in der politischen Debatte positionieren und wird dadurch besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Gesamtdurchschlagskraft von Attac wird gestärkt. Eine 2/3-Mehrheit bedeutet insgesamt eine sehr gute demokratische Legitimation.

Die Diskussionskultur soll und darf hierunter aber nicht leiden, die Meinung jedes Einzelnen bleibt wichtig.

Der Antrag bedeutet insbesondere nicht, dass Meinungen außerhalb der 2/3-Mehrheit nicht mehr eine Meinung innerhalb von Attac darstellen; sie dürfen und sollen weiter vertreten und diskutiert werden, stellen allerdings (zumindest zu diesem Zeitpunkt) eine Minderheitsmeinung dar.

5) Es wird eine Arbeitsgruppe (oder Arbeitskreis) von (sich freiwillig meldenden) Personen beauftragt, für bestehende Strukturfragen und aufgetretene Konfliktkonstellationen Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die Attac-Regelsammlung zu aktualisieren, die Funktionsaufteilung zwischen der Organisation „Attac“ und dem „Attac-Trägerverein“ zu präzisieren. Die Vorschläge sollen (spätestens) zum Herbstratschlag 2013 vorgestellt werden.

Begründung: Seit längerer Zeit empfinden immer mehr Attac-Engagierte, dass die aktuellen Attac-Strukturen nicht optimal funktionieren und zusammenarbeiten. Nach brainstorming-artiger Diskussion auf dem Herbstratschlag 2011 in Saarbrücken hat eine Struktur-AG des KoKreises sowie die Regionalgruppe Freiburg Vorschläge zur Weiterentwicklung der Attac-Strukturen beim Frühjahrstatschlag 2012 in Jena vorgestellt, die jedoch nicht verabschiedet werden konnten. In der Zwischenzeit hat sich weiteres Konfliktpotential gezeigt: Ausschluss eines Ratsmitglieds aus Attac und aus dem Attac-Rat per Mehrheitsbeschluss des Rates (siehe Protokoll der Ratssitzung vom 16.06.2012).

Es scheint in der immer stärker und bedeutsamer werdenden Attac-Bewegung immer wieder Konflikte zu geben, die informell nicht (rasch genug) zu lösen sind. Daher sind für strittige Fragen vielleicht besser „saubere“ formale Vorgehensweisen festzulegen, als dass Streitpunkte anhaltend schwelen. Natürlich muss und soll auch ein Regelungsdruck vermieden werden.

Beispiele für zu klärende Fragen:

Überarbeitung, Aktualisierung und Vervollständigung der "Regelsammlung Attac-d (vorläufig)"

Festlegung von Zuständigkeiten, Wahlverfahren und Wahlperioden

Umgang mit Attac-Regelverstößen

Abstimmung der Attac-Regelungen mit der Trägervereins-Satzung

Strukturanpassungen der Gremien, so dass Überlastungen vermieden werden, Projekte effektiv verfolgt werden können, Gruppierungen gut zusammenarbeiten.

Weitere Erläuterung: Durch die Beauftragung bekäme diese Arbeitsgruppe eine vermehrte Legitimität verliehen, an einer Überarbeitung/Veränderung einiger Attac-Strukturen zu arbeiten. Hierdurch stiegen die Chancen, dass die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe mehr Beachtung (im Vergleich zu den bisherigen Initiatoren von Veränderungsbestrebungen) finden und die Empfehlungen bei einem zukünftigen Ratschlag mit höherer Wahrscheinlichkeit auch umgesetzt werden. Unter diesen Voraussetzungen wären möglicherweise einige Attac-Aktivisten (wieder?) bereit, sich mit dem eher trockenen und nicht von Vorneherein erbaulichen, aber dennoch sehr wichtigen Thema von effizienten Organisationsstrukturen intensiv zu beschäftigen.

8.4 Konzept für Aktionstage und Infos/Regionalgruppe Freiburg

Der Ratschlag möge beschließen: Der Ratschlag beauftragt den KoKreis, innerhalb der nächsten drei Monate ein Konzept zu erarbeiten, wie Informationen zeitnah vor Aktionstagen und zu laufenden politischen Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden können, damit ein kompetentes Engagement der Regionalgruppen in Zukunft gewährleistet werden kann.

Begründung: Die Erfahrungen in unserer Arbeit vor Ort haben gezeigt, dass uns in Bezug auf viele inhaltliche Fragen zu Finanz- und Wirtschaftsfragen (wie z.B. zur Rolle der EZB, frühzeitige

Einschätzung des ESM und des Fiskalpakts etc.) kurze, zeitnahe und prägnante Informationen fehlten, die wir dringend benötigt hätten. Bildungsarbeit und ökonomische Aufklärung sind für uns immer noch wichtige Standbeine von attac. Doch um andere weiterbilden zu können, müssen wir uns selbst fit genug fühlen, um z.B. am Infostand die üblichen Gespräche bestehen zu können. Deshalb sollten diese Informationen zeitnah vor Aktionstagen und zu laufenden politischen Entwicklungen zur Verfügung stehen (z.B. in Form von fact sheets). Da wir mit organisatorischen Aufgaben schon mehr als ausgelastet sind, fühlen wir uns überfordert, diese Informationen z.B. für Info-Tische oder Aktionen zusätzlich zusammenzustellen und aufzubereiten.

8.5 Kampagnenrat für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro/Edgar Schu

Für 10 Euro lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn und 500 statt 374 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz

Der Kampagnenrat für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn schlägt Attac Deutschland vor, diese Kampagne mit zu unterstützen. (Internetseite der Kampagne seit 2009: www.500-euro-eckregelsatz.de; weitere Informationen sowie Auseinandersetzungen mit den politischen Parteien: www.mindestlohn-10-euro.de)

Die Kampagne besteht seit 2009 und wird bisher durch über 150 Initiativen und Organisationsgliederungen wie auch Gewerkschaftsgliederungen und Landesverbände unterstützt. Sie hat schon mehrere bundesweite Aktionstage durchgeführt und will ihren Beitrag dazu leisten, den Druck zu erhöhen, dass in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, von welchem wenigstens ein Alleinstehender einigermaßen leben kann. Wir setzen uns für mindestens zehn Euro lohnsteuerfrei ein. Der Hartz-IV-Eckregelsatz soll endlich auf die auch von Attac seit 2006 geforderten mindestens 500 statt 374 Euro angehoben werden.

Die Lohn- und Sozialhilfeniveaus in den Staaten beeinflussen sich gegenseitig.

Wenn durch die geringen Lohnstückkosten in Deutschland die anderen Staaten niederkonkurriert werden, müssen wir auch aus diesem Grund gegensteuern, im Interesse der Betroffenen - alleine in Deutschland sind das viele Millionen - und um der Krisendynamik entgegen zu treten.

Die namentliche Unterzeichnung durch Attac Deutschland und auch Aktivitäten von weiteren Ortsgruppen für diese Kampagne können diese weiter stärken.

Rückblick: Für den Erfolg der Kinderplattform www.kinderarmut-durch-hartz4.de war die Unterstützung durch Attac im Jahr 2008 ein wichtiger Beitrag.

8.6 Neuregelung von Vorträgen, Internet und Bündnisarbeit/Peter Klemm

Zu Repräsentationsfragen
es sind 3 Fälle zu unterscheiden

Regel a:

Wenn Mitglieder des Ko-Kreises oder des Rats Einladungen zu Vorträgen annehmen wollen, ist die nächste lokale Attac-Gruppe rechtzeitig ebenfalls einzuladen.

Begründung: Die Mitglieder müssen wissen, was in ihrem Namen in der Stadt/Region gesagt wird.

b. Bei einer Großveranstaltung soll die Rede von der örtlichen Gruppe gemeinsam erarbeitet werden, es sind auch Formen der Zusammenarbeit mit einer bundeweiten Liste oder dem Ko_Kreis möglich.

Begründung: Eine regionale Gruppe hat eine Domäne und somit Rechte. Diese dürfen nicht durch zentralistische Akte ausgehebelt werden. Die Wirkungen einer Rede muss die lokale Gruppe ausbaden.

c. Wenn Attac-Mitglieder anderweitige Veranstaltungen besuchen, haben Sie das Recht, sich als Attac-Mitglied vorzustellen und -falls nicht anders besprochen- die Pflicht zu betonen, dass sie ihre persönliche Meinung vortragen.

2. Kontrolle und Zensur im Internet müssen ein Ende haben.

Begründung:

Es wird ja nicht nur der Mailschreiber zensiert, sondern vor allem der Leser. Da jeder die Möglichkeit hat unerwünschte Mails wegzuklicken oder als SPAM ausfiltern zu lassen, bedarf es sowieso keines "Schutzes". Solche Vokabeln dienen als Vorwand für die Unterdrückung unerwünschter Meinungen und für die Beschneidung von Mitglieder-rechten. Die mir bekannten Fälle waren alles keine Faschisten o.ä.

3. Wenn eine bundesweite AG auch eine lokale Aktion, z.B. in einem Bündnis wie "umfairteilen", vorhat und dafür die lokalen Gruppen einplant, muss sie diese Gruppen vorher ansprechen und ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumen. Es darf kein Zeitdruck aufgebaut werden.

Begründung: Was bei "umfairteilen" an Zentralismus gelaufen ist, stand krass gegen alle unsere Demokratiewerte. Die Plattform war fertig, das Flugblatt war fertig, die Plakate waren fertig und unumstößlich trotz kreischender Fehler. Zu all diesen Punkten gab es keine Vorabinformation und keine Widerspruchsmöglichkeit.

8.7 Antragsentwurf zum Thema „Schiedskommission“ (Konsensentwurf)/Mediationsgruppe der Regionalgruppe Berlin

Das Plenum von ATTAC Berlin hat in seiner Sitzung am 16.10.2012 über die Initiative von Barbara Volhard beraten, die im Rahmen von ATTAC die Bildung einer Schiedskommission vorschlägt. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Das Plenum reicht stattdessen folgenden Vorschlag zur Beschlussfassung beim ATTAC-Ratschlag vom 2. bis 4.11.2012 in Köln ein:

1. Der ATTAC-Ratschlag empfiehlt den Regional- und bundesweiten Arbeitsgruppen die Einsetzung einer Mediationsgruppe für die Schlichtung von zukünftigen internen Konflikten sowie von Differenzen in grundlegenden Organisationsfragen.
2. Eine Entscheidung über Einberufung einer Mediationsgruppe sowie deren Arbeitsweise obliegt den Regional- und bundesweiten Arbeitsgruppen.
3. Die Mitglieder der Mediationsgruppe werden auf Vorschlag der Arbeits- und Projektgruppen vom regionalen Plenum oder der Bundesarbeitsgruppe für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt. Das Gremium soll aus mindestens drei Mitgliedern bestehen.

4. Jedes Mitglied einer regionalen oder thematisch arbeitenden bundesweiten Arbeitsgruppe kann die zuständige Mediationsgruppe anrufen, die sich nachfolgend mit der Angelegenheit befasst und nach Absprache einen möglichst zentralen Treffpunkt bestimmt.
5. Die Entscheidungen der Mediationsgruppe sind mit Rücksicht auf eine zügige Konfliktlösung möglichst zeitnah, jedoch ohne konkrete Fristvorgabe zu treffen. Der daraus resultierende Beschluss ist für alle an der Mediation beteiligten Mitglieder verbindlich.
6. Einem Ausschluss aus ATTAC muss ein **bedeutender** Verstoß gegen die von ATTAC in der Satzung und in der Selbstverständniserklärung genannten **Ziele und Interessen** vorausgegangen sein. Die Mediationsgruppe gibt in diesem Fall eine entsprechende Empfehlung an den Attac-Rat.
7. In letzter Instanz entscheidet der ATTAC-Rat nach Anhörung der mit dem Ausschlussbegehren befassten Mediationsgruppe entsprechend §3, Abs. 5 und 6 der Attac-Satzung.
8. Die Mitglieder der Mediationsgruppe üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus und haben keine über ihre Vermittlungs- und Schlichtungstätigkeit hinausgehenden Kompetenzen.

9. Finanzanträge an den Haushalt 2013

9.1 Beipackzettel Haushaltsentwurf

Liebe Aktive in Attac,

der Haushaltsentwurf 2013 kann ab heute auf der Attac Webseite unter www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/finanzen angesehen werden. Dort findet ihr auch den Vergleich mit den Kennzahlen des Haushaltsbeschlusses 2012, wie ihn der Herbstratschlag 2011 beschlossen hatte.

Wir freuen uns, euch mitteilen zu können, dass die Zahl der attac-Mitglieder weiter wächst und das Spendenaufkommen auch in diesem Jahr über dem Plan liegt. Genaue Zahlen werden wie immer auf dem Herbstratschlag vorgelegt.

1. Haushalt 2012

Trotz der vielen Aktivitäten, die dieses Jahr – teilw. auch unvorhergesehen - gelaufen sind und den Haushalt recht stark belastet haben, konnte das geplante Defizit des Haushalts 2012 (Ratschlagsbeschluss: 34.479 Euro) auf ein aktuelles Minus i.H. von 10.680 Euro gemindert werden!

Rechnen wir die Mitglieder- und Spendenentwicklung für die ersten sieben Monate 2012 auf den Rest des Jahres hoch, ergibt sich glücklicherweise ein noch besseres Bild: Im Vergleich des Haushaltsbeschlusses 2012 mit dem aktuellen Stand können wir bereits jetzt mit einem Mehr an Mitgliedsbeiträgen von 28.494 € (2012: 1.103.922 €, Stand 31. Juli 2012: 1.132.416 €) rechnen. Zusätzlich erwarten wir für das Jahr 2012 37.531 € Mehreinnahmen durch Spenden (HH-Beschluss:

244.000 €, 2012 aktuell (31.07.): 281.531 €) - sodass die Wahrscheinlichkeit, 2012 mit einem ausgeglichenen Haushalt abschließen zu können, recht hoch ist.

2. Haushalt 2013

Den Haushaltsvorschlag für 2013, den wir dem Herbstratschlag zur Entscheidung vorlegen wollen, haben wir aufgrund von Hochrechnungen und Prognosezahlen aufgestellt, die auf den aktuellen Zahlen zum 31.07. beruhen:

Einnahmeprognose

Die Einnahmeprognose haben wir an die aktuelle Mitgliederzahl und – allerdings sehr zurückhaltend - an die überplanmäßigen Spendeneinnahmen angepasst. Die Einnahmeprognose bleibt weiterhin einigermaßen konservativ – ebenso wie in früheren Jahren: Wir können nicht automatisch davon ausgehen, dass sich die Spenden so wiederholen und dass Mitgliederzahlen konstant wachsen werden.

	Ist-Prognose Ende 2012 (Stand 31.07.12)	Haushalt 2012 nach Beschluss des Ratschlags 2011	Haushaltentwurf 2013
Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen	1.132.416 €	1.103.922 €	1.133.611 €
Allgemeine Spenden	150.049 €	130.000 €	135.000 €
Spendenmailings	114.157 €	100.000 €	110.000 €
Spendenquittungen	17.324 €	14.000 €	14.000 €
GESAMT	1.413.946	1.347.922	1.392.611

Projekte und AGen:

Die AGen sind insgesamt mit 24.000 ausgestattet. Den Regionalgruppen werden 2013 insgesamt 254.058 Euro zur Verfügung gestellt. Als freie Mittel für Projekte und Kampagnen stehen 40 000 € zur Verfügung.

Für die Vergabe dieser Mittel wird die Finanz-AG des Kokreises die eingegangenen Anträge sichten und zwei Wochen vor dem Ratschlag eine Beschlussempfehlung für die Mittelaufteilung vorlegen.

Wir möchten alle Aktive bitten, etwaige Anträge für Projekte oder AG-Aktivitäten (die dann die reguläre Grundausrüstung für AGen von 1.000 € übersteigen), bis zum Antragsschluss am 07.Okt.2012 zu senden an: ratschlag@attac.de

3. Gesamtbetrachtung

Der momentane Haushaltsentwurf sieht ein Jahresendsaldo für 2013 von -39.944,37 € vor. Da die Mehreinnahmen aus den sehr wahrscheinlichen Mitgliederzuwächsen im nächsten Jahr noch nicht eingerechnet sind gehen wir davon aus, dass wir das Minus bis Ende 2013 ausgleichen können.

Wir bitten den Ratschlag, diesem Haushaltsentwurf 2013 zu folgen und ihn mitzutragen.

10. Finanzanträge

Die Reihenfolge entspricht der Tabelle der Empfehlung der Finanz-AG.

10.1 PG Eurokrise

PG Eurokrise

Geplante Ausgaben 2013

Kosten PG	
Fahrkosten PG	5.000,00
Demo-LKW Attac incl. Beschallung für Blockupy	2.000,00
Materialien	
Factsheets (Druck u. Versand)	1.000,00
Banner	500,00
Sonstiges	500,00
Zwischensumme	9.000,00

Aktionskonferenz Jan. 2013

Internationale Gäste (FK, Spesen, Catering)	300,00
Beteiligung Miete etc.	200,00
Zwischensumme	500,00

Mai.Aktionen

Anwaltliche Beratung	2.500,00
Öffentlichkeitsarbeit	2.000,00
Internationale Gäste	3.000,00
Zelt für Rückzugsmöglichkeit u. Attac-Präsentation	3.000,00
Bündnis	7.000,00
Honorar	1.500,00
Sonstiges	1.500,00
Zwischensumme	20.500,00

GESAMT	30.000,00
---------------	------------------

10.2 Aquattac

Auf der Europäischen Sommeruniversität 2008 entstand das europäische Wassernetzwerk Aquattac, das seitdem regelmäßig aktiv gewesen ist. Einige WasseraktivistInnen von Attac Deutschland waren von Anfang an dabei. Aquattac war vom 10-18. März 2012 involviert in die Organisation des Alternativen Wasserforums in Marseille, das zum offiziellen 6. Weltwasserforum (WWF) stattfand.

Aquattac will auch 2013 dazu beitragen, dass das Thema Wasser bzw. Wasserprivatisierung wach gehalten wird. Anknüpfungspunkte bieten dabei vor allem die laufende Europäische Bürgerinitiative zum Recht auf Wasser, initiiert von den Gewerkschaften, oder auch die laufenden EU-Gesetzgebungsprozesse zur Vergabe von Konzessionen.

Dazu soll zumindest ein Flyer zum Thema Wasser bzw. Wasserprivatisierung entstehen, je nach Kapazitäten beteiligt sich Aquattac an Aktionen oder Veranstaltungen und nimmt an der europäischen Vernetzung im Rahmen von Aquattac teil.

Daneben ist Aquattac weiterhin bereit, mehrere Filme auszuleihen und/oder als ReferentInnen für Gruppen vor Ort zur Verfügung zu stehen. Es handelt sich v.a. um die Filme: „Water Makes Money“, „Wasser unterm Hammer“ und „Flow“. Als kürzerer Film eignet sich sehr der Dokumentarfilm „Flüssiges Berlin“.

Um die Aktivitäten ausbauen zu können, stellen die deutschen AktivistInnen, die sich bei Aquattac engagieren, folgenden Finanzantrag für 2013:

1. Fahrten für Aquattacler zu Treffen etc.	1.000 €
2. Infomaterial (z.B. Flyer) und sonstige Materialkosten	1.000 €
<hr/>	
GESAMTKOSTEN	2.000 €

AntragstellerInnen: Christiane Hansen (München), Markus Henn und Dorothea Härlin (Berlin)

10.3 AG Privatisierung

Finanzantrag: AG Privatisierung an den Attac Ratschlag 2.-4. November 2012 in Köln

Projekt: Aktivitäten der bundesweiten AG Privatisierung im Jahr 2013

Hiermit beantragen wir für die AG Privatisierung neben dem regulären Gruppenetat von 1.000 € eine zusätzliche Summe von 3.000 € zur Durchführung einer Kampagne für eine Gesetzesänderung im Bezug auf die Privatisierungspolitik in Deutschland.

Begründung:

Wer? Die bundesweite AG Privatisierung, in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB). Gespräche mit ver.di über eine mögliche Zusammenarbeit sind gerade am Laufen. Das Web-Portal Abgeordneten Watch wird für einzelne Projektphasen angefragt bzw. als Dienstleister herangezogen (siehe unten).

Was?

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2013 fordern wir: kein zweites PPP-Beschleunigungsgesetz in der letzten Sitzung der Legislaturperiode, stattdessen ein Gemeinwohl-Förderungsgesetz in den ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode!

Warum?

Das 1. PPP-Beschleunigungsgesetz wurde schon einmal in den letzten Sitzungen der Legislaturperiode kurz vor knapp im Parlament „durchgeschleust“, nämlich 2005 unter der Rot-Grünen-Koalition. Ein PPP-Fördergesetz mit dem Erlass der Mehrwertsteuer für Private in PPP-Projekten scheiterte 2009 knapp in den letzten Tagen der rot-schwarzen Koalition. In den letzten Tagen der CDU-FDP-Koalition besteht nun wieder die große Gefahr, dass die Abgeordneten der regierenden Parteien kurz vor dem Aus noch ihr Klientel bedienen wollen und versuchen werden, das 2. PPP-Beschleunigungsgesetz in aller Eile und mit großem Druck zu verabschieden. Damit genau das nicht passiert, wollen wir Öffentlichkeit schaffen und die Abgeordneten davon abhalten, ein solches Gesetz durchzusetzen.

Gleichzeitig werden wir die Abgeordneten auffordern, in den ersten Sitzungen des neuen Parlaments ein Gemeinwohl-Förderungsgesetz zu verabschieden. Inhaltlich geht es darin um den dauerhaften Schutz der Gemeingüter, verbunden mit der Abschaffung der PPP-Fördermaßnahmen und dem Stopp aller PPP-Projekte und -Vorhaben.

Welchen Nutzen hat das?

1. Wir wollen mit dieser Kampagne die Privatisierungsaktivitäten der Bundesrepublik anhalten.
2. Ziel unserer Aktivitäten ist es, zu einer Änderung des öffentlichen Diskurses und zu einem Paradigmenwechsel beizutragen (Privatisierung vs. Rekommunalisierung und bessere Ausstattung der öffentlichen Hand).
3. Der konkrete Vorschlag von Gesetzesänderungen in Richtung Gemeinwohl-Förderung ermöglicht Aktiven vor Ort, „ihre Abgeordneten“ zu einem Bekenntnis für die Daseinsvorsorge und gegen Privatisierung zu bewegen.

Aktivitäten

Aktivitäten im Jahr 2013	Beitrag der AG Privatisierung
1. bundesweites Planungstreffen und 3 Arbeitstreffen (1. am Anfang, drei weitere im Laufe der Kampagne: März, Mai und August)	1000,- € (insg. 5.000, vor allem für Reisekosten, Raummiete und Honorar für Kampagnenplanung)
Briefe an alle KommunalpolitikerInnen mit Informationen über die Kampagne und mit der Handreichung PPP	200,- € (insg. 10.000,- €)

10.4 coorditrad

Ausbau von coorditrad: Finanzantrag an den Ratschlag von Attac De, November 2012

Für ein Treffen von aktiven ÜbersetzerInnen aus dem deutschsprachigen Raum und für eine zweitägige Fortbildung von interessierten ÜbersetzerInnen wird ein **Zuschuss von 2000 Euro** beantragt (Fahrtkosten und Unterbringung von 10 bis 15 aktiven ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen; evtl. Kosten für Räume und Materialien für die Fortbildung).

Dieses Treffen sollte unmittelbar vor der Sommerakademie stattfinden, um Synergieeffekte auszunutzen, weitere Interessierten zu gewinnen und das Suchen von Räumen zu vereinfachen.

Begründung: Die Anforderungen an Übersetzungen nehmen zu – da die Herausforderungen an die altermondialistische Bewegung wachsen und wir mehr denn je uns mit Bewegungen anderer Länder und Kontinente austauschen sollten.

Es gibt schon ein Netz von ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen (www.coorditrad.attac.org), deren Arbeit muss weiter ausgebaut werden, die Qualität der Übersetzungen ist zu sichern und eine personelle Verstärkung ist notwendig.

(Anmerkung: Für das Treffen, das im Jahr 2012 stattfinden sollte, sind schon 1500 € im Haushaltsplan 2012 vorgesehen worden, aber nicht abgerufen worden: Es war mir nicht möglich, für die Zeit vor der Soak 2012 ein Treffen zu organisieren, im Jahre 2013 sind die Bedingungen für mich u.a. deswegen viel günstiger, da die Soak in „meiner“ Stadt – Hamburg – stattfindet. Mehr Fahrkosten müssten eingeplant werden, da Hamburg nicht zentral gelegen ist)

Marie-Dominique Vernhes, Redaktion von „Sand im Getriebe“ und Mitglied der AG Internationales

Vorhaben	Summe
ÜbersetzerInnen-Treffen, zweitägige Fortbildung von interessierten ÜbersetzerInnen (Fahrkosten und Unterbringung von 10 bis 15 aktiven ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen; evtl. Kosten für Räume und Materialien für die Fortbildung).	Zuschuss von 2000,00 Euro
Gesamtsumme	2000,00 Euro

10.5 Sand im Getriebe

Antrag der Redaktion von Sand im Getriebe, <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/>

Wir beantragen für das Jahr 2013 insgesamt **3000 Euro** (statt der im Haushaltsplan vorgesehenen 1000 Euro)

a) laufende Ausgaben: 1000 Euro

(wie in den vorigen Jahren)

- Kosten für Werbeflyer und für die Exemplare, die wir an AutorInnen, an ÜbersetzerInnen usw. kostenlos weitergeben /verschicken.
- Reisekosten
- laufende Bürokosten

Zur Information: Übersicht über die Ausgaben im Jahr 2012: 1700 €, davon einmalig Hardware in Höhe von ca. 800 €; laufende Bürokosten und Druckkosten für Werbezettel/verschenkte Exemplare: ca. 500€; Reisekosten: ca. 400€

b) Unterstützung der Verwaltungsarbeit durch eine Honorarkraft: 2000 Euro

„Sand im Getriebe“ existiert seit dem 3.9.2001, seitdem sind 97 Nummern erschienen. Manche Artikel haben einen bleibenden Wert, manche sind als Dokumente der altermondialistischen Bewegung immer noch relevant. Wir haben 2010 in Absprache und mit Unterstützung des WebTeams angefangen, eine thematische Darbietung dieser Artikel aufzubauen und einen Teil der Arbeit an eine Honorarkraft weiter

deligiert.

Für 1000 Euro sind folgende Arbeitsprozesse bisher gelaufen:
Erstellung des Gesamtverzeichnisses (s. <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/>), so dass mit der Suchfunktion von pdf einzelne Artikel gefunden werden können; Rohmaterial für das thematische Anbieten von Sig-Artikeln und nicht zuletzt Unterstützung bei Hard- oder Software-Problemen.

- Für den Abschluss der thematischen Ordnung der Artikel;
 - Für die weitere Hard- und Software-Unterstützung;
 - Für den Aufbau einer gut strukturierteren „SiG-Werkstatt“ (Anbieten von Artikeln noch vor der Veröffentlichung von SiG; Zusatzmaterial)
- benötigen wir die weitere Unterstützung einer Honorarkraft.

Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes, SiG-Redaktionsmitglieder in Deutschland

Vorhaben	Summe
(wie in den vorigen Jahren) - Kosten für Werbeflyer und für die Exemplare, die wir an AutorInnen, an ÜbersetzerInnen usw. kostenlos weitergeben /verschicken. - Reisekosten - laufende Bürokosten	1000,00 Euro
Unterstützung der Verwaltungsarbeit durch eine Honorarkraft: - Für den Abschluss der thematischen Ordnung der Artikel; - Für die weitere Hard- und Software-Unterstützung; - Für den Aufbau einer gut strukturierteren „SiG-Werkstatt“ (Anbieten von Artikeln noch vor der Veröffentlichung von SiG; Zusatzmaterial) benötigen wir die weitere Unterstützung einer Honorarkraft	2000,00 Euro
Gesamtsumme	3000,00 Euro

10.6 AG Energie-Klima-Umwelt

Vorwort

Der Schwerpunkt der Arbeit der EKU-AG liegt in diesem Jahr auf den Auseinandersetzungen um die Energiewende in Deutschland. Dabei setzt sich die AG für eine umweltfreundliche, sozial gerechte, demokratisch kontrollierte und konzernfreie Energieerzeugung ein.

In diesem Zusammenhang engagieren sich die Aktiven der AG in verschiedenen Anti-Atom- und Kohle-Protesten auf lokaler wie auch bundesweiter Ebene, in lokalen Klimabündnissen und Initiativen für

Energiedemokratie. Aktive der EKU-AG beteiligten sich an den Protesten im Rahmen der Jahreshauptversammlungen von RWE und dem „System Change not Climate Change-Block“ bei „Blockupy Frankfurt“ einschließlich dessen Vorbereitung. Mit einer Aktion auf dem Dach des RWE Kohlekraftwerks Niederaußem mobilisierten Aktive der AG für die Klimacamps in Rheinland und Lausitz. Weiterhin bot die EKU-AG – meist gemeinsam mit verschiedenen Bündnispartnern – auf dem McPlanet 2012, der Sommerakademie in Mainz sowie bei den Klimacamps Workshops an. Anlässlich des Rio + 20 Gipfels im Juni erarbeitete die AG ein kritisches Positionspapier und ein "Casino-Spiel" zur Green Economy für Mc Planet und Sommerakademie.

Auf Anfrage von lokalen Gruppen erarbeitete die AG Vorträge, die die Energiewende aus einer emanzipatorischen Perspektive behandeln, diese sollen bei Interesse auch in Zukunft angeboten werden. Außerdem rief die EKU-AG zu kritischen Reaktionen an die Übertragungsnetzbetreiber auf zu deren Stromnetzentwicklungsplan. Aktuell beteiligt sich die AG an der Vorbereitung einer Aktionskonferenz zu Energiekämpfen.

Diese Arbeit möchte die AG im nächsten Jahr fortsetzen, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte Energiedemokratie und Energiewende durch den Widerstand gegen Kohlekraft ergänzt werden sollen. Deshalb sollen nicht nur die bisherigen Vernetzungs- und Mobilisierungstätigkeiten, die Bildungsarbeit sowie die Aktionsunterstützung und -beteiligung fortgesetzt, sondern möglicherweise auch in Zusammenarbeit mit anderen Attac-Kontexten eine Anti-Kohle-Kampagne geplant und durchgeführt werden.

Finanzantrag

Da bereits die in diesem Jahr durchgeführten Aktivitäten Ausgaben von mehr als 2000 Euro nach sich zogen ist davon auszugehen, dass bei ihrer Fortsetzung und in Anbetracht der eventuellen zusätzliche Kosten einer Anti-Kohle-Kampagne die AG-Mittel von 1000 € im Jahr nicht ausreichen werden. Die EKU-AG geht von einem zusätzlichen Finanzbedarf von mindestens 1000 € aus und beantragt daher aus dem Haushalt auch für das Jahr 2013 2000 €.

Ggf. zusätzliche Kosten durch Kampagne 2013

Falls die Durchführung eine größere Kampagne zustandekommt, z.B. zu Anti-Kohle (siehe oben), dann sicher gemeinsam mit anderen bundesweiten Kontexten (Thema auf der o.g. Energiekämpfe-Konferenz im November) und möglichst auch gemeinsam mit anderen Attac-Zusammenhängen, wird das im kommenden Jahr Mehrkosten verursachen, die nicht in diesem Finanzantrag gedeckt sind und einen weiteren Antrag in 2013 bedeuten werden.

Überblick über die veranschlagten Ausgaben (in Anlehnung an 2012)

Posten	Erläuterung	Betrag
Treffen der AG	Fahrtkosten, Raummiete	600 €
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der AG	Flyerdruck, Druck sonstigen Infomaterials, Fahrtkosten	400 €
Aktionen und Aktionsunterstützung der AG	Aktionsmaterial, Fahrtkosten	500 €
Vernetzung mit Anti-Atom, Anti-Kohle-, Klimagerechtigkeits-, Energiekämpfe- und Energiedemokratie-Bewegungskontexten, inkl. Konzeptarbeit für Anti-Kohle-Kampagne	Fahrtkosten, Material	500 €
Gesamt		2000 €

Für Rückfragen: [epudimat\(at\)gmx.net](mailto:epudimat(at)gmx.net) AG Energie-Klima-Umwelt

10.7 AG ArbeitFairTeilen



Finanzantrag

Das Jahr 2013 ist das Jahr der Arbeitszeitverkürzung.

Arbeitszeitverkürzung gehört wieder auf die Tagesordnung. Anders sind große gesellschaftliche Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung nicht zu lösen. Wir brauchen einen neuen Arbeitszeitstandard von etwa 30 Stunden pro Woche. Diese „kurze Vollzeit“ muss bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen sowie vollem Personalausgleich stattfinden.

Die AG ArbeitFairTeilen versteht sich als Teil des umFAIRteilen-Bündnisses **und nimmt insbesondere die Primärverteilung und die Lohnquote in den Fokus.**

Im kommenden Jahr stehen einige wichtige Ereignisse an: Wir beteiligen uns an der Organisation des umFAIRteilen-Kongresses; dieser wird die Arbeits-Verteilung voraussichtlich als einen Schwerpunkt haben. Der 1. Mai wird Tag der **Arbeitszeitverkürzung**.

Im Jahr 2011 hat sich das Bündnis bzw. die Initiative „Arbeitszeitverkürzung jetzt!“ gegründet, in welchem die AG ArbeitFairTeilen aktiv mitarbeitet.

Finanzplan der AG ArbeitFairTeilen

Ausgaben

Fahrtkosten AG-Treffen	Bündnisplanung, Regionalkonferenzen; etwa alle 1,5 Monate	1.600,00 €
umFAIRteilen-Kongress	Werbeflyer, Workshop-Material	600,00 €
Demoflyer	Für die 1. Mai-Demo	800,00 €
Bündnistreffen + Anteil Webseite	Initiative Arbeitszeitverkürzung jetzt!	600,00 €
Pressewirksame Aktion	Im Frühjahr	400,00 €
Summe:		4.000,00 €

Zeitsouveränität ist gegensätzlich zu Zeitmangel und Fremdbestimmung. Durch Erhöhung des Zeitwohlstands werden die Menschen ermächtigt, ihr Leben und unser Zusammenleben aktiv zu gestalten, gesellschaftspolitisches Engagement wird gestärkt und ermöglicht. Demokratie braucht Freizeit. Engagement braucht Freizeit. Aktivismus braucht Freizeit. Dafür wollen wir uns im nächsten Jahr intensiv einsetzen!

Die AG ArbeitFairTeilen beantragt deshalb beim Herbststratschlag 2012 für das Jahr 2013 insgesamt 4.000 Euro.

10.8 Bankwechselkampagne

Die Krötenwanderung muss weiter gehen!

Das Kampagnenteam der Krötenwanderung möchte beim Ratschlag 7.000 Euro beantragen. Wir brauchen das Geld, um unsere Arbeit fortzuführen und die geplanten Highlights auch 2013 realisieren zu können.

Anders als 2012 werden wir keine hauptamtliche Kampagnenbegleitung mehr haben, trotzdem sind die vorgestellten Pläne realistisch. Wenn das Material weiterhin so gut ankommt, kann es sein, dass wir zusätzliches Geld für Nachdrucke brauchen.

Kleiner Rückblick

Freche Aktionen zu Banken

2012 ist ein großes Jahr der Bankwechsel-Kampagne geworden.

Mit spektakulären Aktionen kamen wir in die Nachrichten – z.B. als Attac-Kletterer sich im Februar auf dem Vordach des Veranstaltungsgebäudes für die Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bank platziert hatten oder im Mai drei farbige Ganzkörperanzug-Träger Symbole der schädlichsten Geschäfte der Bank den Aktionären bei der Hauptversammlung entgegenstreckten.

Im Bündnis voran

Die Krötenwanderung geht inzwischen von vielen Organisationen aus. Es ist uns gelungen, ein Bündnis zu formen, dem u.a. die BUNDjugend und die Naturfreunde angehören, die Katholische Landjugend und die Grüne Jugend, Urgewald, INKOTA, FIAN und das Südwind-Institut. Die Bündnis-Website heißt www.bankwechsel-jetzt.de und bietet neben guten Argumenten und praktischen Tipps für den Bankwechsel auch Links zu den vielen, vielen Aktionen, die Attac-Gruppen schon auf die Beine gestellt haben, von Bankwechsel-Parties über -Tangos bis zu kreativen Infoständen. Ein eigener Bündnisflyer ist entstanden. Rund um den „Weltspartag“ und damit genau in den Tagen vor dem Ratschlag findet eine Bankwechselwoche statt, die erste große gemeinsame Aktion des Bündnisses. Zahlreiche Attac Gruppen haben bereits angekündigt, sich daran zu beteiligen.

Gegen Nahrungsmittelspekulation

Auch in der Hand der Bankwechsel-Crew liegt die Attac-Arbeit gegen Nahrungsmittelspekulation. Dafür arbeiten wir mit NGOs wie WEED und Oxfam, der Welthungerhilfe, Campact u.a. zusammen.

Ein Appell an Finanzminister Schäuble wurde schon von Zehntausenden unterschrieben.

Im Frühjahr errichteten wir vor dem Kanzleramt eine riesige Lebensmittelpreiskurve, die durch Banken immer weiter in die Höhe gezogen wurde, unerreichbar für die Ärmsten.

Spektakulär war die kleine Aktion im Ausschuss in Brüssel, der diskutierte, wie die Finanzmarktrichtlinie MiFID genutzt werden kann, die Geschäfte mit dem Hunger einzuschränken.

Selten hat ein Ausschuss politischen Protestbesuch, was die Wirkung des Auftritts mit Brötchen und kleinen Bannern deutlich erhöhte.

Regelmäßig machen wir Pressearbeit zur Spekulation mit Agrarrohstoffen, neben der uneinsichtigen Deutschen Bank zielen wir vor allem auf die Zentralbank der Volks- und Raiffeisenbanken, die DZ-Bank, deren Engagement in dem umstrittenen Bereich sich schon aus ihren Statuten verbietet. Erfolge gibt es auch: Die Commerzbank ist ausgestiegen, ebenso die Deka-Bank der Sparkassen und die Landesbanken Baden-Württemberg!

Und der Plan für das kommende Jahr

Wir wollen im Bündnis weiter arbeiten, das ist eine sehr konstruktive Runde, die die Idee weiter trägt und gemeinsam sichtbar werden möchte. Eine weitere Bankwechsel-Woche im Herbst 2013 ist schon andiskutiert. Ein regelmäßiger Newsletter wird erscheinen.

Auch 2013 wollen wir der Deutschen Bank in ihre Hauptversammlungs-Suppe spucken. Frech, bunt und bilderstark.

Und wir möchten noch ein weiteres Konfliktfeld aufmachen: Das der Versicherungen. Weil in Sachen Renten und Co Wechsel wesentlich schwieriger umzusetzen sind, geht es mehr darum, zum einen zu kommunizieren: „Gar nicht erst hingehen!“, vor allem: „Besser nicht Allianz versichert“.

Zum anderen wollen wir – in Zusammenarbeit mit der bundesweiten AG Soziale Sicherungssysteme – immer wieder darauf hinweisen, warum die private Vorsorge so problematisch ist und Attac die Bürgerversicherung fordert.

Wir knüpfen beim Versicherungskonflikt an unsere Recherchen zu den Banken an. Auch hier gibt es zusätzlichen Stoff von unseren Partnern im Bankwechsel-Bündnis. Die Allianz (nicht zuletzt mit ihrem Riesen-Investment-Baby Pimco) ist beispielsweise massiv in Geschäfte mit Agrarrohstoffen verstrickt (übertrifft sogar noch die Deutsche Bank!) und gehört zu den größten Rüstungsfinanziers. Wir wollen mit einem eigenen Flyer aufklären und eine freche Aktion dazu machen.

Das heißt in Zahlen:

Vorhaben	Detail	Summe
Aktionen - Deutsche Bank HV - Allianz - Bankwechselwoche		2.000,00 €
Publikationen - Allianz-Flyer - Nachdrucke/Überarbeitungen Krötenmaterial		2.000,00 €
Bündnisbeitrag „Bankwechsel Jetzt!“		1.000,00 €
Kampagnenteam - Reisekosten		2.000,00 €
<u>Gesamtsumme</u>		<u>7.000,00 €</u>

10.9 PG Umverteilen

Liebe Attacies,

In 2012 war es uns schwer möglich in der gesellschaftlichen Breite über unsere Alternativen von einer anderen Welt zu diskutieren. Zu festgefügt war das Glauben an eine alternativlose Lösung von Angela Merkel mit ESM, Fiskalpakt und Spardiktaten. Jetzt ist uns zusammen mit dem Bündnis umFAIRteilen gelungen, die Tür wieder ein Stück weit aufzutreten. Jetzt müssen wir nachlegen!

Und das müssen wir Attac-typisch tun. Viel Material ist schon entstanden. Eine Superheldenkarte, ein dreiseitiges Konzept, ein Flyer gefaltet im Pixie-Format, ein toller Flyer zur globalen Umverteilung zusammen mit Medico International.

Auf dem Frühjahrsratschlag 2012 haben wir beschlossen mit dem Thema Umverteilung einen Schwerpunkt zu setzen. Wir wollten ein großes Thema für Attac setzen und haben die ersten Schritte gemacht. Jetzt legen wir nach. Dazu brauchen wir Eure Unterstützung. In den Gruppen, als engagierte Attacies in Kampagne, Bündnis und Kongress und hier auf dem Ratschlag.

In diesem Sinne: Reichtum umverteilen!

*Eure PG

Finanzantrag

Auch 2013 wird umverteilt!

[hier folgt Begründungstext]

Finanzplan der PG Umverteilen:

Ausgaben		
PG Umverteilen		
Fahrtkosten PG-Treffen	Kampagnen-, Kongress- u. Bündnisplanung; etwa alle 1,5 Monate	2.200
Attac-Kampagne		
Arbeitgeberkosten Koordinationsstelle	à 20 h; 10 Monate (Jan. 2012 bis Okt. 2013)	18.300
Flyer	neue Kampagnen-Flyer	4.000
Bierdeckel oder Aufkleber	„einfache Rechnung“ Vermögensabgabe	3.000
Broschüre		4.000
Studie	Mit Kooperationspartnern; Drittmittelfinanzierung	***
Aktionen	pressewirksame Aktionen	500
Bündnis umFAIRteilen		
Bündnisbeitrag 2013		10.000
Attac Demo-Flyer		3.000
Kongress Umverteilen		
Kongressbeitrag	Kooperation mit ver.di; Drittmittelfinanzierung	***
Ausgaben gesamt:		45.000

Einnahmen (geplant)		
Attac D	Dieser Finanzantrag.	45.000
Drittmittel Kampagne	Stiftungsanträge	7.000
Drittmittel Studie		***
Drittmittel Kongress		***
Einnahmen gesamt		38.000

*** Diese Posten sollen durch Drittmittel-Anträge gegenfinanziert werden.

Die PG Umverteilen beantragt deshalb beim Herbststratschlag 2012 für das Jahr 2013,

**für eine starke Attac-Kampagnenarbeit,
für eine weitere Beteiligung am Bündnis umFAIRteilen
und für die Arbeit der PG im Übrigen**

insgesamt 38.000 Euro.

10.10 Congress Umverteilen

Haushalt 2013

Projekt „Congress Umverteilen“

Im Rahmen des Attac Schwerpunkts Umverteilen, soll ein gemeinsam von Attac und Ver.di initiiertes „Congress Umverteilen“ im Mai 2013 zu einem besonderen Höhepunkt der Kampagne gestaltet werden. Diese – nach dem Muster des Kapitalismuskongresses und des Wachstumskongresses gestaltete – Großveranstaltung in Berlin wird von einem Trägerkreis aus Attac, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Umweltorganisationen und politischen Stiftungen, etc. organisiert und von einem breiten Unterstützerkreis getragen. Aus Österreich und der Schweiz sind unsere Attac-Organisationen und mehrere Branchengewerkschaften aktiv eingebunden.

In dem gemeinsamen Aufruf zu diesem Kongress heißt es: **„Soll Europa nicht scheitern, ist ein Kurswechsel notwendig. Welchen Weg Europa nimmt, wird 2013 auch durch Wahlen unter anderem in Deutschland und Österreich entschieden. Die politischen Diskussionen wollen wir mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus den europäischen Nachbarländern beeinflussen und gemeinsam Strategien und Instrumente entwickeln, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie führen. Wir streben die Erarbeitung einer konkreten gemeinsamen Handlungsoption sowie eines konkreten Forderungskatalogs an die Parteien und künftige Regierungen an.“**

Ausgabe	Summe in €
Attac-Kongressbeitrag	15000,00
Eigene Mobilisierung, eigene Kosten (Fahrgeld, etc.)	5000,00
Total	20000,00

Kontakt: Hugo Braun, braun@attac.de

Düsseldorf 10. September 2012

Finanzantrag der Gender AG an den Attac Ratschlag vom 02.10.-04.10.2012 in Köln

Dokumentation der Tagung „Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren“ am 3.11.2012 in Berlin

Antrag:

Die Gender AG beantragt für das Haushaltsjahr 2013 eine Abnahmeverpflichtung in Höhe von 2.000 Euro für 200 Bücher zu je 10 Euro. Erstellt werden soll eine Dokumentation zur Tagung „Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren“ in Zusammenarbeit mit dem VSA-Verlag.

Begründung:

1. Die Tagung am 3.11.2012

Die Attac Gender AG veranstaltet am 3. November 2012 in Berlin die Tagung „Schneewittchen rechnet ab. Feministische Ökonomie für anderes Leben, Arbeiten und Produzieren“. Dort werden unter den vielfältigen Aspekten feministischer Ökonomie Ansätze zukünftigen menschlichen, sozialen und nachhaltigen Wirtschaftens vorgestellt und diskutiert.

Die Tagung wird in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Ver.di durchgeführt und von allen Partnern auch finanziell unterstützt.

Folgende Wissenschaftlerinnen, Aktivistinnen sowie Organisationen werden teilnehmen:

Karin Baumert/ Dr. Gülay Çağlar/ Dr. Tanja von Egan-Krieger/ Dr. Friederike Habermann/ Dr. Frigga Haug/ Dr. Barbara Muraca/ Katharina Pühl/ Respect Berlin/ Christine Rudolf/ Deborah Ruggieri/ Dr. Sabine Reiner/ Ulrike Schramm-de Robertis/ Elisabeth Voß/ Dr. Christa Wichterich

Die jeweiligen Inhalte werden durch verschiedenste Methoden wie Podiumsdiskussion, Workshops, Worldcafe sowie 3-er-Austauschgruppen (eine Methode aus der Theaterpädagogik) den Teilnehmer_innen nahe gebracht, so dass alle etwas mitnehmen und viele Vernetzungen entstehen.

Künstlerische Interventionen werden integraler Bestandteile der Tagung sein, um die Thematiken feministischen Wirtschaftens auf allen Ebenen der Wahrnehmung und Verarbeitung anzusprechen. Konkret geplant sind eine halbstündige Tagungseröffnung, eine kurze Mittagsintervention sowie eine längere künstlerische Reflexion am Abend, zu der wir hoffen, nochmals zusätzliches Publikum gewinnen zu können. Eventuell gibt es noch weitere kurze künstlerische Aktionen im Verlauf des Tages.

Folgende Künstlerinnen werden auftreten:

Bibiana Arena/ Logotorium/ Krarque & Jamarić

Dank der Unterstützung durch das Gunda-Werner-Institut können wir zudem einige feministische Bloggerinnen einladen, die während und nach der Tagung Beiträge verfassen und auf ihren eigenen Blogs sowie auf unserem veröffentlichen.

10.12 AG Internationales

AG Internationales Haushalt 2013

Die Rats-/KoKreis AG Internationales beantragt die gleichen Haushaltsansätze für 2013 wie im Haushalt 2012. Es hat sich herausgestellt, dass neben den üblichen, allerdings erheblich gewachsenen europäischen Aktivitäten vor allem das Weltsozialforum in den Gruppen auf wachsendes Interesse stößt, wofür eine Art Untergruppe WSF die umfangreiche Mobilisierung in die Hände genommen hat und somit auch für ein weiteres Jahr den Ansatz für das WSF rechtfertigt. Die Sitzungen des International Council, in dem wir seit 2011 vertreten sind, finden mehrmals jährlich statt. Der Ansatz erfasst die Mindestausgaben. Die Aktivitäten des Europäischen Attac Netzwerks haben sich insbesondere im Bereich der Krisen- und Finanzmarktkritik ausgeweitet. Die Notwendigen treffen spezieller thematischer Arbeitsgruppen verursachen erhöhte Reisekosten. Der Bereich Internationale Solidarität dient der Unterstützung von Gruppen des globalen Attac Netzwerks.

Bereich	Summe in €
Internationale Arbeit	3000,00
Internationale Solidarität	3000,00
Weltsozialforum 2013 in Tunis	3000,00
WSF International Council	3000,00
Gesamt	12000,00

1. September 2012

Kontakt: Hugo Braun braun@attac.de

10.13 AG Welthandel und WTO

Finanzantrag der AG Welthandel und WTO für das Jahr 2012

Die AG W&W beantragt einen Zusatzbedarf von 2000,00 Euro

Die Mittel sollen für die folgenden Vorhaben verwendet werden:

Teilnahme an internationalen Treffen (z.B. s2b-netzwerk, ATM Alliance)	500,00	Euro
Kampagne DCFTAs ○ Broschüre	1000,00	Euro
UnterAG Agrarnetz ○ Beitrag Trägerkreis „Meine Landwirtschaft“ <2013 >	500,00	Euro
	2000,00	Euro

Erläuterung/Begründung

Attac ist Mitglied im s2b network und seit 2012 Mitglied der ATM Alliance, die sich mehrmals im Jahre treffen, z.T. in Brüssel.

Die Arbeit zu arabischen DCFTAs soll für das kommende halbe Jahr vorrangig sein in Hinblick auf das WSF in Tunis 23.-28.03.2013. Vorgesehen ist eine Aufklärungskampagne mit einem Flyer 2012 und einer kleinen Broschüre Anfang 2013.

Zu der AG gehört auch das Agrarnetz. In diesem Zusammenhang ist Attac D dem Trägerkreis der bundesweiten Kampagne „Meine Landwirtschaft“ beigetreten; die Kampagne setzt sich für eine andere Agrarpolitik der EU ein und besteht über 2012 hinaus, da die Reform der GAP voraussichtlich erst 2014 in Kraft tritt. <http://www.meine-landwirtschaft.de/>

Roland Süß und Hanni Gramann

10.14 AG Gruppenunterstützung (AG Groupies)

Finanzantrag der AG Gruppenunterstützung des Rates (AG Groupies) für das Jahr 2013

Die AG Groupies beantragt für 2013 ein Budget von 3960,00 Euro. Das Geld soll für die folgenden Vorhaben verwendet werden.

Gründungsprozesse:	2460,00	Euro
15 Gründungsprozesse (inhaltliche Veranstaltung + Gründungsveranstaltung) a jeweils		
2 * ca 40 Briefe a 55ct	: 44,00	Euro
2 * ca 20 A3 und 80 A4 Buntkopien	: 20,00	Euro
2 * ca 50 Euro Fahrtkosten	: 100,00	Euro
	<hr/>	
	164,00	Euro
Veranstaltungen ("Regionaltag Südbayern 27.01.2013"):	1000,00	Euro
Räume	: 200,00	Euro
Fahrtkosten	: 400,00	Euro
Material	: 200,00	Euro
Druck und Versand Einladungen	: 200,00	Euro
	<hr/>	
	: 1000,00	Euro
Fahrtkosten:	500,00	Euro
2 Treffen pro Jahr jeweils ca. 5 Leute mit je 50 Euro Fahrtkosten		
	<hr/>	
	3960,00	Euro
	<hr/>	

Erläuterung/Begründung

Der Antrag entspricht weitgehend dem des vergangenen Jahres, da sich die Zahlen, also die Kosten für ca. 15 Gründungsprozesse pro Jahr und einen Regionaltag, bewährt haben. Die Vorbereitung für den Regionaltag 2013 laufen bereits. Die Fahrtkosten für die AG-Treffen wurden um 500 Euro reduziert.

10.15 AG Solidarische Ökonomie

Finanzantrag der AG Solidarische Ökonomie für 2013

Die AG Solidarische Ökonomie propagiert nachhaltiges, gemeinschaftliches und solidarisches Wirtschaften, auf lokaler und regionaler Ebene (Glokal = Global-Lokal) und praktisch.

Dementsprechend entstehen gerade regionale und Ortsgruppen, die teilweise sehr aktiv sind, wie in Berlin, in Kassel und in Halle.

Es geht darum, Alternativen zum vorherrschenden globalisierten Neoliberalismus mit seiner verheerenden Folgen für Menschen und Natur. Wir wollen alternative, solidarische Wege aufzeigen, Wirtschaft und Gesellschaft zu organisieren und die zahllosen Beispiele nennen, wo dies bereits praktiziert wird. Wir wollen inkludierende, partizipativ-demokratische und wirklich zukunftsfähige Visionen in den politischen Diskurs einstreuen, weil das Wissen darum in Krisenzeiten eine Ressource darstellt, auf die Menschen zurückgreifen können.

Im Jahre 2013 wollen wir:

1. Am Kongress Solidarische Ökonomie vom 22.-24. Februar 2013 in Wien teilnehmen und uns aktiv mit eigenen Beiträgen daran beteiligen.
2. Eine Speakerstour durch Deutschland mit dem Schweizer Autor „P.M.“ veranstalten. P.M. wirbt in seinem Buch »Kartoffeln und Computer - Märkte durch Gemeinschaften ersetzen« für einen nachhaltigen, resilienten Gesellschaftsentwurf auf der Basis von Gemeingüter und Selbstorganisation.
3. Die Kampagne Betriebe in Belegschaftshand (BiB) vorantreiben.
4. Zusammen mit der **Initiative Netzwerk Solidarische Ökonomie** das nächste **Forum** Solidarische Ökonomie vorbereiten, das voraussichtlich im Jahre 2014 stattfinden wird.

Daraus ergeben sich folgende Anträge auf finanzielle Unterstützung:

Antrag auf Finanzierung von	wie 2012	2013 in €
Fahrkosten zu den Treffen der AG, der Kampagne BiB, zum Wiener Kongress SÖ und zu Vorbereitungstreffen des Forum SÖ		1500
Speakerstour – Fahrkosten und Werbematerial		2500
<i>insgesamt</i>		<u>4000</u>
abzüglich 1000,-€ Standard-AG-Zuschuss		3000

In diesem Rahmen möchten wir einen Übertrag der Restgelder aus 2012 auf 2013 beantragen, wenn das möglich ist. - Danke!

Mit herzlichen Grüßen,

Giuliana Giorgi, Richard Schmid, Dagmar Embshoff u.a. für die AG Solidarische Ökonomie

10.16 EU-AG (nach Frist eingegangen)

Theo Tekaat

55118 Mainz, den 9.10.2012
Lessingstr. 10
Tel.: 06131 / 616 443
Fax: 06131 / 616 444
E-Mail: theo@tekaat.de

Attac D – EU-AG
Finanzantrag für das Jahr 2013
(Antrag zum Ratschlag in Köln vom 2. bis 4.11. 2010)

Aktion	Betrag €
<u>Allgemeine Aktivitäten</u> der EU-AG: 3-4 Treffen der EU-AG (Raummiete, Kopierkosten, Arbeitsmaterial, Reisekosten)	1.000,-
<u>Flyer</u> für Aufklärungsarbeit: • Allgemeiner Flyer zur Arbeit der EU-AG oder • Herausgabe der überarbeiteten Broschüre „Europa für Anfänger“	700,-
Summe:	=1.700,-

9.10.2012 gez. Theo Tekaat
(Finanzreferent der EU-AG)

11 Beschlussempfehlung der Finanz-AG des KoKreises

zu den Haushaltsberatungen des Ratschlags, 2. bis 4. November 2012, Köln

Haushalt 2013

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 fährt mit dem bewährten Verfahren fort, die Einnahmen nicht über die jetzige Situation hinaus zu planen. Das Risiko, dass 2013 womöglich weniger Mitgliedsbeiträge als 2012 eingehen, wird dabei allerdings in Kauf genommen, denn wahrscheinlicher ist ein weitergehendes, kleines aber stetes Wachstum der Mitgliedszahlen.

Für 2013 stehen 43.000 EUR als freie Projekt-Mittel zur Verfügung - bei einem geplanten Gesamtdefizit von 40.971 EUR.

Anträge für 2013

Der Finanz AG wurden insgesamt 14 Anträge auf die freien Projektmittel für 2013 vorgelegt. Im Haushaltsentwurf steht dafür ein Budget von 43.000 zur Verfügung. Die Antragsgesamtsumme liegt bei 125.960,00 Euro. Die Finanz-AG gibt ihre Empfehlung vor dem Hintergrund ab, dass die Höhe der Antragssumme die eigentlich zur Verfügung stehenden Mittel um das Dreifache übersteigt.

Die Ausarbeitung der Beschlussempfehlung für das Jahr 2013 war eine besonders schwierige Aufgabe für die FiAG, weil die Differenz zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und dem beantragten Geldvolumen weit auseinander klafft. Außerdem liegen uns für 2013 deutlich mehr Anträge für Großprojekte vor als in Vorjahren. Es gibt – was eigentlich erfreulich ist - keine Anträge, die aufgrund ihrer inhaltlichen oder finanziellen Schwäche von Anfang an nicht in Frage kommen könnten.

Andererseits sind einige Finanzanträge sehr vage und allgemein formuliert. Das erschwerte der Finanz AG die Entscheidungsfindung und führte auch dazu, dass die nicht nachvollziehbaren Posten den stärkeren Kürzungsvorschlägen ausgesetzt sind. Die Finanz AG weist alle betreffenden Antragsteller/innen darauf hin, dass nur konkrete und solide Anträge der Transparenz und Antragsgerechtigkeit für Attac genüge tun und bittet, in zukünftigen Anträgen die geplanten Aktivitäten, Ausgaben und Einnahmen konkret vorzustellen!

Insgesamt hält die Finanz AG Kürzungen i.H. von über 60.000 für vertretbar (s. Liste der Anträge) – kein Projekt wird dadurch verunmöglicht. Die Finanz AG hat sich aber nicht in der Lage gesehen, die Gesamtantragssumme auf die 43.000 Euro zu kürzen, sie kam nun auf die Gesamtbewilligungssumme von 65.400 Euro für die Beschlussempfehlung an den Ratschlag. Die FiAG bittet um Verständnis für die Kürzungen. Sie sieht sich nicht in der Lage, die Anträge noch weiter zu kürzen und die Gesamtsumme auf 43.000 € zu reduzieren. Jeder weitere Kürzungsvorschlag über die vorgenommenen Anpassungen hinaus würde nach unserem Verständnis das Mandat der Finanz-AG übersteigen, einen Vorschlag als Beschlussempfehlung für den Ratschlag vorzulegen, der sich am finanziell Machbaren einerseits und am politisch bereits Beschlossenen andererseits orientiert.

Aufgrund des Ungleichgewichts zwischen beantragten und freien Mitteln empfiehlt die Finanz-AG, die im Regionalgruppentopf ruhenden Mittel für die Realisierung der Projekte heranzuziehen. Konkret schlagen wir vor:

Es werden 23.000 EUR aus dem Regionalgruppentopf 2012 für die Finanzierung der vorgestellten Projekte für 2013 entnommen. In den Beschlussempfehlungen wird dieser Betrag berücksichtigt. Hintergrund: Der Regionalgruppentopf wurde 2012, so auch 2013, per Beschluss mit 16.000 Euro gefüllt. Die ausgezahlten Projektmittel liegen 2012 nicht über dieser Summe. Über diese 16.000 hinaus wurde der Regionalgruppentopf

im Laufe von 2012 mit insg. 31.000 aufgefüllt, dies auf Grundlage des Beschlusses des Herbststratschlags 2012 zur Rücküberweisung nicht benötigter Gruppenmittel. Diese 31.000 wurden 2012 nicht benötigt und würden so in den Regionalgruppentopf als Übertrag nach 2013 verbucht werden. Da wir im Jahr 2013 mit weiteren Gruppenmittel-Rücküberweisungen rechnen und der Topf bereits per Haushaltsentwurf mit 16.000 Euro gefüllt ist, außerdem die überschüssigen 8.000 Euro (31.000 abzgl. der 23.000) übertragen werden, halten wir dieses Vorgehen angesichts der Haushaltslage für gerechtfertigt.

Die Beschlussempfehlung der Finanz AG steht daher unter dem Vorbehalt, dass die Verwendung der Regionalgruppentopf-Mittel in Höhe von 23.000 EUR bewilligt wird.

Folgend sind die Anträge mit den Änderungsempfehlungen der FiAG aufgeführt.

Antrag von	EUR	Anmerkungen
PG Eurokrise	30.000 €	Beschlussempfehlung: <u>16.600 €</u> Anmerkung: Die veranschlagten Kosten scheinen an vielen Punkten zu hoch. Banner können mit Hilfe des attac Bundesbüros erstellt werden. Ein Zelt wird als nicht notwendig erachtet und würde voraussichtlich mehr als 5.000 EUR kosten. Alternativ können Räume/eine Halle angemietet werden (evtl. auch kostenfrei).
Aquattac	2.000 €	Beschlussempfehlung: <u>1.300 €</u> Anmerkung: Die Kosten für die Veranstaltungen bei den Regionalgruppen können von den Gruppen getragen werden bzw. das Geld kann aus dem Regionalgruppentopf beantragt werden.
AG Privatisierung	3.000 € (+ 1.000 € Gruppenetat)	Beschlussempfehlung: <u>2.000 €</u> Anmerkung: Die Finanz-AG bittet darum, die ausgewiesenen Gelder nur für Sachkosten und nicht für Personalkosten einzusetzen.
Coorditrad	2.000 €	Beschlussempfehlung: <u>0 €</u> Anmerkung: Das Treffen war bereits mehrfach in der Vergangenheit geplant, fand bislang aber nicht statt. Das Projekt soll weiterhin unterstützt werden. Das Geld für die Veranstaltung soll im Fall des konkret anstehenden Bedarfs beantragt werden. Der für 2012 bewilligte und nicht ausgegebene Betrag in Höhe von 1.000 EUR wird dafür bereits ins Jahr 2013 übertragen.
Sand im Getriebe	2.000 € (+ 1.000 € Gruppenetat)	Beschlussempfehlung: <u>500 €</u> Anmerkung: Bereits letztes Jahr wurden 500 EUR für die Hard- und Software-Unterstützung bewilligt. Die Mittel wurden bislang nicht in Gänze benötigt. Das Honorar für den Abschluss der thematischen Ordnung der Artikel empfehlen wir kleiner anzusetzen.
EKU AG	1.000 € (+ 1.000 €)	Beschlussempfehlung: <u>700 €</u>

	Gruppenetat)	Anmerkung: Die Kosten sind im Antrag recht großzügig und nicht immer eindeutig dargestellt, doppelt beantragte Kosten können zusammengelegt werden.
AG Arbeit Fairteilen	3.000 € (+ 1.000 € Gruppenetat)	Beschlussempfehlung: <u>1.000 €</u> Anmerkung: Die AG war in den letzten Jahren nicht auffallend aktiv. Aufgrund dessen gehen wir davon aus, dass die Fahrtkosten niedriger veranschlagt werden können. Die angesetzten Ausgaben der AG für eigene Werbeflyer zum UmFairteilen Kongress sind zudem nicht nachvollziehbar.
Bankwechselkampagne	7.000 €	Beschlussempfehlung: <u>4.000 €</u> Anmerkung: Die Bankenwechselkampagne war in den letzten beiden Jahren die kostenintensivste Kampagne in Attac. Die Kampagne sollte ihren Schwerpunkt beim Thema Banken belassen und mit dem Bereich Versicherungen keinen neuen Fokus setzen.
PG Umfairteilen	38.000 €	Beschlussempfehlung: <u>17.800 €</u> Anmerkung: Kürzungsvorschläge basieren auf Erfahrungswerten. Die Kampagnenkoordination kann mit Hilfe des Kampagners im Bundesbüro bestritten werden.
Kongress Umverteilen	20.000 €	Beschlussempfehlung: <u>13.000 €</u> Anmerkung: Es wird empfohlen, den Kongressbeitrag zu kürzen, aufgrund weiterer Träger sollten die Kosten besser verteilt werden können; attac leistet bereits einen zusätzlichen Beitrag durch die Übernahme der Kongress-Finanzverwaltung.
AG Gender	1.000 € (+ 1.000 € Gruppenetat)	Beschlussempfehlung: <u>1.000 €</u> Anmerkung: Kostenplan ist bereits sehr zurückhaltend berechnet. Die Ausgaben für die Abnahmeverpflichtung von 200 Exemplaren werden zum Teil oder ganz über den Verkauf im attac Web-Shop gedeckt.
AG Internationales	11.000 € (+ 1.000 € Gruppenetat)	Beschlussempfehlung: <u>6.500 €</u> Anmerkung: Die nächsten Anträge der AG Internationales sollten konkreter und transparenter sein. Für die internationale Arbeit wurden 2012 6.000 € verausgabt. Die beantragten 3.000 € sind daher unrealistisch, wir erhöhen das Budget auf 4.000 Euro. Der Solifonds wurde in vergangenen Jahren kaum genutzt. Über die Mitgliedschaft im WSF International Council sollte im Kokreis diskutiert und entschieden werden.
AG Welthandel und WTO	2.000 € (+ 1.000 €	Beschlussempfehlung: <u>1.000 €</u>

	Gruppenetat)	Anmerkung: Für die Bewilligung der Kampagne DCFTAs fehlen konkretere Infos, obwohl sie schon Anfang 2013 laufen soll.
AG Gruppenunterstützung	3.960 €	Beschlussempfehlung: 0 € Anmerkung: Der Bedarf an Gruppenunterstützung ist nach wie vor groß, deswegen empfiehlt die FiAG den Betrag in Gänze zu bewilligen. Da die Arbeit der AG den Gruppen zugute kommt schlagen wir vor, sie aus dem Regionalgruppentopf zu finanzieren. (Im Regionalgruppentopf werden 2013 mindestens 24.000 € zur Verfügung stehen.)
		Beschlussempfehlung gesamt: <u>65.400 €</u>

Finanz AG des KoKreises, 19.10.2012

12 Weitere Berichte und Materialien

12.1 Erklärung des Attac Rates zur Abgrenzung gegen rechte Globalisierungskritik

Globale soziale Rechte – statt nationaler Lösungen

Welche Krise – welche Lösungen?

Nach wie vor befinden wir uns weltweit in einer multiplen Krise, die ihre Ursache im Kern in der globalisierten kapitalistischen Ökonomie hat. Je länger die Krise anhält und je tiefer sie geht, desto stärker wird der Wunsch nach einfachen Lösungen.

Attac kann die einfache Lösung für die aktuelle Krise nicht liefern. Wir können allerdings Kriterien nennen, denen die Lösungsansätze genügen müssen, wenn sie in Richtung einer sozialeren und gerechteren Welt weisen sollen. Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung ab, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und der Konzerne orientiert ist. Dies heißt allerdings nicht im Umkehrschluss, dass wir zurück zu einer in erster Linie nationalstaatlich verfassten Ökonomie und Sozialpolitik wollen. Wir wollen nicht den ‚guten‘ rheinischen Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, statt des ‚bösen‘ angelsächsischen Raubtierkapitalismus. Wir wollen nicht die ‚guten‘ nationalen Lösungen gegen die anonyme Mechanismen der globalen Märkte oder die antidemokratische EU-Bürokratie in Stellung bringen. Denn antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen staatlichen Ebenen, in den Kommunen, auf nationaler Ebene und bei der EU, und auf all diesen Ebenen gilt es sie zu bekämpfen. Was wir wollen ist einen Gesellschaft, die im globalen Maßstab soziale Rechte verwirklicht, gerecht und demokratisch verfasst ist und die natürlichen Ressourcen schont.

Hauptsache Kritik an den herrschenden Verhältnissen – Hauptsache ein breites Bündnis?

Reicht es, dass eine Gruppierung gegen die ‚Diktatur der Finanzmärkte‘ ist, um in dieser Auseinandersetzung um eine andere Welt unser Bündnispartner zu sein? Sicher nicht. Emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe, wie sie von Attac vertreten werden, beziehen sich in ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen immer auf die sozialen Verhältnisse, die diesen zu Grunde liegen. Sie fragen also, welche sozialen Gruppen von den Verhältnissen profitieren (z.B. Vermögensbesitzer_innen) und welche unter ihnen leiden (z.B. Bezieher_innen von Hartz IV). Rechte Gesellschaftsentwürfe gehen von nationalen Kollektiven aus, denen gemeinsame Interessen unterstellt werden, die in Gegensatz zu den Interessen anderer Nationen gestellt werden. Diese nationale Gemeinschaft ist immer ausgrenzend, wird also nicht einmal auf alle innerhalb der Landesgrenzen Lebenden gedacht – es gibt immer "Ausländer", die nicht dazugehören sollen. Die Vorstellung vom nationalen Kollektiv geht in fließenden Übergängen von rechtskonservativen Ansätzen bis hin zur nationalsozialistischen völkischen Idee, die eine Zugehörigkeit zum ‚Volkskörper‘ nur über Abstammungslinien denken kann. In der aktuellen Debatte um Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fällt auf, dass die Rechten ausschließlich den ESM kritisieren und den Fiskalpakt oft nicht einmal erwähnen. Das liegt daran, dass die europaweite Kürzungspolitik für die Rechten überhaupt kein Problem darstellt. Dass Geld aus Deutschland anderen Ländern zugute kommen könnte, ist die große und die einzige Angst der Rechten in der Eurokrise. Zugleich verdeckt diese Argumentation die Konflikte im ‚Inneren‘. So beruhen etwa die ‚deutsche Exportweltmeisterschaft‘ und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa wesentlich auf geringen Löhnen hierzulande, während die Unternehmer_innen und Aktionär_innen profitieren.

Mit Nationalist_innen, die solche Positionen vertreten und auf eine autoritäre Lösung der Krise zielen, ist für uns keinerlei Zusammenarbeit möglich. Jede öffentliche Gemeinsamkeit mit diesen Kräften würde nur dazu beitragen, ihren Einfluss zu stärken und damit den Weg für nationalchauvinistisches Gedankengut zu öffnen. Gerade weil es in großen Teilen der Bevölkerung eine starke Verunsicherung in Zeiten der Krise gibt, gilt es, gegen diese Kräfte und ihr Denken und Handeln zu mobilisieren und offensiv für Wege zu einem solidarischen Europa und einer solidarischen Weltwirtschaft zu streiten.

Wenn wir sagen, „wir zahlen nicht für eure Krise“, dann meinen wir, dass diejenigen, die unter der Krise leiden, die Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentner_innen nicht weiter für die Kosten der Krise aufkommen sollen, sondern diejenigen, die bisher am meisten profitiert haben, also die Vermögensbesitzer_innen. Wenn die Rechtspopulisten sagen, „wir zahlen nicht für eure Krise“ dann meinen sie damit, dass „die Deutschen“ nicht für die Krisenfolgen in Griechenland zahlen wollen. Beides entspricht grundsätzlich gegensätzlichen Gesellschaftsentwürfen und weist auf grundsätzlich andere Lösungsmuster für die Krise.

Aufklärung und Selbstermächtigung statt Propaganda

Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, für politische, wirtschaftliche und soziale Menschenrechte, für Demokratie und ressourcenschonendes Produzieren und Konsumieren ein. Daran muss sich auch unserer Kritik an den herrschenden Zuständen messen. Sie muss dazu beitragen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen für die Krise zu erkennen und darf bei der Analyse nicht an Oberflächenphänomenen hängen bleiben. Statt Vorurteile zu bedienen und Ressentiments zu verstärken, mit denen sich vielleicht kurzfristig Mobilisierungserfolge erzielen ließen, muss sie Aufklärung über die soziale Verhältnisse betreiben. Statt auf schnelle Erfolge zu schießen, sollte sie diejenigen, die sie in Bewegung setzen will, in die Lage versetzen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie darf in ihrer Zielsetzung

keine Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihre Religion oder ihrer Staatszugehörigkeit ausgrenzen.

Dabei kann der Weg zu einer anderen möglichen Welt nur ein demokratischer sein. Auf diesem Weg arbeiten wir mit Menschen und Gruppen zusammen, die nicht alle unsere Ziele teilen, mit denen wir aber Teilziele erreichen können. Die Zusammenarbeit hat dort ihre Grenzen, wo Gruppen mit rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen, chauvinistischen und verwandten Ideologien arbeiten. Auch dann, wenn sie diese in ihren Texten nicht offen publizieren, sondern versuchen, über eher allgemein gehaltene Formulierungen Anschluss an populäre Kriseninterpretationen zu finden. Mit solchen Gruppen gibt es keine Gemeinsamkeiten.

Frankfurt, im Oktober 2012

13 Kurzvorstellungen der KandidatInnen für die Gremienwahlen Koordinierungskreis und Rat

13.1 KoKreis-Kandidatur: Europäische Märsche – Hugo Braun

Journalist, inzwischen Rentner, Kandidat der Mitgliedsorganisation „Europäische Märsche“, Attac Mitglied seit Gründung, Mitglied des Koordinierungskreises von 2001 bis 2005 und erneut wieder seit 2008. In der Büro AG des KoKreises bemühe ich mich mit anderen um Konfliktlösungen, um effektive Beziehungen zwischen dem Büroteam und den unbezahlten Aktivistinnen und Aktivisten sowie um die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. In der AG Internationales versuche ich vor allem die Zusammenarbeit innerhalb des Europäischen Attac Netzwerks und der sozialen Bewegungen Europas zu intensivieren. Für das Europäische Attac Netzwerk bin ich Mitglied im International Council des Weltsozialforums.

13.2 KoKreis-Kandidatur: Hanni Gramann

Kandidatur für den Attac-Koordinierungskreis, Region Nord

Wer bin ich? Ich bin 68 Jahre und wohne in Bückeberg, einer Kleinstadt im Landkreis Schaumburg. Ich bin pensionierte Realschullehrerin und habe in mehreren Städten Niedersachsens an verschiedenen Schulformen gearbeitet. Eine Patchwork-Familie mit 5 Kindern, später die Situation einer Alleinerziehenden und weitere familiäre Aufgaben haben mir über lange Zeiten kaum Raum für aktives politisches Engagement gelassen.

Wo komme ich her? Seit Beginn meiner Lehrtätigkeit bin ich Mitglied der GEW, aus der SPD bin ich 2003 ausgetreten. Vor Ort habe ich mich im kirchlichen Bereich engagiert und u.a. die örtliche Hospizgruppe mit ins Leben gerufen und koordiniert. Als Konsequenz aus den G8-Protesten in Genua setze ich mich seitdem eher für Veränderungen unseres Gesellschaftssystems ein, als durch "Ausbesserungsarbeiten" neoliberale Strukturen zu verfestigen.

Was habe ich gemacht? Zunächst habe ich mich seit Herbst 2001 lokal bei Attac Hannover und bundesweit bei der AG Welthandel und WTO eingesetzt. Gerade das lokale Engagement hat es für mich mit sich gebracht, über Welthandelsfragen hinaus mit dem reichhaltigen „Attac-Blumenstrauß“ vertraut zu sein. Seit 2007 bin ich Mitglied im Attac-Rat, seit 2009 im Koordinierungskreis, dabei wurde ich stets als eine der GruppenvertreterInnen gewählt.

Aktiv war ich als Rats- und KOK-Mitglied vorrangig bei organisatorischen Aufgaben, wie der Vorbereitung und Durchführung von Ratschlägen oder Sommerakademien; in diesem Jahr waren für mich die

bundesweiten und lokalen Aktivitäten rund um Blockupy besonders relevant, lokal aber auch der Aktionstag Umfairteilen. Zudem habe ich Attac im Bündnis „Meine Landwirtschaft“ vertreten sowie in der Entwicklungs AG und in der Rats AG Gruppenunterstützung mitgearbeitet.

Was will ich im KOK machen? Im kommenden Jahr werden meine zeitlichen Ressourcen aus familiären Gründen knapper bemessen sein. Dennoch möchte ich weiterhin gemeinsam mit den anderen Kokreismitgliedern Verantwortung für Attac übernehmen und mich für seine Weiterentwicklung und Stärkung einsetzen, so dass im kommenden Jahr überzeugende Aktionen und Kampagnen gelingen; ein wesentliches Element dabei ist die vertrauensvolle und kritische Zusammenarbeit aller Gremien. Meine Kräfte werde ich voraussichtlich auf Aktivitäten zu Blockupy2013, die Vorbereitung des Herbstratschlags und die Rats AG Gruppenunterstützung konzentrieren müssen.

13.3 KoKreis-Kandidatur: Helge Bauer

Kandidatur für den Attac-Koordinierungskreis Helge Bauer



Persönliches:

Ich bin 38 Jahre alt und wohne in Bendorf (Nähe Koblenz). In Koblenz habe ich beruflich über 10 Jahre den Kinder- und Jugendbereich des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt geleitet. Zur Zeit arbeite ich als Koordinator im Bündnis Umfairteilen.

Politische Engagement allgemein:

Meine ersten politischen Tätigkeiten führte ich 2001, im Rahmen der geplanten Einführung von Studiengebühren im Bundesland Nordrhein-Westfalen, aus. 2007 engagierte ich mich in der Kampagne Gerechtigkeit jetzt!. 2008 gehörte ich zu den Mitbegründern des Aktionsbündnis Gerechter Welthandel, in dem ich bis heute, einerseits im Koordinierungskreis arbeite und bei dem ich im Vorstand des Trägervereins tätig bin. Außerdem arbeite ich als Referent und biete Workshops zu Großpuppenbau, Großpuppenspiel, Adbusting, kreativen Protestformen, Lebensmittelverschwendung und einigen anderen Themen an. Ich habe 2010 maßgeblich die Proteste zu den UN Klimazwischenverhandlungen in Bonn im Bündnis Klimawelle mitgestaltet. Außerdem engagiere ich mich für die lokale Vernetzung der in Koblenz tätigen politischen Gruppen.

Mein Engagement bei Attac:

Seit November 2011 bin ich im Koordinierungskreis von Attac. Ich habe mich seit dem in der AG Fundraising und der AG Künstlerbetreuung eingebracht, sowie in der PG Eurokrise, der PG Umverteilen und der VG Aktionsakademie. Im Rahmen der PG Eurokrise war ich maßgeblich an der Organisation, Planung und Durchführung der Blockupy-Aktionstage im Mai 2012 beteiligt und engagiere mich weiterhin im Bündnis Blockupy. Außerdem bin ich nun einer der Personen, die Attac im Bündnis Umfairteilen vertreten.

Meine Schwerpunkte bei Attac 2013:

Sollte ich wieder in den Koordinierungskreis gewählt werden, werde ich mich einerseits in strukturelle Bereiche einbringen (AG Finanzen, Fundraising, Gruppenunterstützung) und meine Arbeit in der VG Aktionsakademie fortsetzen. Außerdem möchte ich vor allem meine Tätigkeiten in den Bündnissen Blockupy und Umfairteilen für die entsprechenden PGen weiterführen. Bewusst bringe ich mich in beiden Bündnissen für Attac ein. Beide setzen sich mit den Folgen der Krise und der ungerechten Verteilung von Reichtum auseinander, doch erreichen sie durch ihre spezielle Kampagnen- und Bündnisform jeweils unterschiedliche Strömungen innerhalb von Attac und unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft. Damit nähert Attac sich einem lange angestrebtem Ziel, nämlich der breiten Verankerung der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Strukturveränderung in der Bevölkerung. In der Aufrechterhaltung beider Bündnisse, als zwei Seiten einer Medaille, liegt sicherlich eine gewisse Spannung, aber, wie ich finde, eine noch größere Chance. Die Wichtigkeit einer engeren Vernetzung dieser beiden bedeutenden Tätigkeitsfelder bei Attac, ist dringend erforderlich.

13.4 KoKreis-Kandidatur: Informationsstelle Lateinamerika – Werner Rätz

Die ilaria <http://www.ila-web.de> ist Gründungsmitglied von Attac und hat dort von Beginn an die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer Mitarbeit gestellt. In Chile gestalteten US-amerikanische Neoliberale 1981 unter der Militärdiktatur den Sozialstaat völlig um und privatisierten vor allem die Sozialsysteme. Das Modell wurde weltweit zum Vorbild, ebenso wie die Kämpfe gegen diese Entwicklung in Lateinamerika heute oft weiter fortgeschritten sind als in manchen kapitalistischen Industrieländern. Die ilaria hat diese Entwicklungen in Attac Deutschland zusammen mit anderen aufgegriffen und u.a. in den Kampagnen gegen die Riester-Rente und „Gesundheit ist keine Ware“ thematisiert. Die ilaria war bis zum Herbst 2007 durch Werner Rätz <http://www.werner-raetz.de> im KoKreis von Attac und danach bis jetzt im Rat vertreten. Er wird auch eine erneute KoKreismitgliedschaft wahrnehmen. Thematisch wird wie bisher neben den genannten Themen die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Krise, aktionsmäßig vor allem Blockupy im Vordergrund stehen.

13.5 KoKreis-Kandidatur: Jutta Sundermann

zur Person

41 Jahre, freie Journalistin und Aktivistin, seit 2007 im KoKreis und seitdem unbezahlt in Vollzeit für Attac aktiv. Ich lebe von Vortragshonoraren und Spenden, letztere von einem Kreis von UnterstützerInnen, die mir über die Bewegungsstiftung das Geld als „Bewegungsarbeiterin“ zukommen lassen. Ich bin Mitglied keiner Partei und war es auch nie. Keine Gewerkschaft, keine Kirche. Ich bin seit 2000 bei Attac aktiv, war damals in dem Mitgründungs-Verein Share e.V. aus Verden.

Arbeitsschwerpunkte

Ich habe in den letzten Jahr im KoKreis die Pressearbeit, das Fundraising und die Künstler-Koordination begleitet. Kampagnen und besondere Aktionen liegen mir besonders am Herzen, weshalb ich 2011 die Bankwechsel-Kampagne mit gestartet habe und die Kampagne gg Nahrungsmittelspekulation – beides geht mit Schwung weiter. Ich arbeite für Attac im Bündnis Umfairteilen mit, moderiere dessen Treffen und Telefonkonferenzen. Ich war im letzten Jahr beim Projekt „Banken in die Schranken“ dabei. Ich habe die Zeitungsfälschungen „Zeit“ (2009) und „Financial Crimes“ (2010) initiiert und redaktionell wesentlich gestaltet.

Was mir für das kommende Jahr wichtig ist

Attac ist seit 2000 für mich deshalb so etwas besonderes, weil wir die richtigen Themen bearbeiten, den allgegenwärtigen neoliberalen Dogmen etwas entgegen setzen – und es immer geschafft haben, eine ziemlich große Breite verschiedener Menschen zu erreichen. Attac genießt Vertrauen von Menschen, die sich als linke SozialdemokratInnen bezeichnen würden, von Menschen, die der grünen Bewegung nahe stehen bis hin zu konsequenten AntikapitalistInnen.

Das ist immer wieder schwierig. Auch aktuell. Ich möchte für Attac weiter im Bündnis Umfairteilen mitwirken, weil ich davon überzeugt bin, dass dieses breite Bündnis viele Möglichkeiten bietet, ein zentrales, in unserer Gesellschaft aber leider nach wie vor schwieriges Thema, voran zu bringen. Das Bündnis kann dabei nur ein Teil der Attac-Arbeit zur Verteilungsfrage sein, aber zugleich bietet es einen sehr guten Resonanzboden. Ich möchte weiter mit möglichst vielen Attac-Gruppen zusammenarbeiten, die diese Arbeit auch lokal mit Leben füllen.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass Attac auch kreative und ansprechende Angebote macht für die, die noch nicht „bekehrt“ sind. Attac muss im Gespräch und im tagespolitischen Geschäft bleiben, während der visionäre Überschuss nicht verloren gehen darf.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Attac seinen Umgang mit Parteien kritisch reflektiert und nicht zum Anhängsel der Linkspartei wird. Ich will, dass neben vielen anderen Heiner Geißler und Andrea Nahles, Sven

Giegold und Oskar Lafontaine Attac-Mitglieder bleiben können. Mir bedeutet es viel, dass wir so verschiedene Menschen zum Kreis der zugeneigten Menschen zählen können, ohne dass wir in allen Einzelfragen übereinstimmen.

Weil Attac sich ständig verändert, müssen wir es auch schaffen, die Strukturen zu aktualisieren. Zu oft fühlen sich die Mitglieder des Kokreises überfordert, zu groß ist der Arbeitsberg, zu klein die Zahl der überregional Aktiven.

13.6 KoKreis-Kandidatur: AG Finanzmärkte – Karsten Peters

Aktivität bei Attac

In Attac bin ich aktiv seit Ende 2001/ Anfang 2002, anfangs in erste Linie in der Regionalgruppe Münster. 2003 gehörte ich zu der Gruppe, die hauptsächlich die Sommerakademie 2003 in Münster organisiert hat.

In der Folge (2004/2005) war ich jeweils ein Jahr Mitglied im Rat und Koordinierungskreis, musste jedoch berufsbedingt mein Engagement für Attac im Lauf des Jahres 2006 einstellen.

Seit etwa eineinhalb Jahren bin ich wieder verstärkt aktiv bei Attac, seit dem Herbststratschlag 2011 wieder im Koordinierungskreis von Attac und dort in den AGs Finanzen und Öffentlichkeit/Rundbrief.

Darüber hinaus bin ich bei Attac Münster und dort in der AG Finanzmärkte sowie in der bundesweiten AG Finanzmärkte aktiv

weiteres politisches Engagement:

Ich bin Mitarbeiter von Jürgen Klute, Abgeordneter für die Partei die Linke im Europäischen Parlament und dort im Wirtschafts- und Währungsausschuss. Inhaltlich bearbeite ich dort die Finanzmarktregulierung. Dadurch ergibt sich eine unmittelbare Nähe zu Themen, die auch von zahlreichen Arbeitszusammenhängen von Attac bearbeitet werden, neben „klassischen“ Themen der Finanzmarktregulierung wie Hochfrequenzhandel, Nahrungsmittelspekulation, scharfe Regulierung und Aufsicht des außerbörslichen Handels die diversen Krisen, in denen sich die EU zur Zeit befindet.

13.7 KoKreis-Kandidatur: Mike Nagler

Mein Name ist Mike, ich bin 33, wohne in Leipzig und habe dort Architektur und Bauingenieurwesen studiert und abgeschlossen. Nach Arbeit in diversen Büros forsche ich und schreibe an meiner fachübergreifenden Dissertation in Soziologie im Rahmen eines Städtevergleichs über den Einfluss lokaler Eliten in Privatisierungsprozessen.

Ich engagiere mich seit knapp 8 Jahren in und um Attac und war vorher in der studentischen Selbstverwaltung hochschulpolitisch aktiv.

Schwerpunktmäßig arbeite ich zu den Themenfeldern Anti-Privatisierung bzw. Re-Kommunalisierung und Demokratie. Zu Attac bin ich zunächst über die Projektgruppe Internationale Steuern der AG [Finanzmarkt und Steuern](#) gekommen.

Ich bin in verschiedenen lokalen und überregionalen Netzwerken aktiv, wie bspw. dem Leipziger [Anti-Atom-Bündnis](#), dem [Netzwerk lokaler Antiprivatisierungsinitiativen](#) oder auch bei [Echte Demokratie, Jetzt](#).

Da absehbar ist, dass mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt auf europäischer Ebene auch die Kommunen unter einen noch stärkeren Druck geraten werden, bin ich aktuell gemeinsam mit Bündnispartnern dabei, eine öffentliche Diskussion anzuschieben, wie wir in Leipzig und Sachsen eine Art [Privatisierungsbremse](#) verankern können, um öffentliches Eigentum auch langfristig zu schützen, da trotz

deutlichem [Bürgerentscheid](#) in unserer Stadt eine Art Salomitaktik beim Ausverkauf öffentlichen Vermögens stattfindet. Ein weiteres, mir wichtiges lokales Projekt ist die Wiederbelebung unserer globalisierungskritischen Filmreihe, [der globalE](#), die von August bis Anfang November stattfindet und bei der das Publikum mit Filmemachern und Referenten ins Gespräch kommt, Kooperationspartner einander finden und neue Bündnisse und Aktionen entstehen. Im Rahmen der UmFAIRteilen-Kampagne haben wir uns auch in Leipzig mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligt und ebenfalls zum Aktionstag von [Echte Demokratie, Jetzt am 13.10.](#) die Thematik Entschuldung in den Mittelpunkt gerückt.

Ich bin parteilos, arbeite aber seit Jahren in verschiedenen Netzwerken und Bündnissen jeweils sachbezogen mit Parteien zusammen. In Leipzig bin ich zu den Bundestagswahlen 2009 als parteiloser Direktkandidat mit Unterstützung der Partei DIE LINKE angetreten. Ich bin ver.di Mitglied und unterstütze auch die Arbeit von Mehr Demokratie e.V.

Ich bin aktuell für die Region Ost Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und kandidiere sehr gern für eine weitere Amtszeit.

Mehr zu meiner Person und meiner Arbeit findet sich auf meiner Webseite: www.mike-nagler.de

13.8 KoKreis-Kandidatur: Roland Süß

Roland Süß: Gebäudeenergieberater, kein Mitglied in einer Partei.

In Attac bin ich seit der Gründung 2000 aktiv. Seit 2001 aktiv in der AG Welthandel & WTO. Gründungsmitglied von Attac Heidelberg 2001. Seit Herbst 2006 Mitglied im Kokreis. Seit zwei Jahren bin ich in der Presse-AG des Kokreises und soweit es mir möglich ist in der AG Internationales aktiv.

Der Hauptschwerpunkt meiner politischen Arbeit in Attac war in den letzten Jahren die Krisenthematik. Daher bin ich auch aktiv in der PG Krise. Meine Arbeitsfelder bezogen sich dabei vor allem auf die Bündnispolitik von Protestaktionen wie das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ In diesem und letzten Jahr lag mein Hauptschwerpunkt bei der Vorbereitung der Blockupy-Aktivitäten. In diesem Jahr kam die Vermögenskampagne und die Bündnisarbeit UmFAIRteilen dazu.

Mir ist auch weiterhin wichtig, dass Attac eine Plattform bietet und ein wichtiger Akteur bei der Organisierung einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und für einen entschiedenen Protest bleibt. Daher sehe ich auch weiterhin in diesen Bereichen meinen Schwerpunkt. Dabei soll die inhaltliche Arbeit z.B. in der AG Welthandel und WTO jedoch nicht zum Erliegen kommen.

13.9 KoKreis-Kandidatur: Stephan Lindner

Liebe Leute!

Hiermit möchte ich Euch mitteilen, dass ich ein weiteres Mal für den KoKreis kandidieren will. Allerdings ist mir diese Entscheidung noch nie so schwer gefallen wie diesmal. Das hat vor allem mit der Art zu tun, wie wir in den letzten Monaten in Attac Debatten zur Krise geführt oder auch nicht geführt haben.

Aber Wahlen sind ja bekanntlich dazu da, dass Menschen auswählen können. Und so möchte ich Euch vor die Wahl stellen, ob Positionen, wie ich sie vertrete, im KoKreis durch mich weiterhin vertreten sein sollen. Das soll keine Drohung sein, mit anderen Positionen keine Kompromisse mehr zu suchen, wie es unserem Konsensprinzip entspricht, aber doch auch ein klares Bekenntnis, dass bestimmte Positionen und Standards in der Kompromissuche stärker Berücksichtigung finden sollten als bisher.

Die Probleme, die ich sehe, möchte ich an zwei aktuellen Beispielen transparent machen: unserer Debatte zum ESM und der Diskussion, die wir gerade um das Bündnis Umfairteilen führen.

Zunächst zum ESM: Da kam vor einigen Monaten von einigen der Vorwurf, Attac hätte das Thema ESM verschlafen und müsste jetzt noch dringend dazu aktiv werden. Einige Mitglieder von Attac Berlin und Stuttgart schrieben einen offenen Brief an die Abgeordneten, Attac Aachen verbreitete eine Postkarte, auf der sie den ESM mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis vergleichen, ein mittlerweile ausgeschlossenes Rats-Mitglied hielt eine Attac-Rede auf einer sehr rechtslastigen Kundgebung und auf unseren Mailinglisten waren auch eine ganze Reihe von Äußerungen zu lesen, die sich kritisch mit dem ESM auseinandersetzten. Ich war und bin immer noch über vieles entsetzt, was ich damals zu lesen und zu hören bekam. Um dabei nicht falsch verstanden zu werden: Ich meine nicht, dass nicht auch linke Kritik am ESM Not tut. Diese müsste aber zu allererst an den Bedingungen ansetzen, zu denen der ESM Kredite an Länder in finanziellen Schwierigkeiten vergibt. Zu diesen Bedingungen gehört, dass sie den Fiskalpakt und ein Memorandum of Understanding unterzeichnen müssen. In diesem Sinne waren unsere gegen den Fiskalpakt gerichteten Aktivitäten auch immer Aktivitäten gegen den ESM, denn wo kein Fiskalpakt ist, kann es auch keinen darauf aufbauenden ESM geben. In dem Brief aus Berlin und Stuttgart muss man bis zum Punkt 3.2. vorstoßen, bis dieses Thema auftaucht, aber es wird wenigstens erwähnt. In anderen Äußerungen fehlte es oft völlig. Statt dessen war viel davon zu lesen, wie undemokratisch der ESM wäre. Auch diese Kritik ist berechtigt, allerdings auch wieder zu allererst dann, wenn sie in Bezug auf die Auflagen erfolgen würde, die die Empfängerländer erfüllen müssen, die oftmals auf einen glatten Bruch der in diesen Ländern geltenden Verfassungen hinauslaufen. Das war aber meist nicht gemeint. Statt dessen wurde darüber geklagt, dass der deutsche Bundestag zu wenig zu sagen hätte. Ich halte es für angemessen, den ESM mit dem IWF zu vergleichen und die Rolle Deutschlands im ESM mit der der USA im IWF. Ich fände es bei jeder IWF-Kampagne grotesk, wenn sie den Hebel ausgerechnet beim Mitspracherecht des US-Kongresses ansetzen würde, und ich sehe keinen Grund, das beim ESM entsprechend anders zu handhaben. Dass das von vielen in Attac anscheinend anders gesehen wurde, liegt wohl nicht zu letzt daran, dass ein Teil unserer politischen Gegner im rechtskonservativen Spektrum eine Kampagne gestartet hatte, die den Eindruck erweckte, als würde es ihnen um Demokratie gehen. In Wirklichkeit ging es wohl eher darum, chauvinistische Reflexe a la '„unser“ Geld bleibt hier' mit einem Demokratiemäntelchen zu umhüllen und ich sehe ein großes Problem darin, dass anscheinend viel zu viele in Attac auf so etwas hereingefallen sind. Mit einer Aufklärung über Akteuer und Kräfte haben wir ja mittlerweile erfreulicherweise an einigen Orten bereits begonnen.

Allerdings ist es damit aus meiner Sicht noch nicht getan. Denn grundsätzlich bin ich auch ein Anhänger der Idee, dass es in der EU einen Mechanismus des Ausgleichs zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich weniger starken Ländern geben soll, der nach einem ähnlichen, regelbasierten System funktionieren sollte, wie wir es in Deutschland mit dem Länderfinanzausgleich kennen mit dem klaren Ziel, zumindest mittel- bis langfristig gleiche Lebensverhältnisse herzustellen. Ein solcher Ausgleich würde auf Regeln und damit auf klaren Rechten und Pflichten beruhen. Er würde damit einem völlig anderen Demokratieverständnis folgen als das der oben bereits erwähnten rechtskonservativen Kreise, deren Demokratiebegriff sich in erster Linie darin erschöpft, Steuern für Diebstahl zu halten und jede Art von Umverteilung sich bestenfalls, wenn überhaupt, nur in Form von mildtätigen Almosen vorstellen zu können, bei denen jeder einzelne Cent vorher explizit der persönlichen Zustimmung bedarf.

Angesichts eines gesellschaftlichen Klimas, in dem eine solche Sichtweise es, gerade in Bezug auf die Eurokrise, schafft, bis weit in Attac vorzudringen, halte ich es für dringend erforderlich, dass wir zum ESM nicht einfach nur „Nein“ sagen, sondern eine dezidierte Kritik nach außen tragen, die das Kind einer transnationalen Solidarität nicht einfach mit dem Bade der derzeit betriebenen assozialen Krisenpolitik ausschüttet und deshalb dezidiert formuliert, unter welchen Bedingungen wir uns was für einen Ausgleichsmechanismus auf europäische Ebene vorstellen können.

Zweites Thema: Umfairteilen-Kampagne. Ich bin sehr unglücklich sowohl damit, was derzeit als eigenes „Attac-Konzept“ auf dem Tisch liegt, als auch, wie über das Bündnis diskutiert wird. Ich habe bereits einige Male vorgetragen, dass ich das Konzept, das die PG erarbeitet hat, aus ökonomischer Sicht für ziemlichen Unsinn halte. Dort wird vertreten, dass alle Menschen mit mehr als 1 Mio. Euro Vermögen im Schnitt 50% ihres Vermögens abgeben sollen, wobei es einen

Freibetrag pro Person von 1 Mio. Euro (Unternehmen 2 Mio. Euro) geben soll. Das soll angeblich mehr als 1 Bio. Euro Staats-Einnahmen bringen, die man dann z.B. für Bildung oder Soziales zur Verfügung hätte. Meines Erachtens ist das eine Milchmädchen-Rechnung, mit der sich Attac, sollte das Konzept breiter bekannt werden, nur gründlich blamieren würde. Die PG beruft sich auf Zahlen, nach denen es in Deutschland ca. 10 Bio. Euro Geldvermögen gibt, von dem ca. 830.000 Millionäre (die berühmten 1%) 30-40% halten, also ca. 3-4 Bio. Euro. Von diesem Betrag möchte man die Hälfte als Abgabe erheben, wobei im Konzept offen bleibt, ob sich diese 50% auf die Gesamtsumme beziehen oder der Freibetrag davon vorher nochmal abgezogen werden muss. Rein rechnerisch kämen, je nach dem, wie man die Werte ansetzt, zwischen 1 und 2 Bio. € heraus. Dabei soll die Vermögensabgabe, ähnlich wie bei der Einkommenssteuer, progressiv steigend erhoben werden, einfache Millionäre also entsprechend niedriger, hohe Vermögen entsprechend höher belastet werden, in der Spitze bis zu 80%.

Auch hier gilt, dass ich eine Kampagne für eine Vermögensabgabe für sehr begrüßenswert halte. Allerdings sollte sie mit realistischen Annahmen argumentieren. Von der Kampagne wird gern als Vergleich angeführt, dass mit dem sog. Lastenausgleich nach dem Krieg ebenfalls eine Vermögensabgabe von 50% erhoben wurde. Dabei werden aber Äpfel mit Birnen verglichen, denn damals hatten die Abgabepflichtigen nicht nur 30 Jahre Zeit, diese Abgabe zu bezahlen, sondern es herrschte auch ein hohes Wirtschaftswachstum, das es den meisten Abgabepflichtigen erlaubte, ihre Abgabe aus den laufenden Gewinnen zu finanzieren. Die tatsächlich geleistete Abgabe fiel auch wegen einer entsprechend hohen Inflation entsprechend niedriger aus. Verkürzt man die Zeit, wie von der PG vorgeschlagen, auf 10 Jahre und erhebt die Abgabe in einer Zeit niedriger Profite und Inflation, ist das so nicht möglich. Dann müssen die Vermögensbesitzer, die ihr Geld nicht einfach nur in bar oder auf einem Konto herumliegen, sondern zum größten Teil in Unternehmen, Wertpapieren etc. investiert haben, diese erst verkaufen. Damit das klappt, müssten sie erst einen zahlungsfähigen und -willigen Käufer finden. Da alle, die über nennenswertes Vermögen verfügen, aber das gleiche Problem haben (verkaufen zu müssen, um ihre Abgabe bezahlen zu können), dürfte das schwierig werden. Daneben geht es hier ja auch um Kapitalanlagen, deren Preis ganz wesentlich davon abhängt, welche Profite sich damit erzielen lassen. Und das spricht in Zeiten hoher Steuern, die wir ja zu Recht durchsetzen wollen, nicht gerade für hohe Preise. Deshalb ist ein solches Konzept mit Abgaben in dieser Höhe bestenfalls dazu geeignet, die Wirtschaft zu strangulieren, aber keinesfalls, 1 Bio. Euro in die Staatskassen zu spülen.

Meines Erachtens ist das Konzept ein typisches Beispiel für das Hammer-Problem: Wer als einziges Werkzeug einen Hammer hat, für den ist jedes Problem ein Nagel. Und so soll nun auch der Eurokrisen-Nagel mit dem Umverteilen-Hammer weg geschlagen werden. Ich bezweifle aus geschilderten Gründen, dass das so einfach funktioniert. Die Ursachen der Krise sind komplex. Und die Krise ist nicht nur eine Wirtschafts- oder gar Verteilungskrise, sondern eine tiefe, mehrdimensionale Krise unseres ganzen Gesellschaftssystems. Attac war da schon Mal wesentlich weiter, hat große Kongresse zu den Grenzen des Wachstums veranstaltet, wusste, dass sich an den Kapitalmärkten große Blasen gebildet haben, die man nicht einfach umverteilen kann, sondern die es, z.B. in Form eines Schuldenschnitts, abzuschreiben gilt. Allgemein fällt auf, dass Attac zwar immer wieder mit großem Elan einzelne Themen beginnt, diese dann aber nicht mehr mit dem gleichen Schwung weiterbearbeitet und es leider auch nicht mehr schafft, die einzelnen Themenfelder und Erkenntnisse in einen entsprechenden Bezug zu einander zu stellen. Das soll kein Plädoyer dafür sein, im nächsten Jahr das Thema Umfairteilen nicht mehr als Schwerpunkt zu machen. Es sollte aber in dem Bewusstsein geschehen, dass in einen Werkzeugkasten mehr Werkzeuge gehören, als nur ein Hammer und auch ein Hammer, so nützlich er in vielen Fällen ist, trotzdem nicht das einzig zielführende Werkzeug in allen Lebenslagen ist.

Kurz auch noch zum Thema Bündnisdebatte. Die Art und Weise, wie im Moment über das Bündnis und insbesondere die Beteiligung von Parteien dort diskutiert wird, halte ich für wenig zielführend. Es wird auf Dauer nicht weiterhelfen, immer nur über rot und grün zu lamentieren und wie sie uns immer wieder verraten haben. Auch diese Parteien sind keine monolithischen Blöcke sondern bestehen aus unterschiedlichen Flügeln und Strömungen. Trotz der großen Verschiebungen in Wahlen und Umfragen kann ich mir in absehbarer Zeit keine Mehrheiten vorstellen, die in unserem

Sinne Politik und Gesellschaft verändern, die ohne mindestens eine dieser beiden Parteien auskommt. Der richtige Weg scheint mir eher zu sein, sich stärker selbst mit pfiffigen Konzepten und Vorschlägen zu profilieren. Daneben wundere ich mich über die Art, wie dort mal allgemein über Parteien als solche, mal über neoliberale Parteien im Besonderen gesprochen wird. Die allgemeine Parteienschelte wäre glaubwürdiger, wenn sie nicht ausgerechnet von Menschen kommen würde, die selbst aus dem Umfeld einer Partei kommen und zwar ausgerechnet derjenigen, die sich bei den letzten Protesten in Sachen Zurückhaltung als Partei auch nicht gerade mit Ruhm bekleckerten.

Von Tucholsky stammt der berühmte Spruch „Sie dachten, sie hätten die Macht, dabei waren sie nur in der Regierung.“ Attac täte gut daran, die in diesem Spruch steckende Weisheit in seinem Verhältnis zu Parteien zu beherzigen und zwar sowohl im Guten wie im Schlechten und in sofern keine all zu übertriebenen Erwartungen an einzelne Parteien zu haben, die noch nie in einer Regierung waren und deshalb auch noch keine all zu große Gelegenheit für Enttäuschungen hatten, aber auch keine pathologische Ablehnung gegen einzelne Parteien zu entwickeln, die uns immer noch in vielen Punkten näher als viele andere Parteien stehen. Ich schreibe das als jemand, der sowohl schon Mal aus der SPD als auch aus den Grünen ausgetreten und derzeit bei der Linkspartei Mitglied ist.

In Griechenland war von der faschistischen Partei Golden Dawn kürzlich zu hören, die nächsten Wahlen gewinne wahrscheinlich SYRIZA, aber danach wären sie dann dran. Keiner weiß im Moment, wohin uns diese Krise noch treibt. Wenn die Vision des Golden Dawn in Europa aber keine Realität werden soll, dann brauchen wir Konzept, die so radikal wie realistisch sind. Daran scheint mir im Augenblick auch bei Attac noch ein gewisser Mangel zu herrschen und an der Erarbeitung solcher will ich im nächsten Jahr gerne weiter mitarbeiten.

Für alle, die mich noch nicht kennen:

Ich bin 43 Jahre alt und lebe in Berlin. Ich habe Politikwissenschaft studiert, verdiene mein Geld aber mit Webprogrammierung. In Attac habe ich die EU-Ag mitgegründet und mich in den letzten Jahren vor allem mit dem Thema Eurokrise beschäftigt. Sollte ich gewählt werden, wäre ich das siebte Jahr im Kokreis, wobei ich zwischen dem dritten und vierten zwei Jahre Pause gemacht hatte.

13.10 Kokreis-Kandidatur: Maria Luisa Werne

Freiburg, E-Mail: touren05(at)web.de

Liebe ATTAC-MitstreiterInnen,

auf dem letzten Herbststratschlag habe ich mich kurzfristig zu einer Kandidatur überreden lassen.

Zugegebenermassen mit noch etwas Unsicherheit und gemischten Gefühlen.

Dank der Unterstützung besonders meiner ATTAC-MitstreiterInnen aus Freiburg habe ich mich aber gut und schnell einarbeiten können, und darf sagen, dass ich mich nach einem halben Jahr schon gut integriert und aufgenommen fühlen konnte.

Da der Kokreis sich in verschiedenen AGs aufteilt zur Organisation seiner Aufgaben, habe ich mich für die Finanz-AG, die Büro-AG, Entwicklungs(oder Struktur)-AG und die Gruppen(Unterstützungs)-AG gemeldet bzw. eingliedern lassen.

Zumindest musste ich bei den ATTAC-Themen nicht bei Null anfangen, denn ich hatte mich schon jahrelang mit diesen Problematiken wie Verteilungsgerechtigkeit, Wirtschaftssysteme, Armut versus Reichtum und Rassismus befasst. Ich darf sagen, dass eine ordentliche Arbeit auf mich damit zukam und bewältigt werden musste. Aber das kollegiale und teamorientierte Verhalten meiner KokreiskollegInnen haben mir Hilfe und Stütze bei der Einarbeitung gegeben.

Nun ist ein Jahr vorbei, und mit reiflicher Überlegung möchte ich wieder für den Kokreis kandidieren. Das positive Echo meiner Ortsgruppe bestärkt mich darin. Von meiner Ausbildung her bin ich Betriebswirtin und bin auch ausserhalb von ATTAC, z. B. in der Anti-Atom-Bewegung und im Klimaschutz aktiv. Dies passt für

mich sehr gut zusammen, auch da ich Vernetzung(en) wichtig finde. Vom Alter her fehlen mir wenige Jahre zum Rentenalter, aber ich bin noch lange zu jung für irgendwelchen Ruhestand, im Gegenteil, – die aktuellen Entwicklungen erfordern eher mehr – als weniger Aktivitäten! Ich bin dazu bereit und erhoffe mir eure Zustimmung. ATTAC ist wichtiger denn je! Dazu möchte auch ich weiterhin beitragen, – soviel ich kann und mir möglich ist. Danke, wenn ihr mir weiterhin euer Vertrauen schenkt!
Maria Luisa

13.11 KoKreis-Kandidatur: AG Jenseits des Wachstums – Georg Frigger

Die AG Jenseits des Wachstums ist hervorgegangen aus der Vorbereitungsgruppe für den Kongress „Jenseits des Wachstums“ im Mai des Jahres 2012. Der Zusammenhang des Themas Wachstum mit der Globalisierung ist offensichtlich. Es werden Themen aufgegriffen, die in vielen AGs präsent sind, wie Umverteilen, soziale Sicherungssysteme, das bedingungslose Grundeinkommen, die gesamte Krisenproblematik, Schuldenaudit usw. Es wurde festgestellt, dass das Wachstumsthema latent in den Gliederungen von Attac vorhanden ist.

Für die AG wird Georg Frigger die Kandidatur wahrnehmen. Er ist zurzeit im Rat von Attac. Er sieht seine Aufgabe im Kokreis darin, mitzuarbeiten, mit anderen zusammen Visionen für eine andere, eine bessere Welt zu entwickeln, die eine echte Alternative zum Neoliberalismus unserer heutigen Zeit darstellt. Dabei hilft ihm auch die Mitarbeit in anderen AGen, wie Genug für Alle, Soziale Sicherheitssysteme und in den Arbeitszusammenhängen, die sich mit den derzeitigen Krisen befassen, wie die PG Eurokrise und das Blockupy-Bündnis und ein wenig auch in der PG Umverteilen.

13.12 KoKreis-Kandidatur: Aktion Selbstbesteuerung – Andreas Riekeberg

Die „Aktion Selbstbesteuerung - Friede durch gerechte Entwicklungspolitik“ (asb) ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein mit ca. 120 Frauen und Männern, die sich auf besondere Weise für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt einsetzen. Die Mitglieder der asb zahlen 2-3% ihres Einkommens als "freiwillige Entwicklungssteuer", weil sie uns nicht damit abfinden wollen, dass mindestens 1 Milliarde Menschen in auswegsloser Armut leben müssen, obwohl der erwirtschaftete Wohlstand weltweit ständig steigt.

Grundlage ihrer Arbeit ist die Überzeugung, dass jeder Mensch das Recht hat, über sich selbst zu bestimmen und frei von materieller Not ein Leben zu suchen, das den eigenen Wünschen entspricht, gleichzeitig aber sozial und ökologisch verträglich ist.

Die "Steuer" fließt zunächst in die Vereinskasse. Auf den Mitgliederversammlungen wird gemeinsam beraten, für welche konkreten Projekte dieses Geld ausgegeben werden soll. Unterstützt werden bewusstseinsbildende Arbeit im Inland und kleine Selbsthilfeprojekte im Ausland.

Die asb ist Gründungsmitglied sowohl von Attac als auch der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), ebenso Mitträger der Kampagne erlassjahr.de.

Für die asb würde deren Mitglied Andreas R. kandidieren, vor gut 20 Jahren über den „Dritte“-Welt Laden Heidelberg zur Solidaritätsarbeit gekommen, derzeit besonders engagiert in der „Kampagne für Saatgut-Souveränität“ (www.saatgutkampagne.org) und im Asse II-Koordinationskreis, dem Kreis von Bürgerinitiativen und Organisationen, die sich um die Atommüll-Deponie Asse II kümmern (www.asse-watch.de).

Das Mandat zur Kandidatur ist von der Vorsitzenden der asb, Beate Schmucker, sowie vom stellvertretenden Vorsitzenden, Ernst Standhartinger, den beiden für die Außenvertretung der asb zuständigen Vorstandsmitgliedern, erteilt worden.

13.13 KoKreis-Kandidatur: AG Genug für Alle – Hardy Krampertz

Die AG Genug für Alle ist eine über Jahre aktive bundesweite AG und hat sich besonders in den letzten Jahren in viele Projekte innerhalb von Attac politisch eingebracht. Die AG möchte nun auch Verantwortung für Attac im Koordinierungskreis übernehmen und kandidiert daher für den Koordinierungskreis. Für die AG wird Hardy Krampertz, der viele Jahre im Koordinierungskreis mitgearbeitet hat und einer der Gründer der AG Genug für Alle im Jahr 2004 war, die Kandidatur wahrnehmen.

Die AG Genug für Alle

Die AG setzt sich mit verschiedenen Aspekten der Sozialen Frage auseinander und hat als Schwerpunkt die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. In den letzten Jahren hat die AG mehrere Kongresse zum Grundeinkommen mit durchgeführt, Kooperationspartner waren Attac Initiativen aus Österreich und der Schweiz, sowie die Netzwerke für ein Grundeinkommen aus den selbigen Ländern und aus Deutschland. Die internationale Ausrichtung der Arbeit wurde im letztem Jahr auf eine noch breite Basis gestellt. Für die Durchführung einer Europäischen Bürgerbefragung (BGI) zum bedingungslosen Grundeinkommen haben sich in Wien, Brüssel und Paris Akteure aus über 20 europäischen Ländern getroffen. Die Durchführung der BGI ist noch im Entscheidungsstadium bei der Europäischen Kommission. nicht beschlossen. Auch im Fall einer endgültigen Ablehnung der EBI durch die Europäische Kommission ist das entstandene zwar noch nicht gefestigte Netzwerk ein wichtiger Beitrag zur europäischen Vernetzung. Ersatzprojekte auf europäischer Ebene sind in Planung.

Zum BIEN Kongress in München im September hat die AG eine Aktion in Münchens Innenstadt durchgeführt, die auf die Prekäre Lage vieler Menschen in Deutschland hingewiesen hat (<http://www.grundeinkommen-attac.de/gfa-vor-ort/>). Die Flaschen-Sammelaktion ist auf positive Resonanz gestoßen. Wie viel einfacher wäre es doch, wenn ein Grundeinkommen die Existenz aller absichern würde... Die Ausstellung für ein Grundeinkommen wird weiterhin mit zwei Exemplaren erfolgreich vermittelt. Aus dem Arbeitszusammenhang der AG ist auch ein Buch zur Ausstellung erschienen, das Werner Rätz und Hardy Krampertz bearbeitet haben.

Die AG hält es für notwendig, aktuelle gesellschaftspolitische Debatten mit der Debatte um ein Grundeinkommen zu verbinden. Mitglieder der AG arbeiten auf dieser Grundlage in der AG Jenseits des Wachstums, der PG Umverteilen und der PG Krise mit. Der Arbeitsschwerpunkt wird neben der europäischen Vernetzung (BGI) die weitere Mitarbeit in diesen AGen und PGen sein.

Hardy Krampertz

Ich bin 59 Jahre alt, arbeite freiberuflich als Kulturmanager im Auftrag für städtische Ämter und Institutionen. Hierzu gehören Aufträge, die ich als Historiker oder als Grafiker wahrnehme. Das Geld zum Lebensunterhalt verdiene ich zusätzlich im Hochbauamt der Stadt Frankfurt. Anfang der 70er Jahre habe ich meinen Lebensunterhalt als Werkzeugmacher verdient. In diesen Jahren bin ich in der IG Metall und in linken Gruppen (K-Gruppen) politisch sozialisiert worden. Über den Zweiten Bildungsweg habe ich Politik und Geschichte studiert und arbeite seitdem in diesem Bereich. Ich gehöre keiner Partei an. Bis vor ein paar Jahren habe ich immer aktiv in verschiedenen Gewerkschaften gearbeitet, auf verschiedenen Ebenen, als Bildungsreferent und in Gremien bis zum Landesvorstand. Aus politischen Erwägungen habe ich diese Arbeit eingestellt. Seit 2001 bin ich in Attac aktiv, auch hier in verschiedenen Arbeitsbereichen und AGen, in den Jahren von 2003 bis 2006 und seit 2009 auch im Koordinierungskreis. Diese Arbeit möchte ich nun fortsetzen. Neben administrativen Aufgaben wie der Büro AG des Koordinationskreises und anderen Tages-Aufgaben möchte ich im nächsten Jahr besonderes Gewicht auf strategische Debatten legen. Ich halte es für notwendig, das Attac ein kapitalismuskritisches Gesicht bekommt. Ich denke, wir werden Antworten auf die drängenden Probleme der verschiedenen Krisen geben müssen. Systemkritik heißt dann aber auch, Antworten auf die Fragen zu geben, wie den eine andere Gesellschaft aussehen soll und wie der Weg dorthin zu beschreiten ist. Wie werden wir mit Verwerfungen umgehen, die mit diesen Wegen verbunden sind. Es sind schon dicke Bretter die gebohrt werden müssen. Aber es ist notwendig.

Hardy Krampertz

13.14 KoKreis-Kandidatur: Ulrike Paschek

Ich bin seit dem Herbststratschlag 2009 im KoKreis und möchte nun zum vierten Mal für die Region Nord für den KoKreis kandidieren.

Ich bin 48 Jahre alt und in Halle/S. geboren und aufgewachsen. Anfang der 80er Jahre war ich in der kirchlichen Jugendarbeit engagiert. Während der Wendezeit war ich Sympathisantin des Neuen Forums und machte meine ersten Erfahrungen mit Basisdemokratie.

Anfang der 90er Jahre kam ich dann nach Göttingen um hier zu studieren. Während meines Studiums beteiligte ich mich an verschiedenen Protesten gegen die Kürzungspolitik der Niedersächsischen Landesregierung im Hochschulbereich.

Seit 2002 bin ich bei der Attac-Regionalgruppe Göttingen aktiv. Schwerpunkte meiner regionalen Attac-Arbeit waren und sind die Umsetzung der bundesweiten Kampagnen vor Ort. So habe ich z. B. im Herbst 2007 im Rahmen der Attac-Bahnkampagne die beiden Flashmobs am Bahnhof Göttingen mitorganisiert. Seit Sommer 2007 bin ich die Ansprechperson für Attac Göttingen. Ich vertrete unsere Gruppe im „Göttinger Bündnis gegen Rechts“ und im lokalen „Bündnis UmFairteilen“. Zu meinen Schwerpunkten in der KoKreis- und Ratsarbeit gehören die Bereiche Bundesbüro, Fundraising, Ratschlagsvorbereitung und Gruppenunterstützung. Darüber hinaus betreue ich noch in einer kleinen AG die Attac-Basistexte, die im VSA Verlag erscheinen.

Beruflich bin ich gelernte Bibliothekarin und als solche an der Unibibliothek in Göttingen mit einer Teilzeitstelle (30 Wochenstunden) angestellt. Darüber hinaus habe ich einen Magisterabschluss in Politikwissenschaft.

13.15 Rat-Kandidatur: AKE e.V. – Hermann Gendrisch

Wer bin ich? Ich bin seit 2001 Mitglied von Attac. Die Mitgliedsorganisation AKE e.V. mit Sitz in Vlotho hat mich zur Kontaktperson zu attac gewählt. Außerdem bin ich aktiv bei Attac-Wurmtal. Mein Geld verdiene ich als Lehrer für Mathematik und Geschichte/Sozialwissenschaften im Zweiten Bildungsweg.

Was will ich im Rat? Ich bin seit 6 Jahren im Rat. Im letzten Jahr habe ich in der Rats-Vorbereitungs-AG mitgearbeitet und würde die Arbeit gerne fortsetzen.

Was sind meine Schwerpunkte? Ich interessiere mich sehr für Entwicklungsfragen: 1986 habe ich meine Examensarbeit zum Thema IWF geschrieben. Außerdem war ich von 1981-83 Entwicklungshelfer im Südsudan.

Da meine Ressourcen knapp sind, werde ich meine Mitarbeit sehr beschränken müssen (als Vertreter einer Mitgliedorganisation nehme ich niemandem den Platz weg; ansonsten hätte ich nicht kandidiert).

13.16 Rat-Kandidatur: Dieter Schmalohr

zur Person:

55 Jahre, verheiratet, Vater von 3 Töchtern, die inzwischen auswärts studieren, aufgewachsen im Rheinland, seit 16 Jahren wohnhaft in 78224 Singen/BW. Arbeite als angestellter Arzt für Neurologie in einer Neurologischen Rehabilitationsklinik für Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene.

Politisches Engagement:

Gehörte nie einer Partei an. Seit den frühen 80er-Jahren Mitglied der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.).

Seit 2006 Mitglied bei Attac.

Mit der Regionalgruppe Singen regionale Arbeit mit z.B. Infoständen, Kooperation mit einem Programm kino mit der Filmserie „Zeitenwende!“.

Zunehmende Kontakte zu benachbarten Attac-Regionalgruppen z.B. über gemeinsame Seminare und Aktionen, zuletzt z.B. Geldwäsche-Aktion zum Deutsch-Schweizer-Steuerabkommen am Grenzübertritt in Konstanz.

Eindrucksvoll waren für mich die Aktionen rund um die Nobelpreisträgertagung in Lindau zusammen mit anderen Attac-Regionalgruppen aus dem Bodenseebereich (federführend Lindau, auch mit Beteiligung aus Österreich, Bregenz). Wir haben die inhaltliche Auseinandersetzung gesucht mit 10 Fragen an die Nobelpreisträger, Protestplakate aufgehängt, einen Demo-Umzug organisiert.

Beim Formulieren der Attac-Thesen hatten wir Schwierigkeiten, zu vielen wichtigen Attac-Themen fundiertes Experten-abgesichertes Material zu finden, und haben dann (fast) alles selbst formuliert.

Ziele der angestrebten Mitarbeit im Attac-Rat:

- Erleichterung der Arbeit der Regionalgruppen u.a. durch übersichtliches und verständliches, Experten-abgesichertes Informationsmaterial z.B. für Handzettel und Pressearbeit (hierauf zielen auch die Vorschläge der Regionalgruppe Singen an den Herbstratschlag in Köln ab).
- Mithilfe bei der Organisation und Gestaltung überregionaler Aktionen, z.B. Ratschlag, und auch dezentraler Aktionen wie UmFAIRteilen, Krötenwanderung.
- Tieferes Kennenlernen der Attac-Strukturen; Bündelung und Fokussierung von Attac-Aktivitäten; evtl. punktuell Vertiefen der Zusammenarbeit mit IPPNW.
- Ausloten der Möglichkeiten und beginnende Vorbereitungen zu Aktionen im Umfeld der Wirtschaftsnobelpreisträgertagung in Lindau 2014. Sehr breites Spektrum denkbar: Podiumsdiskussion mit Attac-Beteiligung, Thematisierung von Wirtschaftsethik, solidarischer Ökonomie, Gegenveranstaltung mit Alternativem Nobelpreis, Gewinnung von Attac-Experten.

13.17 Rat-Kandidatur: Pax Christi – Martin F. Herndlhofer

geb. 1942 in Österreich, Studium in Wien, Rom und Frankfurt, Erwachsenenbildungsarbeit. Ich war zwischen 2000 und 2004 für Pax Christi zuerst im Attac-KoKreis, dann im Rat, habe bis ca. 2006 bei Attac-Frankfurt mitgemacht, jetzt in der Kommission "Globalisierung und soziale Gerechtigkeit" von Pax Christi, Bühnentätigkeit und Arbeit in der Kommunalpolitik in meinem Wohnort Eschborn bei Frankfurt. Ich möchte in Abwechslung mit Stefan Leibold für Pax Christi im Attac-Rat mitarbeiten.

13.18 Rat-Kandidatur: Pax Christi – Stefan Leibold

Geboren 1967 in Essen, habe ich in Münster und Manchester Katholische Theologie und Sozialwissenschaften studiert, zwei Staatsexamen fürs Lehramt hinter mich gebracht, bin dann aber an der Uni gelandet und arbeite seit Jahren in verschiedenen Forschungsprojekten. Aktuell bin ich in Münster und befasse mich mit dem Einfluss von Religion auf die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten und mit den Folgen von Gemeindefusionen. 2005 habe ich über eine Typisierung und ethische Bewertung von ambulanten Pflegediensten zum Dr. phil. promoviert. Bei Pax Christi bin ich seit 2003 Sprecher der bundesweiten Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“.

Seit über 10 Jahren bin ich bei Attac Münster aktiv, mit besonderem Interesse an Sozial- und Gesundheitspolitik. Den Platz im Attac-Rat möchte ich im Falle einer Wahl mit Martin Herndlhofer aus Frankfurt teilen.

13.19 Rat-Kandidatur: Jaime Timoteo-Gonzalez

Hallo Attacies,

auf vielfachen Wunsch und dringende Nachfragen möchte ich mich nun schriftlich bewerben. Habe Anfang der siebziger Jahre in Lateinamerika das Licht der Welt erblickt und wurde sehr schnell mit Ungerechtigkeit und Rassismus konfrontiert. Mit meinen Eltern nach Deutschland gekommen und seitdem mehrmals hüben wie drüben gelebt und mich engagiert. Hier in Deutschstanien (BRD) bin ich in diversen Initiativen und Vereinen aktiv. An erster Stelle, - aber, - vom Engagement und Zeitkontingent her, steht ATTAC!

Beim letzten Herbstratschlag in Saarbrücken werde ich in den Rat gewählt und habe mich für organisatorische Aufgaben entschieden. So liess ich mich in die Vorbereitungs/Orgagruppe für den Frühjahrsratschlag, in die Vorbereitungs/Orgagruppe für den Herbstratschlag, in die Vorbereitungs/Orgagruppe für die Aktionsakademie und in die Vorbereitungs/Orgagruppe für die Sommerakademie delegieren, was einiges an Aufwand von Arbeit und Zeit für mich bedeutete. Aber ich habe dies bewusst und gerne getan und bin mit den Resultaten nicht unzufrieden.

Klar war für mich auch grundsätzlich, ehrenamtliches Engagement ernst zu nehmen und die anstehenden Ratssitzungen zu besuchen.

Ich bin sehr überzeugt von Basisdemokratie und von Transparenz untereinander. So agiere ich auch in meiner - lokalen - Freiburger Gruppe, wo ein weiterer wichtiger Ansatz von mir – die Vernetzung hin zu Bündnissen oder Aktionsbündnissen mir sehr wichtig erscheint. Da ich, - auch aus Sorgfaltsgründen, - noch keiner ATTAC-AG angehöre, benötige ich euer Votum zu meiner Wiederwahl in den Rat. Kennen oder gesehen haben mich die meisten bei ATTAC-Engagierten sicher schon, ob bei den Ratschlägen oder bei der Sommerakademie.

Wäre schön, eure Anerkennung und Vertrauen nun – wieder – beim Ratschlag zu bekommen, da ich gerne meine Arbeit wie bisher fortführen möchte. Das positive Echo meiner Ortsgruppe gibt mir zusätzlich Bestätigung.

Jaime Timoteo-Gonzalez

[che.gonzales\(at\)ymail.com](mailto:che.gonzales(at)ymail.com)

Tel. 0761/2174477

13.20 Rat-Kandidatur: Evangelische Akademikerschaft in Deutschland – Dr. Peter Trappe

Liebe Leute,

als Mitgliedsorganisation möchte die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland auch weiterhin im Attac-Rat vertreten sein.

Sie kandidiert mit ihrem Mitglied:

Dr. Peter Trappe, Eisenstückstr. 42, 01069 Dresden

E-Mail: [muptrappe\(at\)arcor.de](mailto:muptrappe(at)arcor.de)

für einen Platz im Rat. Peter Trappe gehört seit 7 Jahren dem Rat an und wird im Falle seiner Wahl diese annehmen.

Schöne Grüße,

Margret Schoenborn, AK Gerechtigkeit der EAiD

13.21 Rat-Kandidatur: Andreas Beldowski

Kandidatur für die Region Nord für den Rat von attac Deutschland

Ich bin 56 Jahre alt und Maschinenbauingenieur.

Ich war bis 2004 Mitglied der SPD, bin dann zur WASG gegangen und inzwischen bei der Partei DIE LINKE gelandet. Dort bin ich Vorsitzender der Landesschiedskommission Schleswig-Holstein.

Von Anfang 2004 bis Mitte 2006 war ich Erwerbslos, 11 Monate auch Hartz IV-Empfänger.

Ich bin verdi-Mitglied und Sprecher der Erwerbsloseninitiative des DGB in Lübeck.

Seit 2003 bin ich in der attac Regionalgruppe Lübeck aktiv. Inzwischen bin ich ihr Ansprechpartner und lade 2x im Monat zu einem attac Treffen.

Ich vertrete die Regionalgruppe in verschiedenen regionalen Bündnissen. So organisiere ich z.B. mit dem Bündnis „Wir können sie stoppen“ die Proteste gegen den jährlichen Nazi-Aufmarsch in Lübeck.

Seit dem Herbstratschlag 2004 bin ich Mitglied im Rat. Es ist mir seither gelungen an jeder Sitzung des Rates teilzunehmen. Seit einigen Jahren bereite ich mit der Rats-VG die Sitzungen des Rates vor. Gern würde ich meine Arbeit im Rat fortführen.

Gruß,

Andreas Beldowski ([abel\(at\)on-luebeck.de](mailto:abel(at)on-luebeck.de))